

Protokolle

der

Stadtvertretung

1946 - 1948

1. (15) Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Wedel
am Donnerstag, dem 26.9.46 um 19 Uhr
im Rathaus - Sitzungssaal.

Anwesend:

Folgende Mitglieder der Stadtvertretung:

Ansorge, Balke, Behrens, Bydeler Helmar,
Bydeler, Paul, Glimann, Heineohn,
Heiseke, Hüdepoll, Kahl, Kleinwort, Kuhlmann,
Lesshaft, Matthiessen, Ramcke Carl,
Ramcke, Herbert, Schacht, Heinrich sen.,
Schacht, Heinrich jun., Rehder, Westedt.
Brauns fehlt entschuldigt

Stadtdirektor J e s s e n

Angestellter Gau
als Protokollführer

Stenotypistinnen
Schulenburg und Schüttkäker.

40 Zuhörer.

Tagesordnung:

- 1.) Wahl des Bürgermeisters.
- 2.) Vereidigung des Bürgermeisters und der Ratsmitglieder.
- 3.) Wahl des stellvertr. Bürgermeisters.
- 4.) Wahl der Stadträte.
- 5.) Wahl der Ausschussmitglieder.
- 6.) Mitteilungen.

Ratsherr Max A n s o r g e als Ältestes Ratsmitglied eröffnet die Sitzung. Durch Namensaufruf wird die Anwesenheit aller am 15. 9.46 gewählten Ratsmitglieder, ausser Brauns, und die Beschlußfähigkeit festgestellt.

Punkt 1) Wahl des Bürgermeisters.

Die SPD schlägt den bisherigen Bürgermeister Heinrich Schacht sen. vor.

Die Abstimmung ergab einstimmige Wahl.

Die Wahl wurde von S c h a c h t angenommen.

Punkt 2) Vereidigung des Bürgermeisters und der Ratsmitglieder.

Ratsherr Max A n s o r g e nahm hierauf den gewählten Bürgermeister den vorgeschriebenen Amtseid ab. Hierauf dankte Bürgermeister Schacht allen Ratsherren für das Vertrauen und übernahm den Vorsitz. Dann schritt er zur Vereidigung der Ratsmitglieder, nachdem er festgestellt hatte, welche Eidesformel die Ratsmitglieder wünschten.

Punkt 3) Wahl des stellvertr. Bürgermeisters
Die FDP schlägt den Ratsherren Moritz Balke vor.
Die



Das Original ist bei der Stadtverwaltung (Hof)

Punkt 3) Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters:
Die FDP schlägt den Ratsherrn Morik B a l k e vor.
Die Abstimmung ergab 16 für die Wahl und 4 Stimmenthaltungen.
Demnach ist Ratsherr B a l k e als stellvertretender Bürgermeister gewählt.

Punkt 4) Wahl der Stadträte:

a) Stadtrat für Öffentl. und priv. Wohlfahrts-
pflege:

Die SPD schlägt den Ratsherrn
Hans H e i s e k e vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

b) Stadtrat für das Wohnungswesen:

Die SPD schlägt den Ratsherrn
Heinrich K u h l m a n n vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

c) Stadtrat für das Gesundheitswesen:

Die FDP schlägt den Ratsherrn
Karl K l e i n w o r t vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

d) Stadtrat für das Schulwesen:

Die SPD schlägt den Ratsherrn
Karl H ü d e p o l l vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

e) Stadtrat für Kultur-, Sport- und Jugendpflege:

Die SPD schlägt den Ratsherrn
C a r t B r a u n s vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

Bürgermeister Schacht erklärt hierzu, dass Herr Brauns dieses Amt annehmen wird,

f) Stadtrat für das Bauwesen:

Die SPD schlägt den Ratsherrn
Heinrich G l i e m a n n vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

g) Stadtrat für die Stadtwerke und das Feuerlö-
wesen:

Die FDP schlägt den stellvertr. Bürger-
meister

Morik B a l k e vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.



h) Stadtrat für das Feld- und Forstwesen:

Die FDP schlägt den Ratsherrn
Franz H e i n s o h n vor.
Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

Alle gewählten Stadträte nehmen das Amt an.

Punkt 5) Wahl der Ausschußmitglieder:

a) Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß:

Vorgeschlagen werden von der SPD
die Ratsherren Helmar E y d e l e r
und Johs. R e h d e r
sowie die Bürger Frau S c h r ö d e r
und Bernhard M a h l o w

von der FDP der Ratsherr
Carl R a m c k e und
der Bürger L e o n

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

b) Wohnungsausschuß:

Vorgeschlagen werden von der SPD
die Ratsherren Max A n s o r g e
und Bruno K a h l
sowie die Bürger Willy B a r t h e l

von der FDP
der Ratsherr Heinr. W e s t e d t
u. die Bürgerin Frau W u l f , Marg.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

c) Gesundheitsausschuß:

Die SPD schlägt die Ratsherren
Herbert R a m c k e
Heinrich S c h a c h t jun.
sowie den Bürger L a w r e n z

die FDP den Ratsherren Fr. H e i n s o h n und
den Bürger Dr. S t e r r vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

d) Schulausschuß:

Die SPD schlägt den Ratsherrn
Curt B r a u n s
die FDP den Bürger Rektor Arnold H u f e sen. vor.
Dieser Vorschlag wurde mit 19 Stimmen und
1 Stimmenthaltung
angenommen.

e) Kultur-, Sport- und Jugendausschuß:

Die SPD schlägt den Ratsherrn
Paul E y d e l e r
und Jonny B e h r e n s und
den Bürger Albert H e i l m a n n
die FDP den Ratsherrn
Carl M a t t h i e s e n

(CDU) und den Bürger
Heinrich J a n g e s vor.



1951. 10. 10. 1951. 10. 10. 1951. 10. 10. 1951.

j) Hauptanschn/3

Vorgeschlagen werden von der SPD die Ratscherr Stadt-
 räte
 Hans Heisecke
 Curt Brauns
 Heinz Kallenberg und
 Ratscherr Rehdor (KPD)

von der FDP Ratscherr Carl Rasmcke
 Ratscherr Heinz Westedt

Diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen.

Punkt 6) Mitteilungen des Bürgermeisters.

Bürgermeister Schacht dankt allen Ratscherrn für die wohl gelungenen Wahlen und bittet, sofort ihre Arbeit aufzunehmen und sachlich und objektiv der Allgemeinheit zu dienen.

a) Tagesordnung:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass alle zukünftigen Anträge und Anfragen über Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, spätestens 3 Tage vor der Sitzung dem Bürgermeister schriftlich mitzuteilen sind. Der Bürgermeister wird diese Anträge sofort, spätestens an der Sitzung vorangehenden Tage dem Stadtdirektor zuleiten. Wenn möglich, erfolgt die Bearbeitung des Antrages bzw. Beantwortung der Anfrage in der nächsten Sitzung.

b) Gas .

Der Bürgermeister teilt mit, dass ab 27. September 1946 in Wedel die Gasversorgung einsetzt. Er bittet die Ratscherrn, in der Bevölkerung darauf hinzuwirken, dass die Anschläge der Stadtwerke beachtet werden.

c) Export von Kohle aus Deutschland.

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben der Militärregierung betr. Export von Kohle. Er bittet die Ratscherrn, den Inhalt dieses Schreibens in geeigneter Form in der Bevölkerung bekannt zu machen. ~~unterstützung~~

BÜRGERMEISTER Schacht schliesst die Versammlung um 20,30 Uhr.

Schacht

Bürgermeister

H. Brauns
Ratscherr

J. Westedt
Ratscherr

H. Kallenberg
Protokollführer



1946

29

22 (16.) Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
Saal am Donnerstag, den 14.11.1946,
19 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister Schacht als
Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Brauna, Behrens, Bydeler,
Helmar, Bydeler Paul, Gissmann, Heinsohn,
Heiseke, Hudepoll, Kahl, Kleinwort, Kuhlmann,
Leschhaft, Matthiessen, Rancke, Carl, Rancke,
Herbert, Schacht Heinrich jun., ~~Rander~~, Westadt.

In Vertretung des Stadtdirektors

Stadtoberinspektor Gau als
Protokollführer

Als Stenotypistinnen

Schulenburg, Schüttkücken und Vierk.

80 Zuhörer.

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 26.9.46.
2. Verlesung der Niederschriften verschiedener Ausschusssitzungen:
 - a) Sitzung des Flüchtlingsausschusses v. 3.10.46
 - b) Sitzung des Schulausschusses vom 3.10.46
 - c) Sitzung des Wohnungsausschusses v. 4.10.46.
 - d) Sitzung des Hauptausschusses vom 7.10.46.
 - e) Sitzung des Bauausschusses vom 9.10.46
 - f) Sitzung des Finanzausschusses v. 16.10.46.
 - g) Sitzung des Kultur-Sport- und Jugendausschusses vom 17.10.46
 - h) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 18.10.46
 - i) Sondersitzung des Wohnungsausschusses v. 28.10.46
 - j) Sitzung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses vom 28.10.46
 - k) Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 5.11.46
 - l) Sitzung des Schulausschusses vom 7.11.46
 - m) Sitzung des Hauptausschusses vom 8.11.46
3. Rücktritt des Ratsherren Rehder gegebenenfalls Wahl eines Ersatzratherrn.
4. Wahl eines weiteren Mitgliedes zum Finanzausschuss.
5. Friedrich Ebert-Gedenkstein.
6. Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion auf Einsetzung einer ständigen Untersuchungskommission.
7. Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion auf Errichtung einer Satzungskommission.
8. Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion auf Bildung einer Jugendfürsorge-Kommission.
9. Mitteilungen.
10. Verschiedenes.

wenden

Bürgermeister Schacht begrüßt die Stadträte, Ratsherren und insbesondere die erschienenen Bürger.

Nach Verlesung der Anwesenheitsliste wird die Beschlussfähigkeit des Rates festgestellt.

Bürgermeister S c h a c h t schlägt folgendes vor:

Um dem neu zu wählenden Ratsherrn die Möglichkeit zu geben, an der Sitzung teilzunehmen, bitte ich um Änderung der Tagesordnung wie folgt:

Punkt 1) Wahl eines Ersatzratsherrn.

Früherer Punkt 1) jetzt Punkt 2

Früherer Punkt 2) jetzt Punkt 3.

Außerdem wird zwischen Punkt 5) und 6) ein Punkt 5a): "Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion" eingeschoben.

Einwendungen dagegen werden nicht erhoben.

Auf Befragen des stellvertretenden Bürgermeisters Balke betreffs Vereidigung des Ratsherrn B r a u n e teilt Bürgermeister Schacht mit, daß er die Vereidigung bereit inzwischen vorgenommen hätte.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

pt. Punkt 1): Wahl eines Ersatzratsherrn.

Abt. 115-22.

Vorgeschlagen werden die Bürger

B e e r b a u m

B a r t h e l

S c h l ü s s .

Abgegebene Stimmen insgesamt 20. Davon entfallen auf

Beerbaum 17 Stimmen

Barthel 3 Stimmen.

Somit ist Herr Beerbaum als Ratsherr gewählt.

Die Vereidigung wird sogleich nach der weltlichen Eidesformel durch Herrn Bürgermeister Schacht vorgenommen.

Bürgermeister Schacht teilt mit, daß er beabsichtige, zu Beginn jeder Sitzung einen kurzen Lagebericht über die wichtigsten Dinge, zu geben.

nl. Er verliest daraufhin einen allgemeinen Lagebericht über die Geschehnisse der letzten Zeit, sowie über den Stand der Verwaltung, die Lebensmittelversorgung, Brennstoffversorgung, Haushaltsplan sowie über die Finanzlage der Stadt.

Da hierzu keine Wortmeldungen erfolgten, wurde in der Tagesordnung fortgefahren.

Punkt 2): Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 26.9.1946.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Punkt 3)

Punkt 3): Verlesung der Niederschriften verschiedener Ausschusssitzungen

- prl. a) Sitzung des Wohlfahrts- u. Flüchtlingsausschusses v. 3.10.1946.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

- prl. b) Sitzung des Schulausschusses vom 3.10.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

- prl. c) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 4.10.46.

Auf eine Anfrage des Ratsherren Beerbaum, ob die Angelegenheit Maywald abgeschlossen ist, erklärt Bürgermeister Schacht, daß die Angelegenheit Maywald noch beim Landeswohnungsamt in Kiel schwebt.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

- prl. d) Sitzung des Hauptausschusses vom 7.10.46.

Zum Punkt Tanserlaubnis erklärt Ratsherr R a m c k e , daß es nicht beabsichtigt war, an allen Tagen Tanzveranstaltungen durchzuführen, sondern die Tage, an denen getanzt werden soll von den Gastwirten zu bestimmen sind.

Die Ratsversammlung nahm hiervon Kenntnis.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

- prl. e) Sitzung des Bauausschusses vom 9.10.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

- prl. f) Sitzung des Finanzausschusses vom 16.10.46.

Zu diesem Protokoll erklärt Bürgermeister Schacht, daß es durch die jüngsten Ereignisse als überholt anzusehen ist. Das nächste Protokoll des Finanzausschusses wird ein genaueres Bild zeigen.

- prl. g) Sitzung des Kultur-, Sport- und Jugendausschusses v. 17.10.46

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

- prl. h) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 18.10.46.

Ratsherr Westedt und Ratsherr Matthiessen stellen den Antrag, die Verlesung der umfangreichen Protokolle des Wohnungsausschusses zu unterlassen.

Es wird beschlossen, daß künftig die Verlesung der Protokolle des Wohnungsamtes unterbleibe.

Dem Antrag des Ratsherren Matthiessen auf Zustellung eines Protokolls der stattgefundenen Sitzungen wird stattgegeben.

- prl. i) Sädersitzung des Wohnungsausschusses.

Auf die Verlesung des Protokolls wird verzichtet.

- prl. j) Sitzung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses v. 28.10.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

ml k) Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 5.11.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

ml l) Sitzung des Schulausschusses v. 7.11.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

ml m) Sitzung des Hauptausschusses vom 8.11.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

ml Punkt 4) Wahl eines weiteren Mitgliedes zum Finanzausschuss:

ml Prot. 105-08

st. stellv. Bürgermeister B a l k e schlägt den Rats Herrn M a t t h i e s e n vor.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Punkt 5) Friedrich Ebert-Gedenkstein.

T. i. Lion
11/11/46
Blau

Bürgermeister Schacht verliest einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Wiederaufstellung des Friedrich Ebert-Gedenksteines auf Kosten der aktiven Nationalsozialisten, falls die Schuldigen nicht festzustellen sind.

Der Gedenkstein soll wieder an der Stelle aufgestellt werden, wo er vor der Machtübernahme gestanden hat.

Dieser Antrag wird mit 14 Stimmen gegen 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Punkt 9a) Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion auf sofortige Eröffnung einer Untersuchung gegen Herrn Stadtdirektor J e s s e n und die Leiterin des Wirtschaftsamtes, Prüßlein E r b e, wegen des Rundfunkberichtes vom 6. Nov. 1946.

T. i. Lion
11/11/46
Blau

Wir beantragen, die Ratsversammlung möge beschliessen, dass sofort eine Untersuchung gegen Herrn Stadtdir.

Jessen und die Leiterin des Wirtschaftsamtes Pr. Erbe durchgeführt wird, deren Ziel es ist, zu ermitteln, ob die beiden Genannten zu Recht des undemokratischen Verhaltens beschuldigt werden können.

Wir beantragen weiter, zu beschliessen, aus Gründen der Objektivität die beiden Genannten bis zum Abschluss der Untersuchungen zu beurlauben.

Begründung:

In einem Rundfunkbericht unter der Rubrik "Echo des Tages" wurden am 6.11.46 schwere Angriffe gegen den Stadtdirektor und die Leiterin des Wirtschaftsamtes einer Reichsstadt erhoben. Wenigstens Namen nicht genannt wurden, beweist doch die Formulierung, dass es keinen Zweifel daran gibt, dass Wedel gemeint ist. Man mag darüber im Zweifel sein, ob es die Aufgabe des Rundfunks ist, Angriffe in solcher Form zu führen. Darüber jedoch gibt es keinen Zweifel, dass es einen besonderen Schutz für Verwaltungen heute nicht mehr gibt, und dass sie es, wie jede Privatperson, die im öffentlichen Licht steht, nicht es gefallen lassen muss, angegriffen zu werden. Es ist die Aufgabe, jeder politischen Vertretung jeder Gemeinde, darüber zu wachen, dass solche Angriffe nicht unberechtigt geführt werden. Und wo das geschieht, sich auch mit ganzem Nachdruck auch für die Rehabilitierung ihrer Verwaltung einzusetzen. Das kann jedoch nur geschehen,

wenn

wenn der ganze Fragenkomplex mit aller Gründlichkeit und Objektivität behandelt wird. Zu beiden ist die sozialdemokratische Fraktion entschlossen. Eine Befassung im Amt während der Untersuchung wäre ein Hinweis für beide. Auch das muss berücksichtigt werden, dass Flüchtlinge, die ja auf Grund der Wahlgesetzgebung, kaum in den Gemeindevertretungen Sitz und Stimme haben, andere als sonst übliche Wege zur Veröffentlichung ihrer Wünsche und Zweifel suchen. Die sozialdemokratische Fraktion als die stärkste der Stadtvertretung, hat die Sache der Flüchtlinge, zu ihrer eigenen gemacht. Sie steht auf dem Standpunkt, dass vor der Verwaltung jeder gleich ist und dass kein Angestellter oder Beamter das Recht hat, sich mangelnde Höflichkeit zuschulden kommen zu lassen. Wo das festgestellt wird, kann die sozialdemokratische Vertretung die Tätigkeit einer solchen Verwaltung nicht mit ihrem Namen decken. Die Vorwürfe dangelegter demokratischer Grundeinstellung gegen den Stadtdirektor haben seit der Bildung einer neuen Gemeindevertretung im Jahre 1945 nicht aufgehört. Was man anfänglich als Unklarheit der Kompetenzen bezeichnen mochte, wird auf die Dauer *gerade* als mangelnde Heiligung zur wahrhafter Zusammenarbeit im Geiste der neuen Gemeindeordnung empfunden, die es vorschreibt, dass die Verwaltung ausübendes Organ der Selbstverwaltung, also der Gemeindevertretung ist. Die Öffentlichkeit wird mit Recht die Vorwürfe, die gegen die Verwaltung auf ihre gewählten Vertreter übertragen, die deshalb jetzt die Pflicht haben, ein für alle mal eine Wiedergesundung des gesunkenen Ansehens der Verwaltung herbeizuführen. //

Bürgermeister Schacht erklärt in kurzen Worten die *Rundfunk* Angelegenheit und weist unter anderem auf einen Teil der Sendung hin, die nachrichtlich vom Rundfunk beschafft werden konnte. Er erklärt weiter, dass der Stadtdirektor hierzu Erklärungen abgegeben hat, die darauf hindeuten, dass diese Reportage durch einen Flüchtling, der Sekretärin des Rundfunks *schlicht*, dem verantwortlichen Rundfunkreporter übergeben worden ist. Weiter verliest er ein Schreiben des Rathsherrn Matthiessen, das *genau* wie die Fraktion der sozialdemokr. Partei bis zur Untersuchung des Falles die Baurlaubung des Stadtdirektors und der Leiterin des Wirtschaftsamtes fordert. Gleichzeitig werden Resolutionen abgegeben und verlesen von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

von der *Belegenschaft* Ortsverein Wedel -
 von der Deutschen Vacuum Oel A.-G. Wedel, Betriebsrat
 von der Belegenschaft der Fa. I.D.Müller
 sowie eines Antrag der Komm. Partei, die sich den Entschliessungen der sozialdemokratischen Partei und der Fa. Müller anschließen, jedoch hierbei grundsätzlich den Standpunkt annehmen, dass die Entlassung des Stadtdirektors Jessen aus *ihren* Erwägungen erfolgen müsse. Es wird hierbei auf die Anordnungen der Mil.Reg., Direktive Nr. 24 § 68 verwiesen, die die dringlichste Entfernung aller Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister des Naziregimes verlangt. Nach Verlesung dieser Resolutionen erklärt Bürgerm. Schacht, dass Herr Stadtdirektor Jessen am 12.11./folgendes geschrieben an ihn habe:

u.a.

/ Beantw. der

Fraktion

- 6 -
Durch die Geschicknisse der letzten Tage - besonders der letzten Tage - bin ich zu der Auffassung gekommen, dass auf die Dauer eine erwerbsmäßige Arbeit für mich in Wedel nicht möglich ist. Ich habe mich daher entschlossen, meine bisherige Tätigkeit in absehbarer Zeit aufzugeben, um mich um eine angemessene andere Stelle zu bemühen. Tatsächlich habe ich mich bereits vor einiger Zeit um eine solche Stellung beworben und werde diese und andere Bewegungen weiter mitteilen."

An 13.11.46. wurde Bürgermeister Schacht, Stadtdirektor Jessen, Stadtdirektor Jessen und Stadtdirektor Jessen zur Gouverneur geladen.

Nachdem der Gouverneur sich informiert hatte, war er damit einverstanden, dass eine Untersuchung dieses Rundfunkfallens einsetzt und von der Stadtvertretung zu betreiben ist. Er hat sich damit einverstanden erklärt, dass während dieser Zeit - längstens 14 Tage - Stadtdirektor Jessen beurlaubt ist. Der Gouverneur fordert Bericht über das Veranlassete in S. Rundfunk. Sollte die Stadtvertretung keine Einigung bzw. keine Auskunft durch den verantwortlichen Leiter des Nordwestdeutschen Rundfunks erhalten, wird sich die Mil.Reg. einschalten.

Weiter verlas Bürgermeister Schacht ein Schreiben des Stadtdir. Jessen, in dem er mitteilt, dass der Mil.Gouv. ihn auf 14 Tage beurlaubt habe. Als letzte Antehandlung hat der Stadtdirektor auch die Leiterin des Wirtschaftsamtens zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit beurlaubt, zunächst auf 14 Tage.

Stadtdirektor Jessen hat am heutigen Tage an den Bürgermeister folgenden Brief gerichtet:

Die Arbeit der letzten Jahre mit ihren vielseitigen Aufregungen und besonders die im Jahre 1945 erlittenen Auto-unfälle zwingen mich, einen längeren Urlaub anzutreten. Ich werde schnellstens über meinen Gesundheitszustand ein ärztliches Zeugnis vorlegen. Ich bitte, diesen Urlaub bis längstens 1.4.1947 mir schon jetzt zu erteilen. Ich werde nicht in den Dienst der Stadt Wedel zurückkehren. Sollte diese Erklärung nicht ausreichen, um die Stadt vor Schaden zu bewahren, erkläre ich mich bereit, entsprechende Formulierungen vor einen gemeinsamen Beauftragten Juristen zu wiederholen."

Bürgermeister Schacht stellt die Angelegenheit zur Debatte. Stadtrat Beerbaum (KPD) erklärt in Namen seiner Partei, Ratsherr

dass diese ihren verlesenen Antrag auf Entlassung aus politischen Gründen aufrecht erhalte. Er erhebt die gefasste Resolution zum Antrag.

Ratsherr Matthiessen bittet, das Stenogramm der Rundfunk-sendung zu beschaffen!

Bürgermeister Schacht gibt hierzu Erklärungen.

Bei der letzten Hauptausschuss-Sitzung hat sich dieser bereits mit dem Fall beschäftigt und ist ein Schreiben an den Nordwestdeutschen Rundfunk gerichtet worden. In diesem wird um eine Unterredung in der Angelegenheit gebeten.

Nach längeren Ausführungen, an denen sich die Ratsherren Lesshaft, Beerbaum, Westedt und Bürgermeister Schacht beteiligen, stellt Stadtrat Brauns folgenden Antrag:

„ Ich beantrage, die Stadtvertretung möge beschließen, den Urlaubsgesuch des Stadtdir. Jessen stattzugeben und der Mil.Reg. zu empfehlen, ebenfalls seinen Wunsch zu entsprechen. Die juristische Formulierung ist baldmöglichst eindeutig festzulegen. “

Da der Antrag Beerbaum der weiteregehende ist, wird über diesen zuerst abgestimmt.

Der Antrag ergab folgendes Ergebnis:

4 für den Antrag, 12 Gegenstimmen. (5 Stimmenthaltungen)

Die Abstimmung über den Antrag Brauns ergab folgendes Ergebnis: für den Antrag,

16 Stimmen gegen 5 Gegenstimmen.

Damit ist der Antrag Brauns angenommen.

In der Angelegenheit Krebs weist der Bürgermeister daraufhin, dass sich hierüber der Hauptausschuss in der nächsten Sitzung befassen wird.

8

Punkt 6): Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einsetzung einer ständigen Untersuchungskommission.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, die Ratsversammlung möge beschließen:

Mit sofortiger Wirkung wird eine Untersuchungskommission eingesetzt, die allen den Vorwürfen gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadtverwaltung nachgeht, die, wenn sich ihre Berechtigung ergibt, eine Dienstentlassung oder ein Disziplinarverfahren zur Folge haben könnten. Die Kommission besteht aus 4 Personen, nämlich dem Bürgermeister und 2 Mitgliedern des Hauptausschusses. Sie kann Untersuchungsverfahren vor sich aus durchführen oder beim Stadtdirektor beantragen, der seinerseits wieder das Recht und die Pflicht hat, bei allen ihm bekannt werdenden Beschuldigungen die Untersuchungskommission anzusprechen. Der Untersuchungskommission müssen alle zur Sache gehörigen Unterlagen einschließlich der Personalakten für notwendig werdende Untersuchungen zur Verfügung gestellt werden. Weitere Richtlinien für ihre Arbeit stellt die Kommission selber auf.

Begründung:

Der starke Verfall früher für unerschütterlich gehaltener Grundsätze hat ein allgemeines Sinken des Ansehens privater und öffentlicher Behörden und Verwaltungen mit sich gebracht. Die Wiederaufrichtung dieses Vertrauens ist eine Angelegenheit von höchster Bedeutung, die sich besonders die gewählten Vertreter des öffentlichen politischen Lebens zur Aufgabe machen müssen. Wenn diese gewählten Vertretungen ihren Wählern gegenüber die Unantastbarkeit der Verwaltung garantieren sollen, muß ihnen auch die Möglichkeit gewährt werden, in allen Anschuldigungen gegen die Verwaltung untersuchend eingeschaltet zu werden. Nur aus solcher engster Zusammenarbeit wird es möglich sein, sich bei allen unberechtigten Vorwürfen schützend vor die Verwaltung zu stellen. x)

x) Im Verlauf der Ausführungen über den Antrag der SPD-Fraktion richtete der Bürgermeister ernste Worte an die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt und forderte sie auf, ihre ganze Kraft

Es wird folgender Beschluß gefaßt:

Der Hauptausschuß wird beauftragt, eine ständige Untersuchungskommission, bestehend aus 4 Mitgliedern und dem Bürgermeister, zu bilden.

Dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen.

für das Wohl und Wehe der Stadt einzusetzen.

Punkt 7): Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Errichtung einer Satzungskommission.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, die Ratsversammlung möge beschließen:

Aus den Mitgliedern des Hauptausschusses ist eine Unterkommission von 2 Personen zu bestimmen, der es obliegt, gemeinsam mit der Verwaltung Satzungen und Verträge, soweit sie nicht für den internen Gebrauch der Stadtverwaltung bestimmt sind, auszuarbeiten und zur Beschlußfassung vorzubereiten. Die Kommission

Kommission soll das Recht haben, gegebenenfalls einen Juristen beratend zu ihrer Arbeit heranzuziehen.

Begründung:

Zahlreiche Gesetze, Vorschriften, Verordnungen und Satzungen der Vergangenheit sind durch die Beseitigung des Nationalsozialismus hinfällig geworden. Neue wichtige Aufgaben, wie etwa die Vorbereitung eines Zwangsmietvertrages, die Neuformulierung von Wohnungs- und Möbelbeschlagnahmen usw. müssen von der Stadtvertretung alsbald begonnen werden. Die bisherige Praxis, dass diesbezgl. Entwürfe lediglich von Seiten der Stadtverwaltung abgefertigt wurden, die dann der Stadtvertretung zur Beschlussfassung vorgelegt wurden, hat sich nicht bewährt, da es im Verlauf von Sitzungen nur schwer möglich ist, den Wert einer Formulierung nach allen Seiten hin zu überprüfen. So kann es zu Fassungen kommen, die nachträglich zu Meinungsverschiedenheiten führen. Die Einrichtung einer solchen Kommission würde jedoch der Stadtvertretung die Möglichkeit geben, schon von Anfang an die Entwicklung einer Verordnung und ähnlichem maßgebend mitzubestimmen.

Beschluß:

Der Hauptausschuß wird beauftragt, die Satzungskommission, bestehend aus 2 Personen, zu wählen.

Der Beschluß wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 8): Antrag der sozialdemokratischen fraktion auf Bildung einer Jugendfürsorgekommission:

11

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, die Ortsversammlung möge beschliessen:

Mit sofortiger Wirkung wird für Wedel eine Jugendfürsorgekommission gebildet. Der Kommission haben anzugehören: 1 Mitglied der Stadtvertretung, 2 Frauen, 1 Vertreter der Lehrerschaft, 1 Vertreter der Religionsgemeinschaft, sowie als ständige Sachberaterin die städtische Fürsorgerin.

Begründung: Als Folge des Krieges gibt es in Wedel ausser einer grossen Reihe von Halbwaisen eine ganze Anzahl von Vollwaisen und Jugendlichen, die bis heute keine Verbindung mit ihren Angehörigen haben. Diese Waisen und Jugendlichen werden von keiner Stelle ernstlich betreut. Das Kreisjugendamt schaltet sich erst dann ein, wenn sittliche Gefährdung oder Verwahrlosung nachgewiesen erscheint. Da es jedoch einfacher ist, der Gefährdung vorzubeugen, als sie wieder zu beseitigen, erscheint uns die Einrichtung eines solchen Ausschusses eine dringende Notwendigkeit.

Zu den besonderen Obliegenheiten des Ausschusses gehören folgende Aufgaben:

- Erfassung sämtlicher jugendlicher und Kinder, die ohne Angehörige sind,
- die sogleichige Bestellung von Vormündern für sie und die Halbwaisen,
- die gemeinschaftliche Unterbringung von Jugendlichen in dafür geeigneten Häusern,
- die Forderung, dass Fürsorgeerziehung nur dann angeordnet werden kann, nachdem der Ausschuss gehört wurde und seine Zustimmung gegeben hat, usw.

Bürgermeister Schacht schlägt vor, die Kommission dem Wohlfahrts- und Jugendpflegeausschuss anzugliedern.

Stellvertr. Bürgermeister Balke stimmt diesem Vorschlag zu und schlägt die folgenden Personen vor:

- Frl. Margarethe S u h r ,
- Herrn Rektor H a u f e
- und Herrn Pastor B r a c k e r t .

Stadtrat Giesemann schlägt Herrn Herbert Rancke und Frau Bichler vor.

Stadtrat Brauns schlägt als Vertreter der Religionsgemeinschaft Herrn Pastor Kolodziej vor.

Stellvertr. Bürgermeister schlägt vor, dass beide Pastoren in die Kommission kommen. Es werden also vorgeschlagen:

die Bürger

als Ratsherr Herbert Ramcke

Frau Eichler

Frau Mötting

Fräulein Suhr

Nektor Hufe

Pastor Brackert

und die

Pastor Koledzig

Pfirsorgerin

Gewerkschafts-

Stadtrat Beerbaum stellt den Antrag, einen ~~Arbeits-~~vertreter in diese Kommission zu wählen.

Gewerkschaftskatell-

Stadtrat Kuhlmann bittet die Frage bis zur nächsten ~~Ordinungs-~~sitzung zurückzustellen. Auf Grund des Antrages Beerbaum muss einer der Pastoren zurücktreten. Es findet eine Stichwahl zwischen Koledzig und Brackert statt. Die Abstimmung ergab: 14 Stimmen für Koledzig und 7 Stimmen für Brackert.

Punkt 9) Mitteilungen.

Bl. I, 1
21-11.

a) Bürgermeister Schacht berichtet, dass das Schulamt in Pinneberg mitgeteilt hat, dass die Landesverwaltung Schleswig-Holstein in Schleswig die Genehmigung zur Errichtung einer überplanmäßigen Schulstelle sowie 2 Planstellen für die hiesige Volksschule genehmigt hat. Es sind hierfür vorgesehen die Lehrer R e b i n und Neumann.

b) Flaktura I. D. Müller.

Bürgermeister Schacht gibt bekannt, dass diese Angelegenheit zur Zufriedenheit beider Richtungen erledigt ist.

c) Linoläus.

Auch diese Angelegenheit konnte ~~erfolgreich~~ erfolgreich zuende geführt werden.

Ablauf
bekannt
in schriftl.
Bericht
Müller
K.

d) Vertretung des Stadtdirektors.

Bürgermeister Schacht gibt bekannt, dass während der Verhinderung des Stadtdirektors die Geschäfte desselben durch Herrn Stadtobersinspektor Gau wahrgenommen werden. Die Tätigkeitsgebiete von Herrn Gau werden von Herrn Stadtinspektor Elsen, mit Ausnahme von Holz und Torf von Herrn Stadtinspektor Lehmann wahrgenommen. Während der Verhinderung der Leiterin des Ernährungsamtes und des Wirtschaftsamtes wird für das Ernährungsamt Frau Schwarz, Abrechnungsstelle Frau Petersen und Wirtschaftsamt Herr Neubüser die Vertretung übernehmen.

prot. 18/10/16

Punkt 10) Verschiedenes:

*4 Anträge
zu beschließen
1 Änderung
Herrn Baum*

*prot
Prot. f.
Feld- u.
Forstamt*

*Abst. I
11/10/16*

*an Abst.
I
11/10/16*

- a) Ratsherr Ansorge regt an, dass die Sparkasse und das Wirtschaftsamt einen Tag in der Woche Abends eine Stunde für Berufstätige geöffnet ist. Bürgermeister Schacht erklärt hierzu, dass dieses von der Verwaltung überprüft werden solle.
- b) Weiter weist Ratsherr Ansorge darauf hin, dass er von Gartenbesitzern gefragt worden sei, ob die Baumbespritzung nicht generell durchgeführt werden könne. Stadtrat Brauns schlägt vor, diese Frage dem Feld- und Forstauschuss zur Prüfung vorzulegen.
- c) Ratsherr Matthiessen kommt auf die Schrebergarten-Angelegenheit zurück und bittet um Auskunft, ob eine öffentliche Ausschreibung stattgefunden hat. Bürgermeister Schacht weist darauf hin, dass frei werdendes Land dem Schrebergartenverein zur Verfügung gestellt werden soll.
- d) Ratsherr Beerbaum fragt an, ob vorbereitende Massennahmen für die Torfaktien im nächsten Jahr getroffen sind und regt an, eine Torfwerbung in Fischerhütte zu betreiben. Bürgermeister Schacht erklärt noch hier zu, dass entweder in Osterholz oder Himmelmoor Torf erworben werden soll. *bei Verfallung ist schon jetzt aufzufordern, später werden dann nehmen zur Herstellung, um den Torf zu holen.*
- 4) Auf eine Anfrage des Ratsherrn Rancke betreffs Ihlensee-gelände teilt Stadtobersekretär Diercks mit, daß junge Pflanzen bereits bestellt und das Gelände aufgeforstet wird.

Bürgermeister Schacht schließt die Sitzung um 22,40 Uhr.

[Signature]
Ratsherr

Bürgermeister
[Signature]

Stadtrat
[Signature]

[Signature]
Protokollführer.

3. (17) Öffentliche Sitzung der GemeindevertretungWedel am Donnerstag, dem 23.1.1947.20 Uhr in der Kantine des Gem. Lagers Rosengarten.Anwesend:Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender

folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Anzorge, Balke, Beerbaum, Brauns, Behrens,
Sydeler Helmar, Sydeler Paul, Glismann, Heinsohn,
Heiseke, Hildepolln, Kahl, Kleinwort, Kuhlmann,
Lesshaft, Matthiessen, Kamske Carl, Kamske Herbert,
Schacht Heinrich jun., Westeät.In Vertretung des Stadtdirektors
Stadtoberinspektor G a u als
ProtokollführerAls Stenotypistinnen
Schulenburg, Schüttkäker und vierk.

86 Zuhörer.

Bürgermeister Schacht erklärt die Ratssitzung für eröffnet und
begrüßt die Ratsherren und Zuhörer im neuen Jahr.

Er verliest daraufhin die Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g :

1. Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 14.11.46.
2. Verlesung der Niederschriften verschiedener Ausschuss-Sitzungen
3. Bericht des Bürgermeisters über den Stand der Verwaltung.
4. Wahl eines Mitgliedes für den ausgeschiedenen Ratsherrn Kehler
für den Hauptausschuss.
5. Wahl eines Mitgliedes für den Ausschuss der Stadtwerke für den
ausgeschiedenen Ratsherrn Beerbaum.
- 5a. Wahl eines Vorsitzenden für den Sparkassenvorstand.
6. Antrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung der relé- und Forst-
kommission.
7. Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung eines Stadtplanungsamtes.
8. Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung von 20 Kleinwohnungen.
9. Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung einer 5. Volksschule.
10. Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung eines Krankenhausbaues.
11. Antrag der SPD-Fraktion auf Ausschreibung eines Wettbewerbs
zur Schaffung eines Sportplatzes.
12. Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung einer Sonderkommission
zur Vorbereitung des Projektes Fischereihafen.
13. Antrag der SPD-Fraktion auf Verbehaltung des ehemaligen Mari-
netaugelantes für ein Sonderverhaben im Rahmen des wirtschaft-
lichen Neuaufbauprogramms der Rolandstadt Wedel.
14. Antrag der SPD-Fraktion wegen einer Eingabe an die Landesre-
gierung.
15. Antrag der SPD-Fraktion auf Bereitstellung von Mitteln für Stu-
dienfahrten.

18.]



16. Antrag der SPD-Fraktion auf Abhaltung einer ausserordentlichen Ratssitzung.
17. Antrag der SPD-Fraktion auf Verlage der Akten Schliesweg durch die Stadtwerke.
18. Entschliessung der SPD gegen Demontage des Kraftwerks Schulan.
19. Entschliessung Kohlenkontrolle.
- 19 a) Antrag der SPD. betr. Polizeimeister Lassen.
20. Mitteilungen.

Stadttrat S r a u n s beantragt, den Punkt 19 als vorabringlich zu behandeln, da die Möglichkeit besteht, dass nicht alle Punkte der Tagesordnung bewältigt werden könnten.

Bürgermeister Schacht ändert daraufhin die Tagesordnung, so dass nunmehr Punkt 19 "Entschliessung Kohlenkontrolle" unter Punkt 5 a) behandelt wird.

Anschliessend gibt Bürgermeister Schacht dann einen Überblick über die verflorenen Jahre und stellt dabei fest, dass nach der Wahl die gesamte Verwaltung und die Parteien sich tatkräftig eingesetzt haben, dass aber in bezug auf Bekleidung, Schuhwaren und Wohnungsfragen die Probleme noch völlig ungelöst sind. Ebenso die Fragen der Brennstoffversorgung.

Daraufhin wird zur Tagesordnung übergegangen.

Punkt 1) Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 14.11.46.

Das Protokoll wird von Herrn Stadtoberinspektor Gau verlesen und einstimmig angenommen.

Punkt 2) Verlesung der Niederschriften verschiedener Ausschuss-Sitzungen.

✓ a) Wohnungsausschuss vom 15.11.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ b) Hauptausschuss-Sitzung vom 21.11.46.

Bürgermeister Schacht verliest das Protokoll. Es wird einstimmig angenommen. Hierzu wird beschlossen, dass Personalangelegenheiten künftig nicht mehr verlesen werden.

✓ c) Fortsetzung des Wohnungsausschuss-Sitzung vom 15.11.46 am 21.11.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ d) Bauausschuss-Sitzung vom 26.11.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ e) Feld- und Forstauschuss-Sitzung vom 29.11.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ f) Stadtwerke-Ausschuss-Sitzung vom 9.12.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ g) Wohnungsausschuss-Sitzung vom 9.12.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ h) Kultur-, Sport- und Jugendausschuss-Sitzung vom 10.12.46.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.



- ✓ i) Hauptausschuss-Sitzung vom 10.12.46.
Bürgermeister Schacht verliest das Protokoll, das einstimmig angenommen wird.
- ✓ j) Schulausschuss-Sitzung vom 12.12.46.
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- ✓ k) Wehlfahrts- und Flüchtlingsausschuss-Sitzung vom 12.12.46.
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ l) Wohnungsausschuss-Sitzung (Fortsetzung der Sitzung vom 9.12.46. am 17.12.46.)
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ m) Stadtwerkeausschuss-Sitzung vom 11.1.47.
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ n) Hauptausschuss-Sitzung vom 15.1.47.
Das Protokoll wird von Stadtoberinspektor Gau verlesen und einstimmig angenommen.

✓ o) Wohnungsausschuss-Sitzung vom 17.1.47.
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ p) Sitzung des Schulausschusses vom 20.1.47.
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

✓ q) Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 20.1.47.

An
29.1.47
Herrn

Zu diesem Protokoll beantragt Ratsherr Kleinwort, sofort die Rattenbekämpfungs-Aktion einzuleiten, da die Rattenplage überhand nimmt.

Stadtoberinspektor Gau erklärt hierzu, dass bereits Massnahmen angeordnet sind, in kurzer Zeit eine Grossaktion gegen die Rattenplage vorzunehmen.

Der Antrag des Ratsherrn Kleinwort wird angenommen mit dem ausdrücklichen Bemerkten, dass die entstehenden Kosten dieser Aktion von den Grundstückseigentümern zu übernehmen sind im Übrigen wird das Protokoll einstimmig angenommen.

✓ r) Bauausschuss-Sitzung vom 23.1.47.

Zu diesem Protokoll werden von Ratsherrn Beerbaum Bedenken betr. der Formulierung bei der Befürwortung von Bauanträgen erhoben. Er regt an, bei der Zuteilung von Bauverhaben einen strengen Massstab anzulegen, da die Materialien oft günstigere Verwendung finden können.

Ratsherr Westedt stellt den Antrag zu Punkt i a) und b) - Cherek und Claassen -, die Angelegenheit dieser beiden Firmen bei der nächsten Bauausschuss-Sitzung erneut zu behandeln im Hinblick auf die Planung des Fischereihafens.

Zu Punkt 6) dieses Protokolls beantragt Ratsherr Westedt, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Hauptausschuss-Sitzung gesetzt wird, da die Angelegenheit mehr eine juristische als eine Angelegenheit des Bauausschusses ist.

Stadtrat s r a u n s unterstützt den Antrag des Ratsherrn Westedt



Westedt in Fragen, die mit dem Fischereihafen in Verbindung stehen. Betreffs des Antrages Beerbaums ist n. der Ansicht, dass es zweckmässig wäre, eine neue Veranlagung zu finden. Es müsste eine Formel gefunden werden, die niemandem im Zweifel lässt, sich auf illegale Weise mit Baustoffen zu versorgen. Stadtrat K u m l m a n n ergänzt die Ausführungen der Redner Beerbaum und Brauns dahin, dass die Bewirtschaftung von Baustoffen und die Leitung derselben in der nächsten Hauptausschuss-Sitzung einen Punkt der Tagesordnung darstellen müssen. Weiter soll die Frage geprüft werden, ob die Baupolizei illegal beschaffte Baustoffe zum Zwecke des Wohnungsbaus durch die Stadtverwaltung beschlagnahmen kann.

Bürgermeister S c h n a c h t stellt den Antrag des Ratskammerherrn W e s t e d t , die Punkte a) und b) der letzten Bauausschuss-Sitzung sowie Punkt 5) auf die Tagesordnung der nächsten Hauptausschuss-Sitzung zu setzen, zum Beschlusse, der einstimmig angenommen wird.

Der Antrag K u m l m a n n betr. Bewirtschaftung von Baustoffen wird von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

Punkt 5) Bericht des Bürgermeisters über den Stand der Verwaltung.

Bürgermeister Schacht verliest einen Lagebericht, in welchem über den augenblicklichen Stand der Verwaltung, der Stadtwerke und der Stadtparkasse berichtet wird. Alsdann verliest er einen Bericht über die Arbeitsmarktlage. Ausführliche Mitteilungen gibt er über die Hausbrandversorgung sowie über unzureichende Zuteilung von Bezugberechtigten für Spinnstoffe, Haushaltswaren und Schuhwaren. Er teilt mit, dass aus der Höcknerstiftung 2 Barlachplastiken beschafft worden sind.

Über den Ankauf dieser Plastiken entspann sich eine lebhafte Debatte, an der sich die Ratskammerherren Lesshaft, Beerbaum und Stadtrat Brauns beteiligten.

Stadtrat Brauns erklärt hierzu, dass die Barlachplastiken nur Meissner Werke seien und von den Vorbesitzern zu einem besonders niedrigen Preise veräußert worden sind, um der Geburtsstadt Barlachs die Möglichkeit zu geben, eine kleine Ehrenpflicht gegenüber ihrem grössten Künstler zu erfüllen.



Digitized by Google

Punkt 4) Wahl eines Ersatzmitgliedes für den ausgeschiedenen Ratsherrn
Kochler.

a) Wahl eines Mitgliedes im Hauptausschuss.

Handwritten: Handwritten:

Handwritten: Stadtrat Glissmann schlägt den Ratsherrn Beerbaum vor.

Handwritten: Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

Handwritten: 27/1.47) b) Wahl eines Ausschussmitgliedes für den Flüchtlingsausschuss.

Stadtrat Heiseke schlägt den Ratsherrn Beerbaum vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

c) Wahl eines Mitgliedes für den Finanzausschuss.

Stadtrat Glissmann schlägt den Ratsherrn Beerbaum vor.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme.

Punkt 5) Wahl eines Mitgliedes für den Ausschuss der Stadtwerke (Bürger).

Hierzu teilt Bürgermeister Schacht mit, dass in der letzten Sitzung bereits Herr Rudolf Richter, der schon früher diesem Ausschuss angehörte, teilgenommen hat. Er tritt an die Stelle von Herrn Beerbaum, der inzwischen zum Ratsherrn ernannt worden ist.

Handwritten: 27/1.47.

Die Wahl ergab einstimmige Annahme für Rudolf Richter.

Punkt 5a) Wahl eines Vorsitzenden für den Sparkassenvorstand.

Zunächst teilt Bürgermeister Schacht mit, dass 6 Mitglieder des Sparkassenvorstandes bestätigt sind.

Handwritten: I. 1

Alsdann bittet Bürgermeister Schacht um die Zustimmung der Ratsversammlung, ihn infolge seiner Überlastung von dem Amte des Vorsitzenden für den Sparkassenvorstand zu entbinden und hierfür einen neuen Vorsitzenden zu ernennen.

Handwritten: a. d.

Er schlägt hierfür den stellv. Bürgermeister B a l k e vor.

Handwritten: 27/1.47

Die Wahl ergab einstimmige Annahme für stellv. Bürgermeister B a l k e .

Punkt 5b) Früherer Punkt 19 a) - Entschliessung Kohlenkontrolle - .

Hierzu verliest Bürgermeister Schacht folgende Entschliessung der SPD-Fraktion:

Handwritten: I. 1

Die SPD-Fraktion schlägt der Stadtvertretung vor, folgende Entschliessung anzunehmen, und dem Kreistag zuzuleiten:

Handwritten: 27/1.47

Die Schwierigkeiten der Brennstoffversorgung haben auch die Bevölkerung Wedels in mannigfache Nöte gebracht. Wie aus einem Bericht des Städtischen Krankenhauses Wedel hervorgeht, sind eine ganze Reihe direkter Erkrankungsercheinungen festgestellt und behandelt. Wenn auch nur ein Todesopfer zu beklagen war, so reicht doch das schon hin, um den Ernst der eingetretenen Lage zu charakterisieren. Ohne dass die Stadtvertretung der Holmstedt Wedel in Untersuchungen darüber eintritt, wo das Verschulden für die Schwierigkeiten der Brennstoffversorgung liegt, steht sie doch

auf



Handwritten text at the bottom of the page, including a date '27/1.47' and some illegible characters.

auf dem Standpunkt, dass es auf die Dauer untragbar ist, dass die Brennstoffversorgung der Bevölkerung und der Betriebe ohne Mitwirkung der Stadtvertretung vom Kreiswirtschaftsamt unmittelbar erfolgt. Begründete Umstände lassen das Gefühl aufkommen, es würden die Verteilungen nach einem Modus vorgenommen, der den gegenwärtigen Verhältnissen und den Plänen des Neubaus nur mangelhaft gerecht wird. Es geht nicht an, dass auf der einen Seite eine Stadtvertretung bemüht ist, zu planen und neuzuzubauen, während der Kreis an solchen Verträgen nur geringes Interesse nimmt und zum Teil über die Absichten der Stadtvertretung gar nicht unterrichtet ist. So gross auch bei der Stadtvertretung das Verständnis für grossräumige Planung ist, so ist sie doch der Meinung, dass auch der Aufbau von unten her keinesfalls unterschätzt werden darf, und sie ersucht deshalb den Kreistag, Vorsorge zu treffen, dass die Kontrolle der Brennstoffversorgung in den einzelnen Gemeinden auch von der Selbstverwaltung her vorgenommen werden kann.

Stadtrat Brauns gibt zu dieser Anschliessung Erläuterungen. Er teilt mit, dass er heute Abend Zeuge gewesen sei, wie ein Privathaushalt etwa 100 Ztr. Koks bekommen hat. Er nimmt an, dass die Stadtverwaltung morgen früh sofort eine Überprüfung dieser Angelegenheit vornehmen und sofort hiergegen einschreiten werde, da es nicht angehen könne, dass für Privathaushalte derartige Mengen geliefert werden und beispielsweise dem Städt. Krankenhaus keine Feuerung zur Verfügung steht.

Herrn Beerhaus stellt folgenden Antrag:

Zur schnellen Untersuchung von Fällen der ev. Verschiebungen von bewirtschafteten Wätern empfiehlt sich die Bildung eines Untersuchungsausschusses unter Hinzuziehung der Gewerkschaften und des interfraktionellen Frauenausschusses. Diesem Ausschuss müssen weitestgehende Befugnisse eingeräumt werden.

Begründung:

Es kann nicht angehen, dass einzelne Personen auf Grund ihrer Beziehungen sich über die Nöte ihrer Mitmenschen hinwegsetzend, sich in den Besitz von Gütern setzen, die heute bewirtschaftet werden und mit deren planmässiger und gerechter Verteilung die Existenz der Bevölkerung steht und fällt. Um Missständen in dieser Hinsicht vorzubeugen, empfiehlt die kommunistische Vertretung die Bildung des vorerwähnten Ausschusses.

Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

der SPD-Fraktion

Punkt 6) Antrag auf Erweiterung der Meld- und Forstkommision.

Die SPD-Fraktion beantragt, die Ratsversammlung wolle beschliessen, dass die Meld- und Forstkommision zukünftig aus 9 Mitgliedern besteht, sodass in die Kommission 6 neue Mitglieder zu wählen sind. Die Wahl dieser neuen Mitglieder soll auf der nächsten Ratsitzung erfolgen. Es sollen in ihr zukünftig Kleinsiedler, Kleingärtner, Landarbeiter und Flüchtlinge vertreten sein.

Begründung:

Die Bodenreform, die in irgendeiner Form auch für Wedelerfolgen wird, macht es schon heute nötig, sich mit der Neuaufteilung des Bodens und der zukünftigen Bodenplanung im Bereiche der Stadt zu beschäftigen. Auch die Frage der Flurbereinigung, die Kontrolle schlecht geleiteter landwirtschaftlicher Betriebe usw. wird vom Ausschuss vorzunehmen und vorzubereiten sein. Die Kommission muss

stärker.

7
-
27/1.47
Schn



2. Die Stelle des Stadtplaners wird vorläufig durch einen Angestellten besetzt. nach Rückkehr von Hoffmann ist die Stelle als Beamtenstelle auszuscheiden und kann der Rat bestimmen, wer Stadtbaumeister werden soll. mittel im neuen Stellenplan werden für das Haushaltsjahr 1947 bereitgehalten.

Die Ratsherren stimmen dem Vorschlage auf Schaffung der Stelle eines Stadtplaners zu.

Bürgermeister Schacht erklärt, dass wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr alle Punkte der Tagesordnung bearbeitet werden können. es wird daher einstimmig beschlossen, nur noch die wichtigsten Punkte, und zwar Punkt 14) und Punkt 18) zu behandeln.

Gleichzeitig wird beschlossen, dass die Sitzung am nächsten Donnerstag (30.1.47) um 20 Uhr fortgesetzt wird, und zwar im Lager Rosengarten.

Punkt 14) Antrag der SPD-Fraktion wegen einer Eingabe an die Landesregierung.

Die SPD-Fraktion beantragt, der Rat möge in seiner Gesamtheit folgende Eingabe gutheissen:

V
25/1.47.
Helm

An die
Regierung des Landes Schleswig-Holstein
z.Na. des Herrn Ministers für Aufbaufragen.

Sehr geehrter Minister!

Die Ratsversammlung der Holenstadt Wedel richtet an Sie, die Regierung und den Landtag das Ersuchen, ihr zugefügtes Unrecht nach Möglichkeit wieder gutzumachen.

Aufang 1943 wurde trotz mannigfachen Widerstand der Bevölkerung von der ehemaligen Reichsmarine, insbesondere der Marinebauverwaltung Hamburg, die Errichtung eines U-Boot-Munkers für Wedel beschlossen. für dieses Bauvorhaben musste in grossen Umfang stadt-eigenes Gelände zur Verfügung gestellt werden, dass teils dafür Verwendung fand, enteignete Bauern zu entschädigen, oder aber unmittelbar für das Bauvorhaben selbst in Anspruch genommen wurde. Wichtiges Siedlungsgelände wurde behelfenmässig bebaut, Ackerland durch Aufschüttungen und sinnlose Baggerungen zerstört, sodass sich dort, wo sich eines Tage neue Wohnsiedlungen erstrecken sollten, oder sich fruchtbare Weiden erstreckten, heute ein Trümmerfeld befindet, dessen Wiederherrichtung für anderweitige Verwendung ausserordentliche Kosten verursachen wird. Im März 1943 erfolgte dann ein Fliegerangriff auf Wedel, der nach Meinung der Bevölkerung in ursächlichen Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben stand. Die Kriegereignisse verhinderten glücklicherweise die Fertigstellung des Bauvorhabens, aber die Zwischenzeit wurde von einzelnen Dienststellen benutzt, um Teile des Geländes an höhere Angehörige der Marineverwaltung zu verkaufen und zu verpachten. An eine ursprüngliche Wiederverwendung des Geländes ist nach den vorgenommenen Bodenveränderungen nicht zu denken. Die Stadt Wedel muss also daran denken, dieses Gelände anderweitig zu nutzen, und zwar in einer Weise, die den neuen Verhältnissen in Wedel gerecht wird. Zahlreiche Flüchtlinge, darunter Heigoländer, warten darauf, hier in Wedel sich eine neue Existenz aufbauen zu können. Aus diesem Grunde soll der Versuch gemacht



Das Schleswiger Museum (2012)

gemacht werden, für den bereits jetzt vielseitiges Interesse besteht, den veralteten Schulsauer Hafen auszubauen und ihn zu einem wirklichen Fischereihafen werden zu lassen, ist auch bereits jetzt eine grosse Fischerei- und Schiffsfahrtsflotte in Wedel beheimatet. Im Zusammenhang mit dem Hafenausbau soll eine Siedlung für Fischer, Schiffer und Hafenarbeiter entstehen, die nach den Grundsätzen moderner Planung dem Hafen möglichst nahe sein sollte. Das ehemalige U-Boot-Gelände ist dafür ausgezeichnet geeignet. Die mit dem Hafenausbau bewegten Erdmassen würden zu einem grossen Teil zur Wiederherrichtung des zerstörten Geländes für Bauzwecke ausreichen. Es handelt sich hier nach sorgfältiger Prüfung der Natversammlung und geeigneter Sachverständiger um ein überaus solides Projekt, das auch dem Lande Schleswig-Holstein wichtig sein dürfte. Die Gemeinde ist aber durch die Kriegereignisse und besonders durch die Enteignungen bei Bauvorhaben Wenzel zu arm geworden, als dass sie daran denken könnte, das Gelände von der Liegenschaftsverwaltung des Finanzamtes, das jetzt die Verwaltung übernommen hat, zurückzuerwerben. Deshalb bitten wir Sie, Herr Minister, alle innen geeignet erscheinenden Schritte zu unternehmen, um dieses Gelände in den Besitz der Stadt Wedel zurückzuführen, und zwar müsste diese Rückführung in Hinsicht auf die mannigfachen und zugefügten Schäden, für die Unterlagen im einzelnen beigebracht werden könnten, entschädigungslos erfolgen. Diese Bitte um Hilfe wurde in öffentlicher Natversammlung beschlossen. Natsherrn und Bevölkerung Wedels blicken vertrauensvoll auf die Hilfe der Regierung. Bitte enttäuschen Sie dieses Vertrauen nicht.

Zu diesem Punkt gibt Natsherr Westedt noch weitere Erläuterungen und stimmt dem Antrage grundsätzlich zu.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Punkt 18) Entschliessung der SPD gegen Demontage des Kraftwerks Schulau.

Natsherr Bruno Kahl und Genossen ersuchen die Natversammlung, folgende Entschliessung anzunehmen.

*1. 1
2. 3
27. 1. 42
Kahl*

Wie jetzt bekannt wird, befindet sich unter den beiden im grosshamburgischen Raum für die Demontage vorgesehenen Kraftwerken auch das Kraftwerk Schulau. Die Demontage dieses Werkes würde für Wedel nicht nur Arbeitslosigkeit zahlreicher qualifizierter Arbeiter und Angestellter bedeuten, sondern auch die wirtschaftliche Gesamtstruktur des Ortes stark erschüttern. Wedels Industriebetriebe haben zum Teil durch den Krieg ausserordentlich schweren Schaden genommen. Das Kraftwerk Schulau ist eines der wenigen Unternehmen, die unbeschädigt geblieben. Nat und Verwaltung der Holandstadt Wedel erheben gegen diese Demontagepläne schwerste Bedenken und ersuchen die Regierung Schleswig-Holsteins und den Landtag, alle geeigneten Schritte zu ergreifen, um die Demontage zu verhindern, die Wedel wie Hamburg und Schleswig-Holstein aufs schwerste treffen würde.

Es wird beschlossen, diesen Punkt bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, um Klarheit zu schaffen, ob das Kraftwerk tatsächlich auf der Liste der Demontagen steht oder nicht.

Kahl
.....
Bürgermeister

Hans Kleinke
.....
Stadtrat

Wenzel
.....
Ratsherr

Kahl
.....
Stadtoberinspektor als Protokollführer



1942

Fortsetzung

3
 (17) Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Wedel am
 Donnerstag, den 30.1.1947, 2 0 Uhr, in der Kantine
 des Gewerkschaftslagers Rosenpark.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
 als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Brauns, Behrens, Bydeler Helmar,
 Bydeler Paul, Glinzmann, Heinsch, Heinske,
 Hildegoll, Kahl, Kleinwort, Kuhlmann, Leeschäft,
 Matthiesen, Nöbbe Carl, Nöbbe Herbert,
 Schacht Heinrich Jun., Westedt.

Ratherr Beertens erscheint mit 10 Minuten
 Verspätung.

In Vertretung des Stadtdirektors
 Stadtoberinspektor G a u
 als Protokollführer

Als Stenotypistinnen
 Schalenberg, Schüttköper und Vierk.

75 Zuhörer.

Bürgermeister S c h a c h t eröffnet die Ratsitzung
 und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Daraufhin beantragt Ratherr W e s t e d t, folgenden
 Dringlichkeitsantrag der FDP:

"Antrag der FDP-Fraktion auf Überprüfung des Verhaltens
 der Polizeibeamten beim Überfall Rester."

Bürgermeister Schacht macht auf die Geschäftsordnung
 aufmerksam, und bittet die Ratherrn zu entscheiden,
 ob dieser Punkt als Dringlichkeitsantrag auf die heutige
 Tagesordnung gesetzt werden soll.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Es wird beschlossen, den Antrag der FDP als Punkt 19 b)
 zu behandeln.

Bevor in der Tagesordnung fortgefahren wird, verliest
 Stadtoberinspektor Gau das Protokoll der letzten Rats-
 sitzung vom 23.1.47. Das Protokoll wird einstimmig ange-
 nommen.

Punkt 8) Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung von 20 Kleinsiedlungen
in Wedel.

Bürgermeister S c h a c h t verliest folgenden Antrag
 der SPD:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Ratversammlung wolle be-
 schlussfassen, dass sobald mit dem Bau von 20 Kleinsiedlungen

begonnen



begrenzt werde. Zu diesem Zwecke sollen für jede Wohnung RM 5.000,— bereitgestellt und für den Gesamtbetrag von RM 100.000,— entsprechende Reserven aufgestellt werden. Die Stadtverwaltung ist zu beauftragen, diesen Plan nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit einer Siedlungsgenossenschaft gemeinsam zu verwirklichen, wobei die örtlichen Siedlungsgenossenschaften den Vorrang haben sollen.

Die SPD-Fraktion gibt hierzu folgende Begründung:

Der Wohnungsnot kann nur durch Wohnungsbau entgegengetreten werden. Allerdings sind die für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel der Stadt beschränkt. Es kann aber nicht die Aufgabe der Gemeinden sein, weiterhin Halbfertigkeiten einzurichten, sondern es müssen die Neubauten wenigstens im bescheidenen menschlichen Ansprüchen genügen. Aus diesem Grunde sollen wir zunächst nur auf den Bau von 20 Wohnungen beschränken, um für jede Wohnung einen angemessenen Betrag zur Verfügung zu haben. Es ist zu erwarten, dass, sobald die Stadt selbst die Initiative ergreift, auch die Siedlungsgenossenschaften einen lebhaften Auftrieb bekommen. Da sich die Zusammenarbeit mit den Siedlungsgenossenschaften bewährt hat, soll auch dieses Vorhaben unter Ausschaltung öffentlicher Renten- und Gewinnrechnungen durchgeführt werden.

Bürgermeister Schacht stellt diesen Punkt zur Debatte.

Ratherr Leuchte stimmt dem Antrag grundsätzlich zu, erhebt jedoch Bedenken, ob nicht die für diese Wohnungen benötigten Baustoffe besser für den Ausbau halbfertiger Wohnungen (Zweck) benutzt werden könnten.

Ratherr Leuchte unterstützt die letzten Ausführungen des Ratherr Leuchte. Er stellt die Ausführung dieses Projektes als ziemlich hoffnungslos dar, da seiner Ansicht nach Baustoffe nicht zur Verfügung stehen. Die Stadträte Brauns, Glisanz, sowie Ratherr Ansgore sprechen für den Antrag ihrer Fraktion. Stadtrat Brauns gibt weitere Erläuterungen und erklärt, dass die Stadtvertretung alles daran zu setzen hat, Wohnraum, auch nach der Kleinwohnung, für die in schlechten Unterquartieren wohnenden Familien zu schaffen.

Bürgermeister Schacht gibt weitere Erläuterungen und erklärt, dass die grundsätzliche Lösung der Kleinwohnungsbaufrage erklärt werden, dass durch diesen Vorhaben, falls es nicht zur Ausführung kommt, die die Besetzung der Baubereichen, keine größeren Baustoffmängels der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Ratherr Leuchte ist der Ansicht, dass, bevor dieser Antrag entschieden werden könne, die Baustofffrage geklärt sein müsse, und dann könne über die finanzielle Frage gesprochen werden.

Bürgermeister Schacht gibt hierzu entsprechende Erklärungen, dass die Bereitstellung der Mittel in Frage der Kleinwohnungsbau eine untergeordnete Rolle spielt, sondern dass die gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften wohl der größte Teil der Mittel aufbringen werden. Jedoch hat die Stadt in dieser Angelegenheit eine Pflicht zu erfüllen, nämlich die Bereitstellung von Grund und Boden.

Ratherr Matthiesen bittet um Abänderung des Antrages mit der Forderung, auch die halbfertigen Wohnungen fertigzustellen. In

über



weiteren Debatte, an der die Ratsherren Leuchtner und Seifert, Leuchtner und die Stadträte Glimmer, Koblmann und Prasse teilnahmen, werden nur Anregungen der Vertreter unterstrichen.

Die Abstimmung über den Antrag ergab:

- 15 Stimmen für
- 2 Stimmen gegen
- 1 Stimmenthaltung.

Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion genehmigt.

Punkt 9) Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung einer 3. Volksschule in Wiesel.

Hierzu verliest Bürgermeister Schacht folgenden Antrag:

Unter Bezugnahme auf frühere Protokolle der Raterversammlung und des Schulausschusses wird beantragt, die Raterversammlung solle den Bau einer dritten Volksschule in Wiesel beschließen und zu diesem Zweck:

1. die Mittel für den Grundwerb bereitstellen,
2. die Mittel für den ersten Bauabschnitt mit einer RM 180.000,- bereitstellen,
3. einen Wettbewerb ausschreiben, wobei das Budget zu veranlassen wäre, der Baukommission alsbald den Entwurf der Wettbewerbsbedingungen vorzulegen.

Stadtrat Hildepoll verliest hierzu folgende Begründung:

Es fehlen zur Zeit, abgesehen von der Mittelschule, rund 20 Volksschulklassen. So notwendig an sich die Errichtung der Mittelschule ist, so ist doch andererseits die Not der Volksschule noch grösser, und es kann der Mittelschule wohl zugemutet werden, sich bis zur Errichtung eines eigenen Mittelschulgebäudes mit einer Volksschule in ein Schulhaus zu teilen. Dass dem Volksschulprojekt der Vorrang gegeben wird, erklärt sich auch daraus, dass die Mittelschule aus städteigenen Mitteln erstellt werden müsste, während der Volksschulbau Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein bringen würde, wobei auch im Rahmen des Schulbauprogramms zusätzliche Baumaterialien zu erwarten wären. Der Plan einer Mittelschule wird daher keinesfalls aufgegeben, was ja auch in der Formulierung "Bauabschnitt" zum Ausdruck kommt. Es soll das ganze Bauprojekt nämlich von vornherein so geplant werden, dass in zwei Hauptabschnitten gebaut wird, wobei zunächst das Volksschulgebäude mit Aula, Physik-, Chemie- und Zeichenraum errichtet würde, woran sich zu einem späteren Zeitpunkt der Mittelschulbau anschliessen würde. Die Ausschreibung eines Wettbewerbs ist deswegen besonders wichtig, weil die Erfahrung lehrt, dass die Mitwirkung einer grösseren Reihe von Architekten eine wesentliche Voraussetzung für die Findung der besten Lösung ist.

Ratsherr Leuchtner tritt an Bericht der Verwaltung.

Hierzu erklärt Bürgermeister Schacht folgendes:

Ostern 1947 beträgt die Zahl der schulpflichtig werdenden Kinder ca. 330. Die Zahl der zur Entlassung kommenden Kinder beträgt dagegen nur 145.

Die Zahl der schulpflichtig werdenden Kinder Ostern 1948 beträgt ca. 290 Kinder. Die Zahl der zu entlassenden Kinder jedoch nur 153.

Die



Die Zahl der schulpflichtig werdenden Kinder Ostern 1940 be-
trägt ca. 250 Kinder. Die Zahl der zu entlassenden 158 Kinder.
Durch diese neuen Zugänge an Schülern wird erreicht, dass 312
Kinder mehr in den Schulen aufgenommen werden müssen. Weiter
kommt hinzu, dass bei beiden Volksschulen durch das Erwachen der
Bevölkerung auch die Zahl seiner schulpflichtigen Kinder sich
erhöhte.

In beiden Schulen sind z. St. 1936 schulpflichtige Kinder unterge-
bracht. Hinzu kommt, dass in beiden Schulgebäuden auch noch Un-
terricht für die Mittelschule erteilt werden muss. Hierdurch ist
das Unterrichten für die Lehrerschaft beinahe unentwärtlich ge-
wesen.

Wenn der Antrage auf Errichtung einer 3. Volksschule entsprochen
werden soll, so müssen mindestens einschließlich des Grund-
wertes rund 340.000,— RM bereitgestellt werden. Die Schülern-
rücklage beträgt rund 220.000,— RM, wovon jedoch im Augenblick
nur 140.000,— RM flüssig gemacht werden können. Von dieser Rück-
lage entfällt auf die Volksschulen rund 44.000,— RM. Nach einer
Änderung der Mil.Regierung können Rücklagen mit Zustimmung der
Mil.Regierung freigegeben werden.

Nach längerer Debatte, an der sich die Ratsherren Leuschelt,
Meerburg Westend und Hüttenessen beteiligen, gibt Stadtrat Brauns
abschließend zu dem Antrage folgende Erklärung:

Es bleibt die Tatsache bestehen, dass die Großstadt nicht aufleben
wird, die Arme nach Wedel auszustrecken. Auf keinen Fall kann
damit gerechnet werden, dass Wedel je wieder unter 10 000 Ein-
wohner haben wird. Die Errichtung der Volksschule wird auf einem
central gelegenen Gelände erfolgen. Genantere Angaben über den vor-
gesehenen Platz können/aus bestimmten Gründen nicht gemacht
werden.

Hierauf wurde zur Abstimmung über den Antrag geschritten.

Es erfolgte einstimmige Annahme.

Punkt 10) Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung eines Krankenhauses.

Bürgermeister Schacht verliest hierzu folgenden Antrag:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Ratsversammlung wolle beschließen,
dass für das Wedeler Krankenhaus ein Neubau erfolgt, der den ge-
wachsenen Ansprüchen des Krankenhauses gründlich und gerecht wird.
Mit solchen Beschluss hebt sie zugleich den früheren Ratsbeschluss
über einen behelfsmässigen Umbau des Krankenhauses auf. Das Kran-
kenhaus wäre aufzufordern, seine Erweiterungswünsche unverzüglich
bekanntzugeben und einen Umbauplan vorzulegen. Zur Erstellung die-
ses Planes soll die Verwaltung berechtigt sein, Sachverständige
hinzuziehen. Für deren Besoldung aus Mitteln des neuen Haushalts-
planes RM 2.000,— bereit/zustellen werden.

Hierzu gibt Stadtrat Brauns folgende Begründung:

Die Parakenbauten des Krankenhauses entsprechen in keiner Weise den
den Anforderungen, die an ein modernes Krankenhaus zu stellen
sind. Die früher in weiten Umkreise anerkannte vorzügliche Ein-
richtung des Wedeler Krankenhauses ist durch die behelfsmässigen
in Mikrokredit geraten und auf die Dauer ernsthaft gefährdet. Die
von der früheren Ratsversammlung vorgeschlagene Notlösung, zu-
ächst einmal einen Umbau an ehemaligen Gemüsegärten vorzunehmen,

ist keinesfalls geeignet, eine wirkliche Lösung der Krankenstand- te herbeizuführen. Da die gegenwärtige Bevölkerungszahl auch zukünftig nicht zurückgehen wird, muss Vorsorge getroffen werden, dass das Krankenhaus genügend Betten und Einrichtungen für die Krankenpflege zur Verfügung hat. Behelfsmässige Umbauten sind Finanzwirtschaft, die auf die Dauer gesehen unnütze Kosten verursacht. Nach Vorlage der beantragten Unterlagen wird die Ratsversammlung endgültige Beschlüsse über den Umbau des Krankenhauses zu fassen haben.

Stadtrat Brauns erklärt weiter, dass es zunächst noch nicht um einen Neubau gehe, sondern zunächst einmal erreicht werden solle, dass das Krankenhaus jetzt Ausführungspläne vorlege. Er teilt der Ratsversammlung weiter mit, dass das Wedeler Krankenhaus das einzige Krankenhaus sei, das jetzt als Krankenhospital anerkannt worden ist.

Stadtrat Kleinwort und Ratsherr Beerbaum stimmen dem Antrage zu.

Ratsherr Westedt unterstreicht die Ausführungen von Stadtrat Brauns ganz besonders und weist noch auf die Zustände in der Seuchenbaracke hin.

Die darauf erfolgte Abstimmung ergibt einstimmige Annahme des Antrages.

Antrag der SPD-Fraktion auf Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Schaffung eines Sportplatzes.

Es wird durch Bürgermeister Schacht folgender Antrag verlesen:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Ratsversammlung wolle beschliessen, dass alsbald ein Wettbewerb zur Erlangung von Plänen für einen neuen Sportplatz ausgeschrieben wird. Sie beantragt in diesem Zusammenhang, dass aus Mitteln des neuen Haushaltsjahres ein Betrag von RM 3.500.-- für drei Preise bereitgestellt wird. Sie beantragt weiter, das städtische Baumst zu beauftragen, bis zum 31. März dem Hauptausschuss die Bedingungen und Unterlagen für die Ausschreibung des Wettbewerbs vorzulegen.

Hierzu verliest Ratsherr Sydeler folgende Begründung:

Seit langer Zeit beschäftigt sich die Ratsversammlung mit dem Projekt, auf dem durch die Marinebauverwaltung zerstörten Gelände zwischen Bekstrasse und Hübischentalstrasse einen neuen Sportplatz zu errichten. Um die es Projekt, dessen Verwirklichung noch von den Grundstücksverhandlungen mit der Marinebauverwaltung bzw. dem Finanzamt abhängt, voranzubringen und, wenn es zu seiner Verwirklichung kommen kann, zu einer Ideallösung zu kommen, ist es nötig, aus die Erfahrungen anderer Sportplatzerbauer zugute zu machen. Dazu ist erfahrungsgemäss der Weg des Wettbewerbs der beste, weshalb wir ihn der Stadtverwaltung empfehlen.

Bürgermeister Schacht stellt diesen Punkt zur Debatte, an der sich Stadtrat Brauns und die Ratsherren Lesshaft, Westedt, Beerbaum und Sydeler beteiligen.

Ratsherr Lesshaft ist der Meinung, dass dieser Antrag Sache des zukünftigen Stadtplanungsausschusses sein müsse und bittet, den Antrag bis zur Schaffung dieses Amtes zurückzustellen.

Ratsherr Westedt fragt nach der Höhe der Kosten, die mit dem Wettbewerb verbunden sind. Er ist der Meinung, dass es verfrüht ist, schon heute einen Beschluss darüber zu fassen.

Bürgermeister Schacht bittet den Rat, zu beschliessen, das Baumst



zu beauftragen, schon jetzt eine Ausschreibung zum Wettbewerb vorzunehmen.

Zu dem Antrag der SPD gibt Ratsherr Sydeler noch nähere Erklärungen. Stadtrat Brauns erklärt dazu, dass die Bedingungen zur Ausschreibung erst einmal ausgearbeitet werden müssen. Er weist darauf hin, dass irgendwelche größeren Beträge für den Erwerb des Geländes auf keinen Fall zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Arbeiten sind alledann in Gemeinschaftshilfe durchzuführen. Er bittet daher, den Antrag anzunehmen.

Die Ratsherren Westedt und Leschaff stimmen dem Antrage grundsätzlich zu.

Stadtoberinspektor Gau berichtet dazu, dass die Herstellung eines Sportplatzes nicht Aufgabe der Stadtverwaltung ist. Der Betrag von 3.500,--, der für die Ausschreibung zur Verfügung gestellt werden soll, gibt die Gewähr, dass künstlerisch etwas Gutes geschaffen wird.

Ratsherr Bearbaum stimmt dem Antrag ebenfalls zu.

Die Abstimmung über den Antrag zur Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Schaffung eines Sportplatzes ergab einstimmige Annahme.

Punkt 12) Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung einer Sonderkommission zur Vorbereitung des Projektes Fischereihafen.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Obwohl sich auch die SPD-Fraktion seit längerer Zeit mit dem Plan der Schaffung eines Fischereihafens für Wedel beschäftigt, richtet sie darauf, dieses Projekt von sich aus durch Anträge voranzubringen, nachdem ihr bekannt wurde, dass sich die Fraktion der Freien Demokratischen Partei ebenfalls mit solchen Plänen beschäftigt. Sie ist der Meinung, dass es in Fragen des Neuaufbaus kein Gegenüber, sondern nur ein Miteinander geben kann und beantragt, deshalb lediglich die Einsetzung einer Sonderkommission, die alle mit dem Fischereihafen in ursächlichem Zusammenhang stehenden Fragen prüft und zur Beratung für die Ratsversammlung vorbereitet.

Hierzu gibt Ratsherr Westedt namens der FDP-Fraktion Erklärungen und teilt mit, dass sich die FDP unter dem Vorsitz des Herrn Heinrich Jens zu einer Arbeitsgemeinschaft schon seit längerer Zeit zusammengeschlossen haben, denen er als verbindendes Mitglied zur Ratsversammlung angehört.

Zu dem Antrag der SPD hat der Arbeitsausschuss dahin Stellung genommen, dass zunächst der Herr Bürgermeister und der Stadtdirektor zur nächsten Tagung eingeladen werden sollen, damit nur Mitarbeiter in Vorschlag gebracht werden, die sich mit der Angelegenheit Fischereihafen auch fachlich beschäftigen können. Die Zusammenarbeit soll im Sinne der Überparteilichkeit in beratender Weise erfolgen. Die amtliche vorgesetzte Dienststelle soll der Lausausschuss sein, deren Beschlüsse und Anträge dem Rat zugeleitet werden sollen.

Stadtrat Brauns nimmt Stellung zu den Ausführungen des Ratsherrn Westedt, muss jedoch seitens seiner Fraktion es als seltsam bezeichnen, dass dieser Arbeitsausschuss nur interessierte Kreise als Mitglieder wählen. Vermisst werden Mitglieder aus der arbeitenden Bevölkerung.

Ratsherr

303

Veröffentlicht durch (Name) der Stadtverwaltung

Das Original dieses Dokuments ist im Archiv der Stadtverwaltung aufbewahrt.



Ratsherr Beerbaum schließt sich den Ausführungen Brauns an. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, wird zur Abstimmung geschritten.

Die Abstimmung ergab 14 Stimmen für den Antrag,
6 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung.

Stadtrat Brauns erklärt nach diesem Stimmresultat, dass seine Fraktion ihren Antrag auf Einsetzung einer unparteiischen Sonderkommission zurückzieht, da die FDP es ablehnt, an dieser Kommission mitzuwirken.

Punkt 13) Antrag der SPD-Fraktion auf Vorbehaltung des ehemaligen Marine-Baugeländes für ein Sondervorhaben im Rahmen des wirtschaftlichen Neuaufbau-Programms der Rolandstadt Weiel.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Ratsversammlung wolle beschließen, dass unabhängig von den noch ungeklärten Besitzverhältnissen des ehemaligen Marinebaugeländes der Stadtvertretung das alleinige Beschlussrecht über die Verwendung dieses Geländes zusteht. Es darf nach demselben kein Pacht- und Kaufvertrag für dieses Gelände ohne Zustimmung der Stadtvertretung abgeschlossen werden. Von diesem Beschluss ist sowohl der Marinebauverwaltung als auch der Verwaltung beauftragten Finanzamt sofort entsprechende Mitteilung zu machen. Nötigenfalls ist das Kreisverwaltungsgericht anzurufen, um diesen singelmäßig klaren Beschluss die letzte juristische Formulierung zu geben.

Stadtrat Kohlmann gibt hierzu folgende Begründung:

Unbeschadet der Absichten, die die Stadtvertretung in einzelnen mit dem Marine-Baugelände hat, kann es nicht länger geduldet werden, dass von Stellen, die sich mit der Wirtschaftsplanung der Rolandstadt Weiel in einzelnen nicht beschäftigen, fortgesetzt Grundstücke verpachtet und verkauft werden, ohne dass die Stadtvertretung vorher befragt wird. Es besteht zwar ein Abkommen, wonach alle Verträge nachträglich durch die Stadtverwaltung angefochten werden können, aber wegen der Unklarheit der Besitzverhältnisse haben diese Anfechtungen bisher nur geringe Erfolge gehabt und eine Fülle von Auseinandersetzungen heraufbeschauren, die schlichtig nur dadurch vermieden werden kann, dass, bevor es zu irgendeinem Vertrag kommt, die Stellungnahme der Stadtvertretung eingeholt wird.

Stadtrat Kohlmann erklärt weiter, dass bereits einige Tage vor der Registration Grundstücke dieses Geländes verkauft worden seien an Käufer, die innerhalb der Marinebauverwaltung sitzen und die genau gewusst haben, dass der Krieg verloren und vorbei sei und die sehen wollten, noch recht viel aus der Konkursmasse in ihre Tasche stecken. Diese Verkäufe müssten unter allen Umständen rückgängig gemacht werden. Er bittet sämtliche Fraktionen, dem Antrage zustimmen.

Ratsherr Beerbaum beantragt als Hauptantrag, dass eine Untersuchungskommission von 4 Mitgliedern eingesetzt wird, die die letzten Grundstücksverkäufe und die Pachtungen, die aus dem Marinegelände getätigt sind, nachprüft und schließlich einen Vertreter jeder Partei vor.

Stadtrat Kohlmann schlägt die Herrn

804



Bei der ... (Holländisch)

Schacht, Dr. Heinrich
Bierbaum
Wastadt
und Matthiesowen vor.

Dieser Vorschlag findet einstimmige Annahme.

Punkt 15) Antrag der SPD-Fraktion auf Bereitstellung von Mitteln für Studienfahrten.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die Ratversammlung wolle beschliessen, dass im Haushaltsjahr 1947/48 ein angemessener Betrag für Studienfahrten der Stadtvertretung bereitgestellt wird. Die Finanzkommission wird beauftragt, in Gemeinschaft mit der Stadtverwaltung den für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Betrag festzusetzen.

Die SPD-Fraktion gibt hierzu folgende Begründung:

Die zahlreichen Probleme des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der Einrichtung von Handwerkerlehrlingen, Seebauernlehrlingen, Heimindustrie, Kleinwohnungen usw. können nicht von einer Stadt allein gelöst werden. Aus diesen Grunde sind die Provinz- und Landesregierungen in steigendem Masse dazu Übergegangen, Ausstellungen und Wanderschauen einzurichten, deren Besuch sich Kommissions- und Ausschussmitgliedern dringend empfiehlt. Da jedoch ständesiege Mittel für solche Besichtigungen bisher nicht zur Verfügung standen, den meisten Ratsmitgliedern auch die Aufbringung solcher Kosten aus eigenen Mitteln nicht zugewendet werden kann, ist die Bereitstellung öffentlicher Mittel eine Notwendigkeit.

Bürgermeister Schacht stellt diesen Antrag zur Debatte.

Stellv. Bürgermeister Balke bittet, den Antrag so abzufassen, dass das Wort "Tagungen" mit eingefügt wird.

Stadtrat Braun erhebt keine Bedenken gegen diesen Vorschlag.

Der Antrag lautet daher in Übersetzung des Rates wie folgt:

"Die Ratversammlung wolle beschliessen, dass im Haushaltsjahr 1947/1948 ein angemessener Betrag für Tagungen und Studienfahrten der Stadtvertretung bereitgestellt wird. Die Finanzkommission wird beauftragt, in Gemeinschaft mit der Stadtverwaltung den für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Betrag festzusetzen."

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Dr. Schacht

Dr. Bierbaum

Dr. Wastadt

1947

Punkt 16) Antrag der SPD-Fraktion auf Abhaltung einer ausserordentlichen Ratssitzung.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die SPD-Fraktion beauftragt, die Ratversammlung wolle beschliessen alsbald zu einer öffentlichen Sondersitzung zusammenzutreten, auf der der gesamten Ratsmitglieder und der interessierten Öffentlichkeit ein Vortrag mit anschließender Aussprache über Gartenerbsiedlungen zu halten ist.

Stadtrat



Handwritten text at the bottom center, possibly a date or reference number.

101

Handwritten text at the bottom right, possibly a signature or official stamp.

Stadtrat Krause gibt folgende Begründung:

Da aller Wahrscheinlichkeit nach die in Wedel durch die Bauverwaltung zur Verfügung stehende Fläche nicht anderweitig besser auszunutzen ist, so Aufgabe der Stadtverwaltung, nach Fittin und Wiese zu suchen, das Gelände so gut wie möglich zu nutzen. Vor allem darf dabei keine wirtschaftlich genutzter Boden der Volksernahrung nicht verloren gehen, sondern es muss versucht werden, an einer Intensivkultur zu kommen. Für welche Intensivkultur scheint die Umgestaltung von Kette zu Feldbedingungen eine gute Voraussetzung zu sein. Im Interesse der Naturschutzarbeiten besteht die Möglichkeit, sich über welche Fläche genauer zu unterrichten, ist ein Vortrag von sachverständiger Seite von größter Wichtigkeit. Sachverständiger Dr. Levin Ostrowski aus Hamburg hat sich bereit erklärt, über Fragen der Gartenhofanlieger in Wedel ausführlich zu referieren.

Es entsteht eine Meinungsverschiedenheit, ob der Kreis der Interessierten begrenzt oder unbegrenzt sein soll.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Abhaltung einer außerordentlichen Ratssitzung wird einstimmig abgelehnt, und soll die Zahl der Interessierenden begrenzt sein.

Punkt 17) Antrag der SPD-Fraktion auf Verlage der Aktien Schlesswig durch die Stadtwerke.

Bürgermeister S o B a e h l t verliest folgenden Antrag:

Ratsherr Kahl und Genossen beantragen, die Ratverabredung solle beschlossen werden, dass der Hauptausschuss sämtliche Unterlagen mitbringt, aus denen ersichtlich ist, welcher Art die Verträge mit der SCHLESWIG sind. Es ist weiter darüber zu berichten, ob es sich bei der SCHLESWIG um ein privatwirtschaftliches oder gemeinnütziges Unternehmen handelt.

Ratsherr K a h l erteilt seinen Antrag dahin, dass der einzelne Ratsherr sich nicht hiermit befassen könne und darum der Hauptausschuss im Bericht gebeten würde, gleichzeitig bittet er den Hauptausschuss um Feststellung, ob es sich bei der SCHLESWIG um ein Privatunternehmen oder ein staatliches Unternehmen handelt.

Stellv. Bürgermeister Falke weist auf seine Verhandlung mit Herrn Dr. Schwappachauer am 22.1.47 hin und berichtet, dass Herr Dr. Schwappachauer erklärt habe, dass es sich um ein Unternehmen des öffentlichen Hand handle und der Schleswig sämtliche Elektrizitätswerke Schleswig-Holsteins angeschlossen seien. Sie können aber durch Strom nicht erreichen, der für das Land Schleswig-Holstein hätte auszuhalten sein. Die H.V. liefert wohl im Winter, wie durch ihr Joch nicht verstanden.

Stadtrat Krause erklärt hierzu, dass es lediglich darum geht die Verträge, die in den letzten 15 Jahren geschlossen wurden nicht einzeln kennenzulernen. Es sollte erreicht werden, dass der Hauptausschuss über diesen Vertrag informiert wird.

Stellv. Bürgermeister Falke weist darauf hin, dass dieser Vertrag bereits in der Sitzung vom 22.1.47 verlesen sei und wiederholt darauf hin, dass es sich erübrige, über diesen Punkt zu verhandeln, wenn nicht seine Verhandlungen mit Herrn Dr. Schwappachauer abgeschlossen seien.

Ratsherr K a h l erteilt den Antrag einstimmig zurück.



Punkt 18)

VEREINIGTE DEUTSCHE ARBEITERSKAMMERN

1947

1947

Punkt 18) Entscheidung der SPD gegen Demontage des Kraftwerks Schulan.

Folgender Antrag wird von Bürgermeister **Schacht** vorgelesen.

Ratherr **Braun** und **Beerbaum** eruchten die Ratversammlung, folgende Entscheidung anzunehmen:

Wie jetzt bekannt wird, befindet sich unter den beiden in großer hantburgischen Raum für die Demontage vorgesehenen Kraftwerken auch das Kraftwerk Schulan. Die Demontage dieses Werkes würde für Wedel nicht nur Erwerbslosigkeit zahlreicher qualifizierter Arbeiter und Angestellter bedeuten, sondern auch die wirtschaftliche Gesamtstruktur des Ortes stark erschüttern. Wedels Industriebetriebe haben zum Teil durch den Krieg außerordentlich schweren Schaden genommen. Das Kraftwerk Schulan ist eines der wenigen Unternehmen, die unbeschädigt geblieben. Rat und Verwaltung der Rolandstadt Wedel erheben gegen diese Demontagepläne schwerste Bedenken und eruchten die Regierung Schleswig-Holstein und den Landtag, alle geeigneten Schritte zu ergreifen, um die Demontage zu verhindern, die Wedel wie Hamburg und Schleswig-Holstein aufs schwerste treffen würde.

Ratherr **Kahl** erklärt dazu, dass ihm bekannt geworden ist, in einer Entscheidung seien die Herren **Orthofer** und **Kraftwerk Schulan** gefallen. Er habe sich ausserdem mit der Verhandlung des Metallarbeiterverbandes in Verbindung gesetzt, die die Information aus der **Hamburg** habe. Wenn auch die Demontagen zurückgekehrt sind, so ist damit nicht gesagt, dass die Erbe glücklich aufgegeben ist. Ich bin der Meinung, dass diese Entscheidung angenommen werden muss.

Ratherr **Beerbaum** ist nicht überzeugt davon, dass es sich tatsächlich um authentische Unterlagen handelt.

Es entsteht über diese Angelegenheit eine Debatte, an der sich der stellv. Bürgermeister **Balke**, **Stadtrat Braun**, **Ratherr Beerbaum** und **Ratherr Kahl** beteiligen.

Stellvert. Bürgermeister **Balke** ist der Meinung, dass Direktor **Schweppenhans** zunächst darüber orientiert sein müsste. Dieser ist aber von der Demontage des Kraftwerkes Schulan nichts bekannt.

Stadtrat **Braun** schlägt vor, diesen Antrag schon im Interesse der Arbeiter des R.A.W. anzunehmen.

Ratherr **Beerbaum** zieht nicht ein, dass aufgrund irgendeiner Berüchtigung die Entscheidung gefasst werden kann.

Ratherr **Beateit** stimmt den Ausführungen des Ratherrn **Beerbaum** zu. Er bittet, von einer Entscheidung abzusehen und ersucht Herrn **Kahl**, seinen Antrag zurückzuziehen.

Ratherr **Beerbaum** stellt den Antrag, die Beschlussfassung über den Antrag **Kahl** bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, ob sich genügende Informationen.

Bürgermeister **Schacht** erklärt dazu, dass sachliche Gründe, der Entscheidung nicht zuzustimmen, gar nicht vorliegen können.

Auch Ratherr **Matthies** ist der Ansicht, dass der Antrag vorzuziehlich doch angenommen werden müsste.

Ratherr **Beerbaum** zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Die Abstimmung über die Entscheidung ergibt einstimmige Annahme.

er appelliert daher an die Ratsherren, den Antrag anzunehmen.



Punkt 19 a) Antrag der SPD betr. Polizeimeister L. a. d. a. d. a.

Ratherr Beerbaum beantragt befristete Weitergabe von Entschliessungen gegen die Weiterverwendung des Polizeimeisters L. a. d. a. d. a.

Bürgermeister B. v. L. a. d. a. d. a. verliest folgenden Antrag:

Die Raterversammlung der Reichsstadt Wedel ist der Ansicht, dass das Verhalten des Polizeimeisters L. a. d. a. d. a. in seinem Amt in Bruchmitteltung gegen den Geist des demokratischen Gemeinlebens verstösst.

Es ist ihm bekannt, dass der Polizeimeister Lassen in seiner Zeit seiner Dienstpflicht in Wedel über seine dienstvorschriftlichen hinaus sich gegen die Polizei anfeindlich und ausländer unerschrocken benommen hat. Aus diesem Grunde ist die Raterversammlung verpflichtet, gegen die Weiterverwendung von L. bei der Polizei oder in einem öffentlichen Amte schärfstens Stellung zu nehmen. Sie schliesst sich damit der Meinung mehrerer Organisationen und Vorgesetztervereinigungen mehrerer Grossbetriebe an, die in ähnlich abgefasster Entschliessung zum Ausdruck kommt.

Die Raterversammlung Wedel richtet diesen Protest an die oberste Provinzialpolizeidienststelle in Schleswig. Gleichzeitig gibt sie ihn der Polizeidienststelle Bruchmitteltung zur Kenntnis.

Hierzu verliest Bürgermeister Schacht Entschliessender

SPD und HPD

sowie des Betriebsrates der Deutschen Vacuum Oel A.-G.

" " der Firma I.P. Keller

und des Komitees ehemaliger pol. Häftlinge.

Darauf stellt Bürgermeister Schacht den Fall "Lassen" zur Debatte.

Ratherr Beerbaum gibt zu seinem Antrag mehrere Ergänzungen.

Stellv. Bürgermeister Halle erklärt, dass die SPD sich bereits seit 1 Jahr mit dem Fall "Lassen" beschäftigt. Auch der Hauptausschuss hat sich bereits mit dieser Angelegenheit befasst. Hier ist es jedoch zu dem Schluss gekommen, dass es nicht Sache des Hauptausschusses ist, hinsichtlich eines Beschlusses zu irgendeiner Zeit über den Antrag zu entscheiden.

Stadtrat Krause teilt mit, dass ihm Unannehmlichkeiten seitens Lassen nicht bekannt geworden sind. Er muss diese Angelegenheiten gegen aus diesem Grunde ausser Acht lassen.

Bürgermeister Schacht erklärt hierzu, dass es nicht Aufgabe des Rates sei, Entschliessungen gegen L. nachzugeben. Er bezieht sich bei dem Antrag des Ratherrn Beerbaum auch lediglich auf befristete Weitergabe der gefassten Entschliessungen.

Ratherr Beerbaum bittet um Wiederaufstellung des Verfahrens gegen L. Es ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen gegeben sind, L. im Dienst zu belassen oder nicht.

Nach einer kurzen Debatte bittet Stadtrat Krause um Abänderung des Antrages des Ratherrn Beerbaum wie folgt:

Die



RECHENUNGEN: 1934 (1935) W. 1934/35
1934 1935 1936 1937 1938 1939 1940 1941 1942 1943 1944 1945 1946 1947 1948 1949 1950 1951 1952 1953 1954 1955 1956 1957 1958 1959 1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023 2024 2025 2026 2027 2028 2029 2030 2031 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039 2040 2041 2042 2043 2044 2045 2046 2047 2048 2049 2050 2051 2052 2053 2054 2055 2056 2057 2058 2059 2060 2061 2062 2063 2064 2065 2066 2067 2068 2069 2070 2071 2072 2073 2074 2075 2076 2077 2078 2079 2080 2081 2082 2083 2084 2085 2086 2087 2088 2089 2090 2091 2092 2093 2094 2095 2096 2097 2098 2099 2100 2101 2102 2103 2104 2105 2106 2107 2108 2109 2110 2111 2112 2113 2114 2115 2116 2117 2118 2119 2120 2121 2122 2123 2124 2125 2126 2127 2128 2129 2130 2131 2132 2133 2134 2135 2136 2137 2138 2139 2140 2141 2142 2143 2144 2145 2146 2147 2148 2149 2150 2151 2152 2153 2154 2155 2156 2157 2158 2159 2160 2161 2162 2163 2164 2165 2166 2167 2168 2169 2170 2171 2172 2173 2174 2175 2176 2177 2178 2179 2180 2181 2182 2183 2184 2185 2186 2187 2188 2189 2190 2191 2192 2193 2194 2195 2196 2197 2198 2199 2200 2201 2202 2203 2204 2205 2206 2207 2208 2209 2210 2211 2212 2213 2214 2215 2216 2217 2218 2219 2220 2221 2222 2223 2224 2225 2226 2227 2228 2229 2230 2231 2232 2233 2234 2235 2236 2237 2238 2239 2240 2241 2242 2243 2244 2245 2246 2247 2248 2249 2250 2251 2252 2253 2254 2255 2256 2257 2258 2259 2260 2261 2262 2263 2264 2265 2266 2267 2268 2269 2270 2271 2272 2273 2274 2275 2276 2277 2278 2279 2280 2281 2282 2283 2284 2285 2286 2287 2288 2289 2290 2291 2292 2293 2294 2295 2296 2297 2298 2299 2300 2301 2302 2303 2304 2305 2306 2307 2308 2309 2310 2311 2312 2313 2314 2315 2316 2317 2318 2319 2320 2321 2322 2323 2324 2325 2326 2327 2328 2329 2330 2331 2332 2333 2334 2335 2336 2337 2338 2339 2340 2341 2342 2343 2344 2345 2346 2347 2348 2349 2350 2351 2352 2353 2354 2355 2356 2357 2358 2359 2360 2361 2362 2363 2364 2365 2366 2367 2368 2369 2370 2371 2372 2373 2374 2375 2376 2377 2378 2379 2380 2381 2382 2383 2384 2385 2386 2387 2388 2389 2390 2391 2392 2393 2394 2395 2396 2397 2398 2399 2400 2401 2402 2403 2404 2405 2406 2407 2408 2409 2410 2411 2412 2413 2414 2415 2416 2417 2418 2419 2420 2421 2422 2423 2424 2425 2426 2427 2428 2429 2430 2431 2432 2433 2434 2435 2436 2437 2438 2439 2440 2441 2442 2443 2444 2445 2446 2447 2448 2449 2450 2451 2452 2453 2454 2455 2456 2457 2458 2459 2460 2461 2462 2463 2464 2465 2466 2467 2468 2469 2470 2471 2472 2473 2474 2475 2476 2477 2478 2479 2480 2481 2482 2483 2484 2485 2486 2487 2488 2489 2490 2491 2492 2493 2494 2495 2496 2497 2498 2499 2500 2501 2502 2503 2504 2505 2506 2507 2508 2509 2510 2511 2512 2513 2514 2515 2516 2517 2518 2519 2520 2521 2522 2523 2524 2525 2526 2527 2528 2529 2530 2531 2532 2533 2534 2535 2536 2537 2538 2539 2540 2541 2542 2543 2544 2545 2546 2547 2548 2549 2550 2551 2552 2553 2554 2555 2556 2557 2558 2559 2560 2561 2562 2563 2564 2565 2566 2567 2568 2569 2570 2571 2572 2573 2574 2575 2576 2577 2578 2579 2580 2581 2582 2583 2584 2585 2586 2587 2588 2589 2590 2591 2592 2593 2594 2595 2596 2597 2598 2599 2600 2601 2602 2603 2604 2605 2606 2607 2608 2609 2610 2611 2612 2613 2614 2615 2616 2617 2618 2619 2620 2621 2622 2623 2624 2625 2626 2627 2628 2629 2630 2631 2632 2633 2634 2635 2636 2637 2638 2639 2640 2641 2642 2643 2644 2645 2646 2647 2648 2649 2650 2651 2652 2653 2654 2655 2656 2657 2658 2659 2660 2661 2662 2663 2664 2665 2666 2667 2668 2669 2670 2671 2672 2673 2674 2675 2676 2677 2678 2679 2680 2681 2682 2683 2684 2685 2686 2687 2688 2689 2690 2691 2692 2693 2694 2695 2696 2697 2698 2699 2700 2701 2702 2703 2704 2705 2706 2707 2708 2709 2710 2711 2712 2713 2714 2715 2716 2717 2718 2719 2720 2721 2722 2723 2724 2725 2726 2727 2728 2729 2730 2731 2732 2733 2734 2735 2736 2737 2738 2739 2740 2741 2742 2743 2744 2745 2746 2747 2748 2749 2750 2751 2752 2753 2754 2755 2756 2757 2758 2759 2760 2761 2762 2763 2764 2765 2766 2767 2768 2769 2770 2771 2772 2773 2774 2775 2776 2777 2778 2779 2780 2781 2782 2783 2784 2785 2786 2787 2788 2789 2790 2791 2792 2793 2794 2795 2796 2797 2798 2799 2800 2801 2802 2803 2804 2805 2806 2807 2808 2809 2810 2811 2812 2813 2814 2815 2816 2817 2818 2819 2820 2821 2822 2823 2824 2825 2826 2827 2828 2829 2830 2831 2832 2833 2834 2835 2836 2837 2838 2839 2840 2841 2842 2843 2844 2845 2846 2847 2848 2849 2850 2851 2852 2853 2854 2855 2856 2857 2858 2859 2860 2861 2862 2863 2864 2865 2866 2867 2868 2869 2870 2871 2872 2873 2874 2875 2876 2877 2878 2879 2880 2881 2882 2883 2884 2885 2886 2887 2888 2889 2890 2891 2892 2893 2894 2895 2896 2897 2898 2899 2900 2901 2902 2903 2904 2905 2906 2907 2908 2909 2910 2911 2912 2913 2914 2915 2916 2917 2918 2919 2920 2921 2922 2923 2924 2925 2926 2927 2928 2929 2930 2931 2932 2933 2934 2935 2936 2937 2938 2939 2940 2941 2942 2943 2944 2945 2946 2947 2948 2949 2950 2951 2952 2953 2954 2955 2956 2957 2958 2959 2960 2961 2962 2963 2964 2965 2966 2967 2968 2969 2970 2971 2972 2973 2974 2975 2976 2977 2978 2979 2980 2981 2982 2983 2984 2985 2986 2987 2988 2989 2990 2991 2992 2993 2994 2995 2996 2997 2998 2999 3000

Die Ratversammlung nimmt die eingehenden Beschlüsse der Ausschüsse und der Betriebe zur Kenntnis und hält die für wichtige Dinge, dass die zuständigen Instanzen die nötige Beachtung der Angelegenheit finden, verbindlich.

Mit dieser Erklärung erklärt Ratsherr Westedt abwesend zu sein.

Herrl. Bürgermeister Salbe erhebt die Sprache. Er hat der Meinung dass die Angelegenheit "Lassen" Sache der politischen Parteien ist.

Es kommt hiernach zur Abstimmung über den abgewanderten Antrag.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- 13 Stimmen für den Antrag
- 1 Gegenstimme
- 5 Stimmenthaltungen.

Punkt 15 v) Antrag der Fraktion der Freien Demokraten zur Überprüfung des Verhaltens der Polizeibeamten beim Überfall Heister.

Weite Kreise der Bevölkerung, besonders in dem nördlichen Teil der Stadt, sind durch das Verhalten der Polizeibeamten beim Überfall auf den Märker Heister schwer beunruhigt. Durch viele, sich teilweise widersprechende Berichte sind die Verhältnisse noch unklar. Ein Bericht der Heister, dass über diesen Fall ein ausführlicher Bericht von der Stadtverwaltung, Polizei eingefordert wird. Es ist zu prüfen, ob die Beamten ihren Anweisungen genau gehandelt haben oder ob tatsächlich eine Schuldbarkeit vorliegt. In beiden Fällen ist sofortige Abhilfe zu fordern, damit das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung behoben wird.

Ratsherr Westedt verliest sodann einen ausführlichen Bericht des Ratsherrn Franz Heinsch und des Verwalters Heinrich Jone, in dem u.a. von Ausdruck gebracht wird, dass Karl Heister der Auffassung ist, dass die Polizei vollumfänglich versagt habe. Es wird darin um Prüfung gebeten, ob tatsächlich ihnen Anweisungen nicht gehandelt haben oder ob tatsächlich eine Schuldbarkeit vorliegt. In beiden Fällen wird sofortige Abhilfe gefordert.

Ratsherr Heinsch gibt sodann noch einen Bericht seiner Wahrnehmungen auf dem Rückmarsch von der Raterversammlung.

Staatsrat Braune unterstützt den Antrag von Herr Westedt und ist für die Verwaltung um Einsendung eines Berichts.

Ratsherr Kahl bittet die Berichtigung des in der Zeitung erscheinenden Berichtes betr. des Überfalls zu veranlassen.

Der Bürgermeister erklärt hierauf, dass in der nächsten Hauptversammlung-Sitzung ein Bericht der Verwaltung vorgelegt und auch ein Bericht der Polizei hierzu angefordert werden soll. Im Übrigen weist er noch darauf hin, dass er derartige Anträge, die aus der Bevölkerung kommen, begrüßt.

Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Punkt 2 c) Mittellages-Gemeinschaften der Gemeindevertretungen.

a) Bürgermeister Salbe gibt ein Schreiben der Kreisverwaltung vom 18.12.46 zur Kenntnis, worin darauf hingewiesen wird, dass

Sach



nach den Bestimmungen des § 27 des ROC. in allen öffentlichen
Sitzungen der Vollversammlungen der Volljährigen Bürgerinnen der Ge-
meinden und Vertretern der Presse der Zutritt zu gestatten ist.
Der Ausschluss der Öffentlichkeit sei nur zulässig, wenn von der
Gemeindevertretung beschlossen ist. Für einen oder mehrere
Punkte der Tagesordnung in Hinblick auf die bei dieser Natur
des zu verhandelnden Gegenstandes die Öffentlichkeit der Ver-
sammlungen vorübergehend auszuschließen.

b) Schreiben der Landespolizei betr. Gerichte.

Der Bürgermeister gibt Kenntnis von dem Schreiben des Chefs der
Landespolizei, Schleswig, vom 22.12.46 betr. Gerichte, wosin
Polizeibeamte Prokuren von dem ihnen gelegentlich ihrer Kontroll-
len gemachten beschlagnahmten Gütern erhalten sollen.

c) Richtungs einer Autokontrolle/ zwischen Wedel/Blumhagen.

Bürgermeister Schmidt gibt Kenntnis von einem Schreiben des
Straßenverkehrsamtes vom 10.12.46, wosin mitgeteilt wird, dass
unter Antrag an das Hauptquartier der N. & H. Zpt. Branch Schin-
gehald untersucht wurde, dass Wedel durch einen angemessenen
Grenzstreifen mit Pinnberg und über den Lüneburg, mit Wamburg
verbunden sei.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass immer wieder festge-
stellt werden muss, dass die Grundbesitzverhältnisse bei
die Einrichtung. Er schlägt vor, gemeinsam mit allen Gemeinden,
die an der Straße Wedel-Blumhagen liegen, eine Kosten Uebersicht
zu fassen und diese der Landesverwaltung in Kiel vorzutragen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Es wird beschlossen, die Angelegenheit in diesem Sinne weiterzu-
betreiben.

d) Hindereisung der 1-5jährigen Kinder in Wedel.

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben des Deutschen Roten
Kreuzes, worin mitgeteilt wird, dass die kostenlose Speisung
der 1-5jährigen Kinder bis zum 31.1.47 zu Ende geht. Ob und wann
eine Fortsetzung dieser Speisung erfolgen werde, wies das DRK.
heute noch nicht. Es liegt jedoch der Bescheid vor, dass die
Hindereisung fortgesetzt werden solle, doch seien die erforder-
lichen Lebensmittel noch nicht geüffnet.

e) Bürgermeister Schmidt verliest ein Schreiben des B. v. K. K. K.

des B. v. K. K. K., wosin Dr. Karst, FR für die von der St.-
vertretung anlässlich seiner goldenen Hochzeit überbrachte
Ehrenurkunde dankt und gleichzeitig dem Bürgermeister einen An-
trag, vom 11.12.46, -- für die 1-5jährigen der Stadt Wedel überreicht
wird.

f) Bürgermeister Schmidt verliest die Rundschreiben der Volksgemein-

schaft Schleswig-Holstein - Kreisnordgemeinschaft - Pinnberg
betr. Schulpflicht.

Stadtrat Krause gibt dazu mehrere Erläuterungen.

g) Bürgermeister Schmidt gibt Kenntnis von dem Stand der Lieferung

der 100-Lt. Hochkessel durch die Firma Küppersbusch in Angeln-
heit Schulpflicht.

h) Probleme der Firma I. B. Müller.

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben des Landratsamtes
betr. die Firma I. B. Müller.



B) Proklamation des Gen. F. S. Höller.

Bürgermeister Schacht hat eine Mitteilung der Landesregierung
Schlesien-Katzen - ...
zur Kenntnis gebracht, dass die Firma F. S. Höller eine große Pro-
duktionsmöglichkeit ...

F. Höller als Militär, dessen die F. S. Höller und ...
auch ...

Stimm-Abgabe

Ratherr ... folgende Entscheidung anzu-
nehmen und dem Kreistag zuzuleiten:

Die Erzeugung des ...
Richtung von ... und die Verteilung von
... an diese ... in der Bevölkerung

keinen

... gefunden. Die Raterversammlung ist der
Meinung, dass die Brennstoffe besser in zentralen
Räumen (Schulen) für ...
... Es wird deshalb der Kreistag ersucht,
Schritte ...
... zukünftig ... erhalten.

Diese Entscheidung findet einstimmige Annahme.

Bürgermeister Schacht schließt die Sitzung um
22,00 Uhr.

Schacht

Bürgermeister

Curt Grae

Stadtr.

Hans

Stadtoberinspektor

Pamcke

Ratherr

4. (18.) öffentliche ausserordentliche Sitzung
der Gemeindevertretung Wedel am Donnerstag, dem 20.2.1947,
20 Uhr, im Gemeinschaftslager
Rosengarten.

Anwesend:

stellv. Bürgermeister B a l k e
 als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Brauns, Behrens, Eydeler Helmar,
 Sydeler Paul, Glismann, Heinsohn, Heiseke,
 Hudepoll, Kahl, Kleinwort, Kuhlmann, Lesshaft,
 Matthiessen, Ramcke Carl, ~~Ramcke Herbert~~,
 Schacht Heinrich jr., Westedt

Stadtinspektor G a u
 in Vertretung des Stadtdirektors.

Schulenburg und Schüttkäker
 als Stenotypistinnen.

64 Zuhörer.

Bürgermeister S c h a c h t
 fehlt entschuldigt wegen Krankheit.

Ratsherr B e e r b a u m fehlt unentschuldigt.

Ratsherr H e r b e r t R a m c k e fehlt unentschuldigt.

T a g e s o r d n u n g :

Vortrag des Herrn Senatsrats Dr. Gutschow über das Wesen des Gärtnerhofes.

Stellv. Bürgermeister Balke eröffnet die Sitzung. Er begrüsst die Anwesenden, insbesondere die zahlreich erschienenen Zuhörer und Herrn Dr. Gutschow. Alsdann teilt er mit, dass Bürgermeister Schacht infolge Krankheit nicht an der Ratsversammlung teilnehmen kann.

Er bittet Herrn Dr. Gutschow mit dem Vortrag zu beginnen.

Hierauf gibt Dr. Gutschow einen umfassenden Bericht über das Wesen des Gärtnerhofes, der Gärtnerei und Bauernhof zugleich ist, beides in einem. Gerade dieser Umstand bedeutet seine Stärke. Es gibt verschiedene Typen von Siedlungen. Es gibt Nebenerwerbs-siedlungen und Vollerwerbs-siedlungen. Der Gärtnerhof gehört zu den Vollerwerbs-siedlungen, weil der Betreffende ausschl. von seiner Arbeit auf dem Gärtnerhof existieren muss. Es müssen Betrie-be geschaffen werden, die auf die Dauer lebensfähig sind. Es empfehlen sich aus diesem Grunde zunächst kleine Betriebe, deren Grösse um 2 - 3 ha herumliegt, also dessen Betriebsgrösse zwi-schen 8 und 14 morgen beträgt. Dieser Gärtnerhof wäre beispiels-weise in der Lage, neben dem Ackerbau 2 - 3 Kühe, Schafe, Schweine sowie noch einiges Federvieh zu halten. Dieser Gärtnerhof, so betont Dr. Gutschow, hat nach meiner Meinung eine Existenz-

berechtigung

201

061 04108000000000 06900 (20121)

berechtigung auf die Dauer. Es kommt nun darauf an, dass der Betrieb möglichst unabhängig gemacht wird. Nicht jeder Siedlungsinhaber eignet sich zur Übernahme einer solchen Siedlung. Das setzt gewisse Fachkenntnisse voraus. Guter Wille und Begeisterung vermögen jedoch, die Menschen etwas leisten zu lassen. Es ist zweckmässig, eine Gruppe von Menschen hier auf einer Fläche in der Gemarkung der Stadt Wedel anzusetzen, um diesen Typ der Siedlungen zu zeigen und wenn er sich bewährt, ihn nachzuahmen. Diese Betriebskennnten dann zu Lehrhöfen gemacht werden, auf denen der Nachwuchs geschult wird. Dieser Typ des Gärtnerhofes ist für Wedel, das einen Landstrich darstellt, besonders gut geeignet.

Abschliessend sagt Dr. Gutschow, dass alle Überlegungen für den Typ des Gärtnerhofes sprechen.

Stellv. Bürgermeister Balke dankt Herrn Senatsrat Dr. Gutschow für den interessanten Vortrag und bittet die Zuhörerschaft, Anfragen an den Vortragenden zu richten.

Stadtrat B r a u n s erklärt darauf, aus welchem Grunde sich die SPD-Fraktion zur Anhörung dieses Vortrages entschlossen hat. Er weist darauf hin, dass, bevor man sich zu Experimenten entschliesst, mancherlei Vorschläge anzuhören sind. Neben dem Gärtnerhof beschäftigen wir uns auch mit der Handwerkersiedlung. Es ist nicht ausgeschlossen, dass eines Tages wieder krisenhafte Rückschläge einsetzen; krisenfest erscheint nicht der Industriearbeiter zu sein, der weiter nichts als seine Wohnung sein eigen nennt. Dass wir uns gerade an Hamburg um Rat gewandt haben ist nicht zufällig, denn Hamburg ist nicht nur unser Nachbar, sondern es hat auch in der ehemaligen Wedeler Feldmark Enklaven. Wenn Wedel Siedlungspolitik treiben will, muss es diese Pläne mit diesen Enklavenbesitzern koordinieren. Es bleibt die Frage zu stellen, welche praktischen Voraussetzungen sind zu schaffen, um den Anfang solcher Gärtnersiedlungen zu machen. Wie wird es möglich sein, auf dem ärmeren Boden zu einem Anfang zu kommen? Welche Gebäude müssten von Anfang an erstellt werden, um den Gärtnerhofsiedler die Arbeit zu ermöglichen? Ist es evtl. möglich, für die Dauer von 1 - 2 Jahren den Gärtnerhofsiedler behelfsmässig unterzubringen? Der unmittelbare Anlass, Herrn Dr. Gutschow hierher zu bitten, bestand auch darin, dass die Gärtnerhofgesellschaft den Plan verfolgte, hier in Wedel einmal einen Wettbewerb durchzuführen. - Ausserdem ist es durchaus wahrscheinlich, dass der Nahrungsmittelindustrie in Wedel eine Konserven- bzw. Marmeladenfabrik angegliedert wird. Besteht bei diesen kleinen Gärtnereibetrieben nun die Möglichkeit, ihre Produktion so preiswert zu liefern, dass die Konservenindustrie noch aufnahmefähig ist. Soll man bereits bestehenden Erwerbsgärtnereien (Blumen- und Pflanzenzüchtern) anheimstellen, evtl. einen praktischen Versuch vorzunehmen.

Dr. G u t s c h o w nimmt darauf Stellung zu allen Anfragen. Er unterstützt besonders die Handwerkersiedlungen, da nach seiner Meinung gerade die Verbindung des Handwerkers mit dem Grund und Boden etwas Unerlässliches ist.

Betr. der Bodenvoraussetzungen ist er der Meinung, dass auch ein
deres Land



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or date, which is mostly illegible due to fading and bleed-through from the reverse side.

Land durch Spatenkultur instandgesetzt werden kann. Natürlich muss sich die Siedlungsgenossenschaft darüber klar sein, dass ein Siedler nicht ganz aus eigener Kraft anfangen kann.

Weiter erwidert Dr. Gutschow auf Anfragen des Stadtrats Heinsohn und des Rats Herrn Matthiessen.

Stellv. Bürgermeister Balke und Stadtrat Brauns bitten die erschienenen Zuhörer, auch einmal ihre Ansichten über die Gärtnerhofsiedlungen kundzutun.

Der Bauer Johann Körner, Elbstr., erklärt hierauf, dass zur Bodenverbesserung städtische Abfälle wie Müll und dergleichen verwandt werden können. Es muss unter allen Umständen angestrebt werden, möglichst vielen Leuten einen Schrebergarten zu geben.

In diesem Zusammenhang erwähnt Rats Herr Matthiessen, dass mit einem Gärtnerhof den Flüchtlingen eine neue Heimat angeboten werden könnte.

Nach kurzer Aussprache zwischen dem Gärtner Peter Körner, Gärtnerstr., und Herrn Dr. Gutschow schlägt Stadtrat Brauns vor, dass wenigstens ein praktischer Versuch gemacht wird.

Rats Herr Matthiessen schlägt vor, die Angelegenheit der Feld- und Forstkommission zur Prüfung zu überweisen.

Diesen Ausführungen schliessen sich stellv. Bürgermeister Balke und Rats Herr Westedt an.

Darauf nimmt der Bürger Gerhard Kaufmann, Schulstr., nochmals zu der Angelegenheit Stellung. Er ist der Meinung, dass die Ausschreibung eines Wettbewerbs zu lange dauert.

Zum Schluss dankt Dr. Gutschow für die Einladung und das Interesse der Zuhörer. Er ist der Meinung, dass nun gemeinsam Wege gesucht werden müssen, um an den Gärtnerhof heranzukommen. Er schlägt vor, dass die Gemeindeverwaltung versucht, eine geeignete Fläche zur Verfügung zu stellen und dass dann ein Wettbewerb ausgeschrieben wird.

Es wird beschlossen, die Angelegenheit zur alsbaldigen Behandlung der Feld- und Forstkommission zu übertragen.

Stellv. Bürgermeister Balke dankt Herrn Senatsrat Dr. Gutschow nochmals für die interessanten und lehrreichen Ausführungen und schliesst die Sitzung um 22,15 Uhr.

[Handwritten signature]
.....
Stadtrat

[Handwritten signature]
.....
stellv. Bürgermeister

[Handwritten signature]
.....
Rats Herr

[Handwritten signature]
.....
Stadtinspektor

[Handwritten signature]
.....

Stadtssekretär
als Protokollführerin



Das Original ist im Archiv (1912)

144

5. (19.) öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
Wedel am Donnerstag, dem 27. März 1947, 19,30 Uhr, im
Rathaus-Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Beerbaum, Brauns, Behrens,
Eydeler Helmar, Eydeler Paul, Glismann,
Heinsohn, Hüdepoll, Kahl, Kleinwort,
Kuhlmann, Lesshaft, Matthiessen, Ramcke Carl,
Ramcke Herbert, Westedt.

Stadtoberinspektor G a u
in Vertr. des Stadtdirektors

Schulenburg, Schüttkäker und Matthiessen
als Stenotypistinnen.

76 Zuhörer

Stadtrat Heiseke und Ratsherr Schacht
fehlen entschuldigt.

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 30.1.47.
2. Verlesung des Protokolls der ausserordentlichen Sitzung vom 20.2.47.
3. Verlesung der Protokolle verschiedener Ausschusssitzungen.
4. Bericht des Bürgermeisters über den Stand der Verwaltung.
5. Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Durchführungsbestimmungen zu Ziffer VI der Ortssatzung der Stadt Wedel vom 31.12.45 in der Fassung vom 14.3.46.
6. Referate der vom Hauptausschuss ausgewählten Bewerber für die Stelle des Stadtdirektors.
7. Wahl des Stadtdirektors.
8. Aufstellung eines 5Jahresplanes zum Bau von 400 Wohnungen.
9. Antrag des Ratsherrn Ansorge auf Einrichtung von Unfallmeldestellen.
10. Antrag der FDP-Fraktion auf Aufnahme von Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion Hamburg zwecks Elektrifizierung der Vorortstrecke Blankenese-Wedel.
11. Antrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung des Kultur-, Sport- und Jugendausschusses.
12. Wahl von Mitgliedern für den Feld- und Forstausschuss.
13. Antrag der FDP-Fraktion auf Ergreifen von Sofortmassnahmen der Stadtverwaltung zur umgehenden Durchführung der Schulkinderspeisung.
14. Verschiedenes.
15. Mitteilungen.

Bürgermeister Schacht eröffnet die Sitzung. Er begrüsst die Ratsherren und insbesondere die erschienenen Zuhörer. Alsdann stellt er die ordnungsmässige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Punkt 1) Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 30.1.47.

Hierzu besteht Ratsherr B e e r b a u m auf die Verlesung des Punktes 19 a) Angelegenheit des Herrn Lassen.

Bürgermeister Schacht erklärt, dass es sich um eine Personalangelegenheit handelt, die nicht verlesen werden soll lt. einem früheren Ratsbeschluss.

Ratsherr Westedt bittet über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

Die Abstimmung ergab

17 gegen 2 Stimmen für Nichtverlesung.

Damit ist der Antrag des Ratsherrn Beerbaum abgelehnt.

Ratsherr Matthiessen ist der Meinung, dass der Punkt 12) - Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung einer Sonderkommission zur Vorbereitung des Projektes Fischereihafen nicht zurückgezogen werden kann, nachdem darüber ein Beschluss gefasst worden war.

Stadtrat Brauns erklärt, dass kein Beschluss gefasst worden ist, sondern nur ein Vorschlag einer Fraktion eingebracht wurde. Dieser Vorschlag wurde zurückgezogen, nachdem sich die FDP-Fraktion dagegen ausgesprochen hatte. Stadtrat Brauns erklärt im Namen seiner Fraktion, dass auf die Fassung des Protokolls in der augenblicklichen Form bestanden wird.

Darauf wird das Protokoll angenommen.

Bürgermeister Schacht teilt zu Pkt. 13)- Antrag der SPD-Fraktion auf Vorbehaltung des ehemaligen Marine-Baugeländes für ein Sondervorhaben im Rahmen des wirtschaftlichen Neuaufbauprogramms der Rolandstadt Wedel - mit, dass Ratsherr Schacht jr. infolge Krankheit längere Zeit verhindert ist, seine Tätigkeit in der Untersuchungskommission zur Überprüfung der Grundstücksverkäufe und der Pachtungen, die aus dem Marinegelände getätigt sind, aufzunehmen. Er bittet, es der SPD-Fraktion zu überlassen, ein Ersatzmitglied zu bestimmen. Stellv. Bürgermeister Balke ist grundsätzlichen einverstanden. Es werden hiergegen keine Bedenken erhoben.

Punkt 2) Verlesung des Protokolls der ausserordentlichen Sitzung vom 20.2.1947.

Stadtrat Brauns bittet, die Verlesung dieses Protokolls zu unterlassen, da es sich lediglich um einen Vortrag handelt und keine Beschlüsse gefasst wurden.

Die Ratsversammlung ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Punkt 3) Verlesung der Protokolle verschiedener Ausschusssitzungen.

- a) Protokoll der 1. Jugendfürsorgekommissionssitzung vom 26.1.47:

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.
- b) Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 6.2.1947:
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- c) Protokoll der Sitzung des Ausschusses der Stadtwerke Wedel vom 10.2.47:

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- d) Protokoll der 2. Sitzung der Jugendfürsorgekommission vom 11.2.47:

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- e) Protokoll der 7. Sitzung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses vom 11.2.47:

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- f) Protokoll der Sitzung des Wohnungsausschusses vom 19.2.47
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- g) Protokoll der 3. Sitzung der Jugendfürsorgekommission vom 25.2.47:

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- h) Protokoll der Sitzung des Wohnungsausschusses vom 26.2.47
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- i) Protokoll der Sitzung des Schulausschusses vom 27.2.47:
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- j) Protokoll der 4. Sitzung des Bauausschusses vom 3.3.47:
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- k) Protokoll der ausserordentlichen Sitzung des Bauausschusses vom 8.3.47:

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- l) Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 12.3.47:
Ratherr Matthiessen erhebt Einspruch gegen den Beschluss 5 f) - Antrag des Ratherrn Matthiessen auf Erweiterung des Hauptausschusses um 1 Mitglied - und bittet um protokollarische Begründung.
Bürgermeister Schacht erklärt, dass in der Hauptausschusssitzung der Antrag mit überwiegender Mehrheit abgelehnt wurde.
Das Protokoll wird sodann einstimmig angenommen.

- m) Protokoll der 4. Sitzung der Jugendfürsorgekommission vom 13.3.47:

Ratherr Matthiessen bittet, dass der Beschluss zu Pkt. 4) der Sitzung verlesen werde, da dieser von Interesse für die Öffentlichkeit sein könnte.
Das Protokoll wird sodann genehmigt.
- n) Protokoll der Sitzung des Kultur-, Sport- und Jugendausschusses vom 18.3.47:

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- o) Protokoll der Schulausschusssitzung vom 18.3.47:

Stadtrat Brauns bittet um Verlesung der Ortssatzung über die Erhebung des Schulgeldes an der städt. Mittelschule in Wedel.
Das Protokoll wird sodann einstimmig angenommen.
- p) Protokoll der Sitzung des Wohnungsausschusses vom 18.3.47

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- q) Protokoll der Sitzung des Wohnungsausschusses vom 19.3.47

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- r) Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses vom 20.3.47:

Da die Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1946 von Interesse sein dürfte, wird diese verlesen.
Das Protokoll wird sodann einstimmig angenommen.
- s) Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 21.3.47:

Zu Punkt 1) - Rattenbekämpfung- beanstandet Ratherr Beerbaum die Abfassung des Protokolls insofern, als darin gesagt wurde, dass die Sätze der Landesregierung weit höher als die der Hanseatischen Rattenbekämpfungsgesellschaft liegen. Die Ratsversammlung beschliesst sodann, die Worte "zum grössten Teil" hinzuzufügen. Es heisst sodann: " Er verlas die von der Landesregierung für die Rattenbekämpfung festgelegten Sätze, die zum grössten Teil weit höher lagen, als die von der Hanseatischen Schädlingsbekämpfungsgesellschaft geforderten. Das Protokoll wird sodann einstimmig angenommen. Stadtrat Brauns regt an, in Zukunft bei Protokollen des Hauptausschusses zu formulieren: Der Hauptausschuss beschliesst

Punkt 4)

Bericht des Bürgermeisters über den Stand der Verwaltung.

Bürgermeister Schacht gibt einen eingehenden Bericht über den Stand der Verwaltung und verliest ausserdem einen Bericht des Arbeitsamtes Elmshorn - Nebenstelle Wedel - über den Stand des Arbeitsmarktes.

Ratherr Matthiessen stellt den Antrag, folgenden Beschluss protokollarisch festzulegen:

Die Anerkennung der aufopferungsvollen Tätigkeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeindeverwaltung in der durch Kälte und Ernährungs-



சென்னை மாநகராட்சி நிர்வாகப் பேரவை (2012)

Ernährungsschwierigkeiten bewirkten Krisenzeit dieses Winters wird ausdrücklich von der Ratsversammlung festgestellt.

Die Annahme des Antrages des Ratsherrn Matthiessen wird einstimmig beschlossen.

Punkt 5) Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Durchführungsbestimmungen zu Ziffer VI der Ortssatzung der Stadt Wedel vom 31.12.45 in der Fassung vom 14.3.46.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, die Ratsversammlung wolle beschliessen:

Die Durchführungsbestimmungen zu Ziffer VI der Ortssatzung der Stadt Wedel vom 31.12. 45 in der Fassung vom 14.3.46 werden wie folgt geändert:

VI a

- 1.) Der Stadtdirektor und der Kämmerer der Stadt Wedel werden auf 12 Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Ratsversammlung kann eine Probezeit bis zu längstens einem Jahr festsetzen. Der Stadtdirektor wie der Kämmerer können unter den gleichen Voraussetzungen wie jeder Beamte entlassen werden. Der Stadtdirektor und der Stadtkämmerer werden vom Bürgermeister in einer Ratssitzung eingeführt und verpflichtet.

VI b

- 1.) Der Stadtdirektor leitet voll verantwortlich gegenüber der Stadtvertretung - unbeschadet der sonstigen Bestimmungen der Ortssatzung - die Verwaltung nach den gesetzlichen Bestimmungen und nach den ihm zur Ausführung vom Bürgermeister schriftlich zugeleiteten Beschlüssen der Stadtvertretung. Für fachwissenschaftliche und fachtechnische Massnahmen der leitenden Bediensteten trägt der Stadtdirektor nur dann die Verantwortung, wenn er sie trotz schriftlichen Widerspruch-s der leitenden Bediensteten veranlasst.
- 2.) Werden dem Stadtdirektor Beschlüsse der Ratsvertretung zur Ausführung zugeleitet, die deren Befugnis überschreiten, so kann der Stadtdirektor die Ausführung der Beschlüsse bis zur erneuten Beschlussfassung durch die Stadtvertretung aussetzen. Bestätigt die Stadtvertretung die beanstandeten Beschlüsse, so ist er berechtigt, binnen einer Woche mit aufschiebender Wirkung Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu erheben. Das gleiche Recht steht ihm gegen die vom Bürgermeister schriftlich erlassenen Richtlinien zu.
- 3.) Der Stadtdirektor hat den Bürgermeister über den Gang der Verwaltung auf dem laufenden zu halten und ihn über wichtige Vorkommnisse zu unterrichten.

4.)

101

101

101 101 101 101 101 101 101 101 101 101

- 4.) Angelegenheiten der Stadtverwaltung, die nach der Ansicht des Stadtdirektors eine Beschlussfassung durch die Stadtvertretung erfordern, sind dem Bürgermeister unter eingehender Begründung zu unterbreiten. Der Bürgermeister hat dem Antrag auf Beschlussfassung durch die Stadtvertretung zu entsprechen.
- 5.) Der Stadtdirektor ist zu den Sitzungen der Stadtvertretung, des Hauptausschusses und der Kommissionen unter Bekanntgabe der Tagesordnung rechtzeitig einzuladen. Er ist berechtigt, an allen Sitzungen beratend teilzunehmen und sich durch Bedienstete der Stadtverwaltung, die er für geeignet hält, vertreten zu lassen.
- 6.) Der Stadtdirektor ist verpflichtet, auf Verlangen der Stadtvertretung, des Hauptausschusses und der Kommissionen zu den Sitzungen zu erscheinen und sich zur Sache zu äussern.
- 7.) Der Stadtdirektor verteilt die Dienstgeschäfte innerhalb der Stadtverwaltung und überwacht den gesamten Geschäftsgang. Er kann jede Sache zur eigenen Bearbeitung an sich ziehen.
- 8.) Der Stadtdirektor vertritt die Stadtverwaltung im Amtsverkehr nach aussen.
- 9.) Der Hauptausschuss bestellt im Behinderungsfalle des Stadtdirektors einen leitenden Bediensteten zum Vertreter.

VI c

- 1.) Der Stadtkämmerer muss auf Grund einer entsprechenden Vorbildung im Verwaltungs-, Finanz- und Rechnungswesen für sein Amt geeignet sein.
- 2.) Der Stadtkämmerer besorgt, - unbeschadet der Verantwortlichkeit des Stadtdirektors - die fachliche Bearbeitung von Finanz-, Haus- und Kassenangelegenheiten der Stadt sowie die Durchführung der Beschlüsse in den Finanz-, Haus- und Kassenangelegenheiten der Stadt.
- 3.) Der Stadtkämmerer ist an allen Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu beteiligen, mit denen Einnahmen oder Ausgaben verbunden sind. Er hat alle Einnahmen- oder Ausgaben-Anweisungen zu zeichnen.
- 4.) Das Amt des Stadtkämmerers darf mit dem Amt des Stadtdirektors nicht vereinigt werden. Der Stadtkämmerer darf zu dem Bürgermeister und Stadtdirektor in keinem Beschäftigungs-, Verwandtschafts- oder Abhängigkeitsverhältnis stehen.
- 5.) Für Fälle der Behinderung des Stadtkämmerers bestellt der Stadtdirektor mit Zustimmung des Bürgermeisters aus den Bediensteten der Stadtverwaltung einen Vertreter.

Begründung:



Handwritten text at the bottom of the page, including the name of the official and possibly a date or reference number, though it is mostly illegible due to fading.

Begründung:

Die bisherige Fassung der Durchführungsbestimmungen umriss weder die Aufgaben und Befugnisse des Stadtdirektors klar genug, noch war sie geeignet, die Rechte der Stadtvertretung deutlich genug herauszustellen. Die Einfügung der Umstände, unter denen eine Entlassung erfolgen konnte, war ebenfalls zu wenig klar umrissen, als dass darauf nicht Schwierigkeiten abzuleiten gewesen wären. Unter solchen Umständen halten wir es für richtig, unter Heranziehung der Kreissatzung die Rechte und Pflichten des Stadtdirektors neu zu umreißen. Vor allem aber erscheint es uns nötig, nunmehr, wo die Wahl eines neuen Stadtdirektors erfolgen soll, die Dauer der Amtszeit neu festzusetzen.

Stadtrat Brauns gibt hierzu noch eingehende Erläuterungen und teilt u. a. mit, dass im Falle des Stadtdirektors festgestellt werden müsste, dass eine ganze Reihe von Differenzen auf die unklare Fassung der Ortssatzung zurückzuführen war. Bei Punkt VI hatte man sehr stark den Eindruck, dass hier der Versuch gemacht worden war, ein Sonderrecht für den Stadtdirektor herzuleiten. Die SPD-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass auch die höchsten Beamten der Stadt zwar grössere Pflichten, aber nicht mehr Rechte haben, als andere Beamte der Stadtverwaltung. Sie unterliegen der gleichen Kritik und den gleichen Entlassungsbestimmungen.

Er stellt weiter fest, dass die Wedeler Verwaltung in ihrer Gesamtheit sauber darsteht und die Stadtvertretung jedem Versuch der Korruption ~~energisch~~ energisch entgegentreten wird. Er bittet sodann im Namen seiner Fraktion um Annahme dieses Antrages.

Stellv. Bürgermeister Balke teilt mit, dass seine Fraktion gegen die Änderung der Durchführungsbestimmungen keine Bedenken habe und stimmt dem Antrage zu.

Ratherr Beerbaum stimmt ebenfalls zu, stellt jedoch noch die Frage, ob der Stadtdirektor berechtigt sei, Beschlüsse der Ausschusssitzungen aufzuheben. Er verweist hierbei auf VI b Punkt 7 der Durchführungsbestimmungen.

Bürgermeister Schacht erwidert darauf, dass der Punkt 7) so auszulegen sei, dass falls der Stadtdirektor der Auffassung ist, dass ein Beschluss des Rates nicht zur Durchführung kommt, der berechtigt sein soll, die Sache selbst zu bearbeiten, diese also dem betreffenden Dienststellenleiter zu entziehen.

Er weist noch darauf hin, dass der Stadtdirektor unter keinen Umständen in der Lage ist, einen Beschluss nicht durchzuführen oder aufzuheben.

Sodann stellt der Bürgermeister Schacht den Antrag zur Abstimmung.

Es erfolgt einstimmige Annahme.

Punkt 6)

Referate der vom Hauptausschuss ausgewählten Bewerber für die Stelle des Stadtdirektors.

861

Bürgermeister

Das Stadtdirektorat ist ein Amt (2012)

Bürgermeister Schacht verliest die Bewerbungen der für die Stelle des Stadtdirektors vorgesehenen Bewerber, und zwar

- a) Gemeindedirektor Georg Alsleben, Aumühle,
- b) Erwin Stier, Meldorf, Süderstr.
- c) Stadtoberinspektor Heinrich Gau.

Da Gemeindedirektor Alsleben inzwischen auf die Stelle verzichtet hatte, hielt als erster Herr Erwin Stier, Meldorf, ein kurzes Referat über das Flüchtlingsproblem und die Finanzpläne der Zukunft. Daran schloss sich ein Referat des Oberinspektors Gau über den Wiederaufbau Wedels.

Da eine Debatte nicht erfolgte, wurde zu Punkt 7) der Tagesordnung geschritten.

Punkt 7) Wahl des Stadtdirektors.

Es erfolgte eine geheime Wahl zwischen Herrn Stier und Herrn Gau. Sämtliche abgegebenen 19 Stimmen lauteten auf Herrn Gau. Damit ist Oberinspektor Gau einstimmig von der Ratsversammlung zum Stadtdirektor der Stadt Wedel gewählt.

Bürgermeister Schacht führt Herrn Gau in sein Amt ein und nimmt ihm die Eidesformel ab.

Punkt 8) Aufstellung eines 5Jahresplanes zum Bau von 400 Wohnungen.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die Stadtverwaltung beantragt, der Rat wolle beschliessen, zur Behebung der dringenden Wohnungsnot einen Sieben-Jahresplan zur Errichtung von insgesamt 540 Wohnungen zu genehmigen, von denen als vordringlichster Bedarf 400 Wohnungen innerhalb der nächsten 5 Jahre zu erstellen sind.

Begründung:

Durch Kriegsereignisse wurden in Wedel zahlreiche Wohnungen vernichtet und an deren Stelle Baracken und behelfsunterkünfte errichtet. Insgesamt sind 887 Wohnungen in derartigen Behelfsbauten eingerichtet. Ein Teil dieser Bauten ist bereits so schadhaft, dass in den nächsten Jahren mit ihrem völligen Verfall zu rechnen sein wird. Ganz besonders sind die Behelfsunterkünfte in der Feldstrasse und am Steinberg in Mitleidenschaft gezogen. Der materielle und finanzielle Aufwand ist bereits jetzt so gross, dass ein erheblicher Teil der Mieteinnahmen dadurch aufgezehrt wird. Dieser Zustand wird sich mit der Zeit verschärfen, so dass in wenigen Jahren 320 Wohnungen in baufälligem Zustand sich befinden werden. Hier muss endgültig Abhilfe geschaffen

werden.

werden. Der Plan der Stadtverwaltung geht dahin, diese Wohnungen nach und nach durch Neubauten zu ersetzen. Es soll versucht werden, in den nächsten 7 Jahren bis einschliesslich 1953 die oben genannte Zahl von rd. 540 Wohnungen mit Unterstützung der Stadt durch gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Siedlungsgenossenschaften errichten zu lassen. Um diese Pläne gegenüber dem Herrn Minister für Aufbau bei seinem demnächst stattfindenden Besuch als festen und unabdingbaren Vorsatz der Stadtgemeinde vertreten zu können, wird beantragt, der Rat wolle wie oben angeführt beschliessen.

Hierzu fragt Ratsherr Lesshaft an, ob dieser Plan näher umrissen werden kann, insbesondere bittet er um Erläuterungen zu der Frage der Baustoffbeschaffung.

Bürgermeister Schacht erklärt, dass die Beschaffung des Materials nach Rücksprache mit dem Kreisbaurat Richter zusätzlich erfolgen soll.

Die darauf erfolgte Abstimmung über den Antrag ergab einstimmige Annahme.

Punkt 9) Antrag des Rats Herrn Ansorge auf Einrichtung von Unfallmeldestellen.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die Ratsversammlung wolle beschliessen, dass alsbald eine ständige Unfallmeldestelle im Rahmen der Stadtverwaltung eingerichtet werde. Aufgabe dieser Meldestelle soll es sein, bei Unfällen unverzüglich alle geeigneten Massnahmen zu ergreifen, insbesondere dafür zu sorgen, dass im Behinderungsfalle des Krankentransportwagens private Kraftfahrzeughalter sich unverzüglich um die Heranführung eines Arztes und Abtransport Verunglückter bemühen. Die Aufgabe müsste während der dienstfreien Stunden der Verwaltung auf die Polizei übergehen.

Es wären ausserdem in den Aussenbezirken Besitzer von Fernsprechanschlüssen zu bewegen, ihre Anschlüsse für die öffentliche Unfallmeldung zur Verfügung zu stellen. Es müssten diese Meldestellen durch Schilder allgemein kenntlich gemacht werden.

Ratsherr Ansorge gibt zu dem Antrage näherer Erläuterungen.

Ratsherr Beerbaum ist der Meinung, dass Unfallmeldestellen allein dem Übel nicht abhelfen. Insbesondere müssten der Polizei gewisse Verhaltensmassregeln gegeben werden.

Stellv. Bürgermeister Balke erklärt sich mit dem Antrag betr. der Unfallmeldestellen einverstanden, ist jedoch der Ansicht, dass eine Kennzeichnung durch Anbringung von Schildern nicht erforderlich ist. Es kommt dann darauf an, wo das nächsterreichbare Telefon ist.

Ratsherr Matthiessen bittet, diese Angelegenheit im Einvernehmen mit dem DRK zu besprechen.

Ratsherr



Ratsherr Beerbaum bittet, zu diesem Antrage schnellstens Ausführungsbestimmungen auszuarbeiten. Hierin müsste zum Ausdruck gebracht werden, dass die Polizei verpflichtet ist, schnellstens Hilfe zu leisten. Ausserdem muss jeder Kraftwagenbesitzer verpflichtet werden, Krankentransporte zu übernehmen.

Stadtdirektor G a u erklärt hierauf, dass diese Ausführungsbestimmungen dann zu einer Ortssatzung gemacht werden können, die Gültigkeit für die Verwaltung, Polizei und Kraftwagenbesitzer hat.

Ratsherr Westedt schlägt vor, in dieser Satzung miteinzufügen, dass die Unfallmeldestellen darüber unterrichtet sind, wo die nächste DRK-Helferin erreichbar ist, sodass eine erste Hilfe geleistet werden kann.

Hierauf schlägt Stadtrat Brauns vor, den Antrag dem Hauptausschuss zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende Ausführungsbestimmungen auszuarbeiten.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Punkt 10) Antrag der FDP-Fraktion auf Aufnahme von Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion Hamburg zwecks Elektrifizierung der Vorortstrecke Blankenese/Wedel.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die Fraktion der Freien Demokratischen Partei beantragt, die Ratsversammlung möge beschliessen, die Stadtverwaltung möge unverzüglich die während des Krieges abgebrochenen Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion Hamburg zwecks Elektrifizierung der Vorortstrecke Blankenese/Wedel wieder aufnehmen.

Begründung:

Die katastrophalen Verkehrsverhältnisse auf der Strecke Wedel-Blankenese, teils saisonmässig durch Frost und Kohlenmangel, teils durch mangelhaftes Lokomotiv- und Wagenmaterial schliesslich auch durch das beträchtliche Anwachsen der Gemeinden Wedel, Sülldorf und Rissen nach dem Kriege bedingt, geben Veranlassung, dass die Stadt Wedel einen Antrag zur Elektrifizierung der Strecke, der bereits zweimal in den Jahren 1939 und 1943 beabsichtigt war, stellt. Unter den heutigen Verhältnissen wäre in erster Linie an einen vereinfachten Ausbau der Strecke ohne zweites Gleis und ohne Beseitigung der schienengleichen Übergänge zu denken. Ferner müsste betont werden, dass es sich um ein den Wiederaufbaumaassnahmen gleichzusetzendes Vorhaben handelt, da das Anwachsen der Bevölkerung in den Aussenbezirken eine direkte Folge des Krieges ist. Wie der beschlossene Bau der Hochbahnstrecke Ochsenzoll-Ulzburg zeigt, sind die Materialschwierigkeiten zu überwinden, während Gelder bei der Reichsbahn in reichlicher Masse verfügbar sind.

Bürgermeister



Bürgermeister Schacht stellt den vorstehenden Antrag zur Debatte.

Ratsherr Westedt erklärt, dass die Elektrifizierung der Vorortstrecke Blankenese/Wedel sehr dringlich sei, wie die Verkehrsverhältnisse es im letzten Winter auch gezeigt haben. Der Vertreter der Reichsbahn, Dr. Kniffler, ist an der Angelegenheit sehr interessiert. Finanzielle und materielle Schwierigkeiten seien zu überwinden.

Stadtrat Glismann erklärt, dass die SPD-Fraktion diesem Antrag zustimme. Daraufhin wird zur Abstimmung über den Antrag geschritten.

Ergebnis: Einstimmige Annahme.

Punkt 11) Antrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung des Kultur-, Sport- und Jugendausschusses.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, die Ratsversammlung wolle beschließen:

Der Kultur-, Sport- und Jugendausschuss ist durch Hinzunahme von 5 Jugendlichen zu erweitern. Die Wahl der jugendlichen Vertreter erfolgt durch die Jugendlichen selbst. Zu diesem Zweck sind die vorhandenen Jugendorganisationen, nämlich die

Freie Deutsche Jugend,
die Arbeiterjugend,
die Sportjugend,
die Katholische Jugendgruppe,
die Evangelische Jugendgruppe,

aufzufordern, zu einer alsbald einzuberufenden Versammlung je 5 Vertreter zu entsenden. Die 25 Jugendlichen wählen Vorschläge erfolgen durch Zuruf - aus ihrer Mitte - 5 ihnen geeignet erscheinende Vertreter, die dann nach Erfüllung etwa nötiger Formalitäten zukünftig zu den Sitzungen des Kulturausschusses hinzuzuziehen sind. An der Zusammenkunft der Vertreter nehmen die Mitglieder des Kultur-, Sport- und Jugendausschusses teil. Der Vorsitzende des Kulturausschusses leitet die Versammlung.

Begründung:

Es sind von der Stadtvertretung bereits eine Reihe von Massnahmen beschlossen, die geeignet sind, die Jugendarbeit in Wedel zu fördern. Es sind jedoch alle diese Massnahmen beschlossen worden, ohne den Hauptbeteiligten, nämlich der Jugend selbst ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Es kann aber eine wirkliche Erfüllung der jugendlichen Wünsche nur dann erfolgen, wenn die Jugendlichen in der Lage sind, sich selbst zu äussern.

Bürgermeister Schacht stellt hierauf den Antrag zur Debatte.

Stadtrat Brauns erklärt hierzu folgendes:

Es



Das Stadtmuseum Wedel (1902)

täglich ihre Mahlzeit erhalten haben. Andere Kreise z.B. Stormarn haben ebenfalls längst die Schulspeisung eingeführt, von dem benachbarten Hamburg gar nicht zu reden. Von den hiesigen Schulärzten sind über 1600 Kinder unserer Stadt für die Schülerbespeisung ausgesucht, die nun über 6 Monate vergeblich warten. Diesem Zustand muss unverzüglich ein Ende gemacht werden.

Auf die Frage des Rats Herrn Westedt, aus welchem Grunde die Schulkinderspeisung nicht vorankomme, teilt Stadtdirektor Gau mit, dass keine Lebensmittel dafür im Augenblick beschafft werden könnten.

Rats Herr Matthiessen unterstützt den Antrag der FDP-Fraktion, um zum mindestens eine Klärung herbeizuführen. Er schlägt vor, sich an den Schuloffizier zu wenden.

Es folgt eine längere Debatte.

Stadtrat Brauns schlägt vor, den Antrag in eine Entschliessung umzuarbeiten und ihn dann an die massgebenden Stellen weiterzuleiten.

Rats Herr Westedt gibt sein Einverständnis hierzu.

Bürgermeister Schacht weist darauf hin, dass die Entschliessung in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit nicht heute ausgearbeitet werden braucht, sondern dieses morgen erfolgen kann. Die Entschliessung wäre dann von allen Ratsmitgliedern zu unterzeichnen und an die massgebenden Stellen weiterzuleiten.

Hiermit erklären sich die Rats Herren einverstanden.

Punkt 14) Verschiedenes.

- a) Antrag des Rats Herrn Ansorge auf Angleichung des Satzes der Eierablieferung für nichtlandwirtschaftliche Hühnerhalter an den Satz der Ablieferung der Hansestadt Hamburg.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die Ratsversammlung wolle beschliessen, bei dem Eierwirtschaftsverband, Sitz Hamburg, vorstellig zu werden, um zu erreichen, dass die Eierabgabe für nichtlandwirtschaftliche Hühnerhalter dem Satz der Ablieferung der Hansestadt Hamburg angeglichen wird.

Begründung:

1. Ein Teil der Wedeler Einwohnerschaft besteht aus ausgebombten Hamburgern. Nach den bestehenden Bestimmungen würden diese gegenüber denen, die ihren Besitz behielten, benachteiligt sein.
2. Alle nichtlandwirtschaftlichen Hühnerhalter sind kleine Leute, die die Hühner mit Abfällen aus dem Haushalt füttern, um sich auf diese Weise etwas zusätzliche Nahrung zu beschaffen.
3. Die Höhe der Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten richtet sich auch nach der Bodenart.

Die

Die Verordnung, wonach nichtlandwirtschaftliche Hühnerhalter, die keine landwirtschaftliche Nutzung haben, die gleichen Mengen abzuliefern haben wie landwirtschaftliche Betriebe, ist daher im höchsten Grade als unsozial zu betrachten.

4. Es ist weiter zu bedenken, dass der grösste Teil der nichtlandwirtschaftlichen Geflügelhalter in Hamburg beschäftigt ist, wodurch sich gegenüber Hamburgern die tägliche Arbeitszeit um 2 - 3 1/2 Stunden verlängert, ohne dass diese Mehrleistung durch höhere Zuteilung von Lebensmitteln ausgeglichen würde.

Bürgermeister Schacht ist der Meinung, dass dieser Antrag unter Umständen als Sabotage ausgelegt werden kann.

Es liegt gleichzeitig nachfolgende Entschliessung vor:

Betr.: Eierablieferung.

Die allgemein als ungerecht empfundene Eierablieferung von 40 Eiern hat Anlass gegeben, dass sogar Kreise des Rundfunks in nächster Zeit sich damit befassen werden. Das hiesige Amt für Ernährung ist sich klar darüber, dass es im Laufe des Jahres wegen der Eierablieferung zu grossen Schwierigkeiten kommen wird. Die Verwaltung begrüsst deshalb den Antrag des Rats Herrn Ansorge und bittet, folgende Entschliessung fassen zu wollen:

Der Rat der Stadt Wedel ist der Ansicht, dass die bestehenden Bestimmungen über die Eierablieferungspflicht in den Gemeinden Schleswig-Holsteins, insbesondere in den sogenannten Randgemeinden keine Rücksicht auf die genannten nichtlandwirtschaftlichen Hühnerhalter nehmen, die zur Hauptsache dem Arbeiterstand angehören und ihre Hühner mit Abfällen aus dem Haushalt füttern, um sich auf diese Weise etwas zusätzliche Nahrung zu beschaffen. Es wird als ungerecht empfunden, dass in den Grenzbezirken der Hansestadt Hamburg die landwirtschaftlichen Eierselbstversorger nur 10 Eier pro Huhn abzuliefern haben, wogegen hier und in anderen Randgemeinden eine Ablieferung von 40 Eiern verlangt wird. Es ist hierbei zu bedenken, dass in den Randgemeinden der grösste Teil der nichtlandwirtschaftlichen Geflügelhalter in Hamburg beschäftigt ist, wodurch sich gegenüber Hamburgern die tägliche Arbeitszeit um 2-3 Stunden verlängert. Die Stadtvertretung ist der Ansicht, dass die Auslegung dieser Anordnung für die Randgemeinden um Hamburg herum zu Untertraglichkeiten führen wird und es wird von der Arbeiterschaft gegenüber der Ablieferung der landwirtschaftlichen Betriebe in höchstem Grade als unsozial bezeichnet.

Diese Entschliessung hat der Stadtdirektor der Stadt Wedel bei dem Eierwirtschaftsverband Schleswig-Holstein in Hamburg nachdrücklichst zu vertreten und das Ergebnis der Verhandlungen in einer der nächsten Hauptausschussitzungen bekanntzugeben.

Bürgermeister

Bürgermeister Schacht schlägt vor, diese Entschliessung anzunehmen und dem Eierwirtschaftsverband zuzuleiten, evtl. mit der Überbringung dieser Entschliessung 2-3 Herren des Rates zu beauftragen.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Als Überbringer werden vorgeschlagen:

Ratsherr A n s o r g e und
Stadtdirektor G a u .

- b) Antrag der FDP-Fraktion auf Erwerbung des ehemaligen Wehrmachtsgeländes (früher Munitionslager) an der Pinneberger Chaussee (hinter dem Katharinenhof).

Die Fraktion der FDP beantragt hiermit, das ehemalige Wehrmachtsgelände an der Pinneberger Chaussee hinter dem Katharinenhof an der Pinneberger Chaussee zu erwerben zwecks Ausbau der 10 Bunker zu Wohnungen.

Hierzu erlauben wir uns 3 Ausbauprojekte nach folgenden Bauskizzen ~~xxx~~ einzureichen.

<u>Projekt 1</u>	=	je 2 Wohnungen mit je einer Küche, 2 Zimmern, 1 Abstellraum und einer Speisekammer.
<u>10 Bunker</u>	=	20 Wohnungen.
<u>Projekt 2</u>	=	je 2 Wohnungen mit je einer Küche, 2 Zimmern, 1 Wohnung mit einer Küche und einem Zimmer.
<u>10 Bunker</u>	=	30 Wohnungen.
<u>Projekt 3</u>	=	je 3 Wohnungen mit je einer Küche und 1 Zimmer.
<u>10 Bunker</u>	=	30 Wohnungen.

Die vorhandenen Bunker sind stark und gut gebaut, vom Erdreich durch eine starke Asphaltsschicht auf Betonunterlage isoliert. Nötigenfalls könnten die Aussenwände durch Schlackensteine zusätzlich isoliert werden. Es sind nur geringe Durchbrüche für Fenster und Türen erforderlich. Die Wohnungen könnten mit verhältnismässig wenig Baumaterial hergestellt werden. Ausserdem ist das Gelände gross genug, um später die Siedlung zu erweitern.

Über diesen Antrag entsteht eine längere Debatte, an der sich die Ratsherren Lesshaft, Ramcke Herbert, Beerbaum, An-Sorge, sowie die Stadträte Glismann, Brauns und stellv. Bürgermeister Balke beteiligten. Die Ratsherren stimmen darauf diesen Antrage einstimmig zu. Es wird folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

Die



194
Das Stadtmuseum ist ein Teil der Stadtverwaltung
Das Stadtmuseum ist ein Teil der Stadtverwaltung

Die Bauprojekte werden mit allen Unterlagen einschliesslich Kostenanschlägen dem Bauausschuss zur weiteren Bearbeitung übergeben.

c) Dringlichkeitsantrag der SPD auf Beschlagnahme von Bautrümmern.

„Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

Die Ratsversammlung wolle beschliessen, die Stadtverwaltung zu beauftragen, unverzüglich die Beschlagnahme von Bautrümmern, soweit sie sich noch auf Ruinen befinden, durchzuführen, Darüber hinaus soll die Verwaltung beauftragt werden, der Ratsversammlung alsbald den Entwurf einer Verordnung vorzulegen, die dem Rat die Möglichkeit gibt, Bauplätze, die in absehbarer Zeit nicht neu bebaut werden, zu enteignen, wobei den bisherigen Besitzern zu gegebener Zeit ein Landausgleich bewilligt würde.

Begründung:

Der Kleinwohnungsbau muss bei der schwierigen Wohnlage Wedels beschleunigt durchgeführt werden. Beim Bau dieser Wohnungen wird man in stärkstem Masse auf die Benutzung von Bautrümmern usw. zurückgreifen müssen. Bis solche Bautrümmer aus Hamburg in ausreichender Menge herangeschafft werden, können kostbare Wochen verstreichen. In Wedel befinden sich auf Ruinen noch rund 1600 cbm Trümmer, von denen ein grosser Teil für die genannten Zwecke brauchbar ist. Da die Besitzer selbst bisher nichts taten, den Bauschutt zu beseitigen, ist anzunehmen, dass sie eigenen Bauplätze vorläufig nicht haben, und infolgedessen hinter den augenblicklichen Notwendigkeiten zurückstehen müssen. Es ist beabsichtigt, feststehende Kellergeschosse auszubauen, jedoch muss alles, was an losen Steinen, Trümmern, Balken usw. vorhanden ist, unverzüglich einer neuen Verwendung zugeführt werden. Da höchste Eile im Wohnungsbau geboten ist, muss auch die Dringlichkeit dieses Antrages bejaht werden.

Nach einer längeren Debatte, an der sich die gesamte Stadtvertretung beteiligte, wurde das Für und Wider dieses Antrages besprochen. Von den Antragstellern wurde eingehend begründet, dass die vorgeschlagene Form des Antrages erforderlich ist.

Die Abstimmung ergab Annahme des Antrages bei 4 Stimmenthaltungen.

15) Mitteilungen.

a) Demontage des Kraftwerks Schulau.

Bürgermeister Schacht teilt mit, dass die Landesverwaltung auf die Entschliessung der Ratsherren betr.

Demontage

Punkt 15) Mitteilungen.

a) Demontage des Kraftwerks Scholau.

Bürgermeister Schacht teilt mit, dass die Landesverwaltung auf die Entschliessung der Ratsherren betr. Demontage folgendes erwidert hat:

Besprechungen mit der Mil.Reg. haben ergeben, dass hinsichtlich der Demontage von Kraftwerken z.Zt. kein Anlass zur Besorgnis mehr besteht.

b) Überfall H e s t e r .

Bürgermeister Schacht gibt bekannt, dass Polizeirat Linau Pinneberg mitgeteilt habe, dass die ~~Wirkstätigkeit~~ ~~richtig~~ ~~gehandelt~~ ~~haben~~ Polizeibeamten richtig gehandelt haben.

c) Jugendfürsorgekommission.

Hierzu teilt Bürgermeister Schacht mit, dass für das ausgeschiedene Mitglied Jens Hinz von der Freien Gewerkschaft Herr Erich Kolodziej, Milichstr. 2, vorgeschlagen worden und einstimmig gewählt worden ist.

d) Gemeindedirektoren.

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben der Kreisverwaltung Pinneberg, wonach lt. Anordnung Nr. 57 der Militär-Regierung über die Einstellung und Entlassung von Gemeindedirektoren nicht die Militärregierung sondern die Gemeindevertretung zu entscheiden hat.

die Einholung der Genehmigung zur Einstellung und Entlassung von Gemeindefunktionären nicht mehr erforderlich ist.

Schluss der Sitzung : 00 45 Uhr.

Der Bürgermeister

Karl Meimert
Ratsherr Stadtrat

P. Pustepoll
Stadtrat

Ilse Kähler
Stadtsekretär als
Protokollführerin

Stadtdirektor
Pam

164

2

Protokoll

Über die (20.) Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Wedel am
Donnerstag, dem 3. Juli 1947, 19 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Beerbaum, Brauns, Eydeler Helmar,
Eydeler Paul, Glismann, Heinsohn, Hüdepoll, Kahl,
Kuhlmann, Matthiessen, Ramcke Carl, Ramcke Herbert,
Westedt, Heiseke, Schacht jr.

Stadtdirektor G a u

Schüttkäger, Matthiessen und Hirsch
als Stenotypistinnen.

Ratherr Behrens erscheint später.

Ratherr Lesshaft erscheint verspätet um 9 Uhr
Stadtrat Kleinwort fehlt entschuldigt.

52 Zuhörer.

T a g e s o r d n u n g :

1. Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 27.3.47.
2. Lagebericht des Bürgermeisters.
3. Verlesung der Protokolle verschiedener Ausschusssitzungen.
4. Wahl eines Mitgliedes für die Jugendfürsorgekommission.
5. Wahl eines Mitgliedes für die Schulkommission.
6. Hinzuwahl von 5 Jugendlichen der Jugendorganisationen als Mitglieder des Kultur-, Sport- und Jugendausschusses.
7. Regeln über Akteneinsicht und Auskunfterteilung für die Gemeindeverwaltung der Rolandstadt Wedel.
8. Bereitstellung von Mitteln für die Jubiläumsstiftung des Deutschen Caritasverbandes.
9. Aufstellung des Friedrich Ebert-Gedanksteines auf dem Rathausplatz.
10. Mitteilungen.

Bürgermeister Schacht eröffnet die Sitzung, begrüsst die anwesenden Ratherrn, insbesondere den Ratherrn Heinrich Schacht, der nach langer Krankheit an der Sitzung teilnimmt und stellt die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest. Sodann begrüsst er den Herrn Gouverneur, der zu der heutigen Sitzung erschienen ist, um sich über die Wünsche und den Gang der Ratsversammlung zu informieren. Er bittet den Herrn Gouverneur, regen Anteil an den Verhandlungen zu nehmen. Danach wird zur Tagesordnung übergegangen.

Punkt 1)

punkt 1): Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 27.3.1947.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

punkt 2): Lagebericht des Bürgermeisters.

Der Bürgermeister verliest den Lagebericht für den Berichtsmonat Juni 1947. Er teilt mit, dass sich die kritische Lage gegenüber dem verflossenen Berichtsmonat hinsichtlich der Ernährung und Wirtschaft noch verschärft hat. Die Pariser Konferenz ist als gescheitert anzusehen, und die Hoffnungen der Menschen auf eine Besserung sind damit genommen. Der künftige Winter wird sehr schwer werden. Eine industrielle Belebung ist ohne Verbesserung der Ernährungslage nicht zu erwarten.

Es ist zu hoffen, dass der Riss, der durch die Zoneneinteilung quer durch Deutschland geht, sich nicht vertieft.

Da den Beamten und Angestellten nicht mehr zugemutet werden kann, unter den augenblicklichen schlechten Ernährungsverhältnissen ihre Arbeit zu leisten, ist die Forderung erhoben worden, diesen Zulagekarten zu gewähren. Die Gewerkschaften haben durch Eingaben von Entschliessungen diese Forderung befürwortet.

Die Zuteilung von Baustoffen hat sich nicht geändert. Nur die grössten Schäden konnten beseitigt werden. Die Ruinen der Zuckerrfabrik werden von der Stadt verwertet und das hier gewonnene Baumaterial für die Förderung der Bauvorhaben am Kronskamp verwendet, die gute Fortschritte aufweisen. Die Siedlungsgenossenschaft kann z.Zt. anstatt der beabsichtigten 20 Wohnungen nur 8 Wohnungen herstellen.

Verhandlungen mit der Gutsverwaltung Haidehof - Herrn Hardt - führten zu dem Erfolg, dass Herr Hardt bereit ist, ein ca. 2,5 ha grosses Glände am Moorweg gegen Kaufzusage an die Stadt zu verpachten. Hier werden 40 Kleinstsiedler noch in diesem Jahre Wohnung finden.

50 Bewerbungen zum Wettbewerb am Schulhausneubau sind eingegangen und werden z.Zt. geprüft.- Das Jugend- und Volksheim ist bis auf die Inneneinrichtung fertiggestellt.

In der Verkehrslage sind keine Veränderungen eingetreten. Es wurden seitens der Reichsbahn einige Arbeitersondersüge eingesetzt. Auch an den Sonntagen ist eine Verbesserung der Bahnverbindung zu verzeichnen.

Im allgemeinen ist der Gesundheitszustand der Bevölkerung gegenüber den Großstädten zufriedenstellend. Die Säuglingssterblichkeit hat jedoch zugenommen, da die Mütter infolge der Unterernährung nicht in der Lage sind, den Kindern die natürliche Nahrung zu geben.

Die Jugendarbeit macht gute Fortschritte, Das Jugendheim in der Hübüschentwiete soll Ende Juli eingeweiht werden.

Die

Die Beteiligung an der Volkshochschule ist rege. Es steht zu erwarten, dass die Beteiligung im Wintersemester noch grösser wird.

Im Gebiet Wedels ist der Kartoffelkäfer aufgetreten. Seine Bekämpfung wird durch die Stadt veranlasst.

Es besteht Mangel an bewirtschafteten Waren. Nur die allerdringlichsten Anträge konnten vom Bezugsscheinamt erledigt werden. Bis zum 31.7.1947 wurde daher eine Annahmesperre verhängt.

Die Dänenspeisung wird voraussichtlich noch weiter fortgeführt. Der Bürgermeister dankt an dieser Stelle dem Schwedischen Roten Kreuz für die Speisung der Kinder.

Die Wohnraumfrage ist weiterhin schwierig und wird sich noch verschärfen. Wedel nähert sich der 15.000-Grenze.

Grössere Personalveränderungen innerhalb der Stadtverwaltung sind nicht vorgenommen worden. Der Bürgermeister teilt weiter mit, dass der Arzt des Städt. Krankenhauses Dr. Karl-Heinz Schwarz verstorben ist und bittet die Anwesenden, sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen zu erheben.

Der Bericht wird sodann zur Debatte gestellt.

Ratsherr Matthiessen schlägt vor, auf jede Tagesordnung einer Ratssitzung nach dem Lagebericht des Bürgermeisters als Punkt 3 zu bringen: "Die Not der Wedeler Bevölkerung und ihre Abhilfe."

Ratsherr Beerbaum erklärt, dass entgegen dem Bericht des Herrn Bürgermeisters der Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht zufriedenstellend sei.

Stadtrat Brauns stimmt dem Antrage des Ratsherrn Matthiessen grundsätzlich zu.

Zur Wohnraumfrage gibt Stadtrat Kuhlmann bekannt, dass in einer Wohnungs-Ausschussitzung beschlossen sei, kinderlosen Ehepaaren das Wohnzimmer zu nehmen, um die Wohnungsnot zu mildern.

Stadtrat Brauns erklärt, dass alle diese Massnahmen menschenunwürdig seien. Die kleinen Gemeinden müssten endlich den Mut aufbringen zu sagen, dass es so nicht weitergehen könne.

Zu dem Antrage des Ratsherrn Matthiessen schlägt Stadtdirektor Gau vor, den Antrag so zu formulieren, dass folgende Punkte in die Tagesordnung aufgenommen werden:

1. das Ernährungs- und Feuerungsproblem
2. das Wohnungsproblem

Der abgeänderte Antrag des Ratsherrn Matthiessen wird sodann einstimmig angenommen.

Punkt 3)

punkt 3): Verlesung der Protokolle verschiedener Ausschusssitzungen.

- a) Sitzung der Jugendfürsorgekommission am 26.3.47.
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- b) Sitzung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses am 31.3.47
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- c) Sitzung des Bauausschusses vom 3.4.1947.
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- d) Sitzung der Jugendfürsorgekommission vom 8.4.1947.
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- e) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 9.4.1947
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- f) Fortsetzung der Sitzung des Wohnungsausschusses vom 9.4. am 11.4.1947
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- g) Fortsetzung der Sitzung des Wohnungsausschusses vom 9.4.47 am 16.4.1947
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- h) Sitzung des Hauptausschusses vom 14.4.1947.
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- i) Sitzung des Feld- und Forstausschusses vom 15.4.1947
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- j) Sitzung des Bauausschusses vom 17.4.1947
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.
- k) Fortsetzung der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.4.1947 am 22.4.1947
Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Bürgermeister **S c h a c h t** unterbricht die Sitzung, da der Herr Gouverneur das Wort zu ergreifen wünscht.

Ansprache des Herrn Gouverneurs:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Da meine Zeit sehr gekürzt ist, musste ich Sie leider bei Ihrer Arbeit unterbrechen. Zunächst sage ich Ihnen, Herr Bürgermeister, vielen Dank für Ihr Willkommen. Ich habe sehr lange den Wunsch gehabt, an den Ratssitzungen der Stadt Wedel teilzunehmen, es ist jedoch schwierig, zu allen 52 Gemeinden zu kommen.

Ich habe grosse Freude daran, zu sehen, dass die Stadtvertretung in Wedel die Geschäfte ausserordentlich gut durchführt. Wie Sie wissen, war vor langer Zeit eine Experten-Vertretung eingesetzt. Dann haben Sie die Wahlen gehabt und haben nun die Leute im Rat, die Sie gewählt haben. Ich bin ausserordentlich froh über die Art, wie Sie die Sitzungen durchführen. Ich habe das Gefühl, an einer Vertretungs-Sitzung in England teilzunehmen, die dort sehr ähnlich ist.

Ich habe mit grossem Interesse festgestellt, dass Sie Ihrem Gemeindedirektor und Schatzmeister einen Vertrag gegeben haben, und nur dadurch werden diese Leute das Gefühl der Sicherheit haben und die Arbeiten bestens erledigen können.

Ich habe ein grosses Interesse an dem allgemeinen Lagebericht des Herrn Bürgermeisters genommen. Es tut mir sehr leid, dass Sie eine so sehr schwere Zeit haben und diese Berichte geben müssen. Die Zeiten sind wirklich sehr schlecht. Ich hoffe aber, dass es in nicht zu weiter Ferne liegt, dass Sie, Herr Bürgermeister, einen viel erfreulicheren Bericht werden geben können, weil die Zeiten dann weit besser sein werden. Es wird einen harten Kampf kosten, aber wir müssen durchhalten. Ich wünschte, ich könnte die Stimmung dadurch heben, dass ich Ihnen gute Informationen erteilen könnte, aber leider ist nichts zu sagen. Sie führten die Konferenz in Moskau und in Frankreich an. Viel ist dabei nicht herausgekommen. Auch nicht in der kurzen Konferenz in Paris. Die Amerikaner haben ein Angebot gemacht, welches eine Hilfe sein würde. England und Frankreich sind nun aber entschlossen, endlich mit dieser Organisation anzufangen. Wenn Russland nicht mitmachen will, so können wir nicht länger auf sie warten.

Sie haben ferner die Schulspeisung erwähnt. Wir haben seit Dezember allmonatlich eine Eingabe nach Hamburg übersandt. Jedes Kind wurde untersucht und 25 000 Kinder wurden als unterernährt festgestellt. Es wurde uns gesagt, dass z.Zt. keine Lebensmittel zur Verfügung stehen und der Kreis Pinneberg war einer der 3 oder 4 Kreise, die keine Speisung hatten. Vor einem Monat habe ich eine erneute Eingabe gemacht und in der Zwischenzeit trat das dänische Rote Kreuz ein und hat 9 000 Kinder gespeist. Auf Grund einer Zusammenfassung gewisser Kreise in der amerikanischen und britischen Zone soll eine einheitliche Speisung vorgenommen werden. Der Kreis Pinneberg hat eine nicht hohe Quote erhalten, aber immerhin sollen es etwa 12 000 Kinder sein. Ich glaube,

dass

/Die Speisung soll jetzt nach dem Hoover-System vorgenommen werden.

dass dadurch die Speisung als solche eine Besserung erfahren wird. Schleswig-Holstein wird von Kiel aus dirigiert und ich stehe in enger Verbindung mit dem Komitee und werde es durchsetzen, dass Pinneberg einen guten Anteil daran hat.

Sie haben dann noch von der Knappheit der Baumaterialien gesprochen. Es ist unglaublich knapp, dennoch bin ich überrascht zu sehen, welche Anzahl von Häusern im Kreise entstanden. Ich habe gehört, dass die Hoffnung besteht, in nächster Zeit grössere Zuteilungen zu erhalten. Das Kreisbauamt soll die Zuteilungen so verteilen, um die Unterkünfte der Flüchtlinge auszubessern. Sie sagen, der Zuzug der Flüchtlinge hält an. Das kann doch nur ineffizient sein. Jeder Flüchtling muss durch das Lager in Pöppendorf gehen. Wenn er einen Anspruch hat, im Kreise Pinneberg zu bleiben, wird er auch offiziell durch das Lager Pöppendorf durchgeschleust. Aber die Flüchtlinge, die schwarz über die Gränze kommen, sind ein grosses Problem. Es ist bedauerlich, dass jeder zu seiner Familie hin will. Das muss aber offiziell geschehen und alle Flüchtlinge müssen nach Pöppendorf verwiesen werden.

Überrascht und erfreut hat es mich, so viele Wedeler anwesend zu sehen. Sehe ich doch, dass hier ein grosses Interesse für die Verwaltung besteht, Die Vertretung ist ja auch durch die Wedeler Bevölkerung gewählt worden. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der Einwohner zu vertreten und ich bin überzeugt, dass die Einwohner zufrieden sind. Bevor ich gehe, möchte ich Ihnen dazu gratulieren, was Sie geleistet haben. Ich hoffe, dass es nicht allzu lange auf sich warten lassen wird, bis Sie die Früchte Ihrer Arbeit sehen und weitaus schönere Berichte geben können. (Beifall).

Bürgermeister Schacht dankt dem Gouverneur für die herzlichen Worte und betont, dass es immer sein Bestreben und das der Ratsherren gewesen ist und auch bleiben wird, im besten Sinne für die Stadt zu arbeiten.

1) Sitzung der Jugendfürsorgekommission vom 5.5.1947.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

m) Sitzung des Bauausschusses vom 5.5.1947

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

n) Sitzung des Hauptausschusses vom 7.5.1947

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

e)

o) Sitzung des Schulausschusses vom 9.5.47.

Stadtrat K u h l m a n n bittet um Verlesung dieses Protokolls.
Bürgermeister Schacht verliest das Protokoll.
Stadtrat K u h l m a n n erklärt zu dem Schreiben der Schulleiter, dass sich die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei gegen die dauernde Hinzuziehung der Schulleiter zu den Ausschusssitzungen ausspricht. Nach der Deutschen Gemeindeordnung können Erweiterungen von Ausschüssen lediglich durch den gesamten Rat erfolgen.
Bürgermeister Schacht erklärt, dass zu Punkt "Verschiedenes" der heutigen ~~Tagung~~ Ratssitzung zu einem Schreiben des Rektors Hufe noch besonders Stellung genommen werden muss.
Ratsherr Beerbaum schlägt vor, eine Beschlussfassung über das Protokoll des Schulausschusses zurückzustellen, bis über dieses Schreiben entschieden ist.
Diesem Vorschlage wird von der Ratsversammlung zugestimmt.

p) Sitzung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses vom 9.5.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

q) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 13.5.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

r) Sitzung des Bauausschusses vom 22.5.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

s) Sitzung des Hauptausschusses vom 2.6.47.

Stadtrat B r a u n s stellt fest, dass die Anträge auf Trümmerbeseitigung bisher nicht zur Wiedervorlage für den Hauptausschuss gelangt sind.
Stadtdirektor G a u erklärt, dass die in den Anträgen vorgebrachten Wünsche nicht innerhalb kurzer Zeit zu erledigen sind. Die Stadtverwaltung hat die erforderlichen Verhandlungen sofort aufgenommen, die aber bis heute nicht zum Abschluss gekommen sind.
Das Protokoll wird alsdann einstimmig angenommen.

t) Sitzung des Ausschusses für die Stadtwerke vom 6.6.47.

Ratsherr Beerbaum bittet, den Punkt 6) - Beratung über Erstellung von Anschlüssen, falls keine Zähler vorhanden - zur Diskussion zu stellen.

Ratsherr Beerbaum ist der Meinung, dass es unmöglich ist, neuerstellte Wohnungen und Betriebe solange ohne Strom zu lassen, bis Zähler zur Verfügung stehen.

Stellv. Bürgermeister Dalke weist darauf hin, dass der Beschluss des Ausschusses für die Stadtwerke einstimmig gefasst wurde, nämlich dass Beumschlüsse, insbesondere Kraftanschlüsse, wofür keine Zähler vorhanden sind, solange zurückgestellt werden müssen, bis Zähler zur Verfügung stehen bzw. vom Konsumenten beschafft werden können.

Die Stadtwerke können es sich nicht leisten, Pauschalen festzusetzen, da bei diesen Verbrauchern eine Überprüfung des Stromverbrauchs

unmöglich

Punkt 3): Wahl eines Mitgliedes für die Schlichtungskommission.

unnötig ist und in den meisten Fällen zu erheblichen Überschreitungen des ausstehenden Stromes führt.

Stadttrat Brauns bestätigt die Auffassung des Ratsherrn Beerbaum sowie die des stellv. Bürgermeisters Falke und schlägt vor, in allen Fällen, bevor von den Stadtwerken eine Ablehnung erfolgt, die Angelegenheit dem Hauptausschuss zur Prüfung und endgültigen Entscheidung vorzulegen.

Dieser Vorschlag wird von der Ratsversammlung einstimmig angenommen. Das Protokoll wird alsdann einstimmig genehmigt.

u) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 13.6.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

v) Sitzung des Hauptausschusses vom 20.6.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

w) Sitzung des Bauausschusses vom 24.6.47.

Ratsherr Beerbaum bittet zu Punkt 5 a) - Antrag des Baurats Richter auf Zuteilung eines Bauplatzes an der Hosegtwiete - um Auskunft, ob die Verhandlungen mit dem Eigentümer Oeding durch die Stadtverwaltung geführt werden und ob die Stadt Wedel im Falle einer Zusage als Ausgleich ein städteigenes Grundstück dem Verkäufer zur Verfügung stellt.

Beide Anfragen werden von Bürgermeister Schacht bejaht.

Ratsherr Beerbaum weist in diesem Zusammenhang auf frühere Anträge der Herren Noldt und Schmidt hin, denen nach seiner Kenntnis nicht einmal für die Erstellung einer Baracke ein Platz zur Verfügung gestellt werden konnte.

Bürgermeister Schacht erklärt, dass beide Antragsteller inzwischen Plätze erhalten haben.

Das Protokoll wird alsdann einstimmig angenommen.

x) Sitzung des Finanzausschusses vom 27.6.47.

Bürgermeister Schacht verliest das Sitzungsprotokoll. Da Wortmeldungen nicht erfolgen, erklärt er die Haushaltssatzung der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1947 als einstimmig genehmigt.

y) Sitzung des Hauptausschusses vom 30.6.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Punkt 4): Wahl eines Mitgliedes für die Jugendfürsorgekommission.

Bürgermeister Schacht teilt mit, dass die Fraktion der Freien Demokraten für das ausgeschiedene Ausschussmitglied Rektor Hufe den Lehrer T i m m vorschlägt.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Punkt 5)

Punkt 5): Wahl eines Mitgliedes für die Schulkommission.

Auf Antrag des Ratsherrn Westedt soll das frühere Ausschussmitglied Hufe durch Frau Elsa Mötting ersetzt werden.
Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 6): Hinsuwahl von 5 Jugendlichen der Jugendorganisationen als Mitglieder des Kultur-, Sport- und Jugendausschusses.

Bürgermeister Schacht teilt mit, dass von den Jugendorganisationen Wedels 5 weitere Jugendliche als Mitglieder für den Kultur-, Sport- und Jugendausschuss vorgeschlagen worden sind, nämlich:

Freie Deutsche Jugend:	Carmen Singer
Sportjugend:	Lydia Hoffmann
Kath. Jugendgruppe:	Elisabeth Mathé
Evang. Jugendgruppe:	Gisela Gubitz
Arbeiterjugend:	Georg Kühr

Dieser Vorschlag findet einstimmige Annahme.

Punkt 7): Regeln über Akteneinsicht und Auskunfterteilung für die Gemeindeverwaltung der Rolandstadt Wedel.

Bürgermeister Schacht verliest einen Entwurf der Stadtverwaltung betr. Akteneinsicht und Auskunfterteilung. Sodann stellt er diesen Punkt zur Debatte.

Ratsherr Beerbaum bittet um Auskunft, ob Parteien, die im Hauptausschuss nicht vertreten sind, ohne Beschluss des Rats Einsicht erhalten können. Bürgermeister Schacht erklärt, dass diese sich an den Hauptausschuss bzw. an den Stadtdirektor wenden müssen.

Stadtrat Brauns erklärt, dass darüber allein der Hauptausschuss zu entscheiden hat.

Ratsherr Matthiessen schliesst sich den Darlegungen des Ratsherrn Beerbaum an und bittet im 2. Satz, Absatz 2 "Verweigert dieser (Stadtdirektor) die Einsichtnahme, entscheidet hierüber auf Verlangen des Antragstellers der Hauptausschuss", zu streichen.

Stadtrat Brauns legt dar, dass dem Stadtdirektor in dieser Frage eine Entscheidung nicht zustehen könne, damit dieser nicht das Übergewicht vor dem Hauptausschuss erhält. Der Stadtdirektor bestätigt dieses.

Ratsherr Matthiessen schlägt vor, den Satz "Bei Parteien, die nicht im Hauptausschuss vertreten sind, ist Akteneinsicht nicht zu verweigern", hinzuzufügen.

Stadtrat Kuhlmann fragt an, ob die Betriebsratsmitglieder auch Akteneinsicht erhalten können.

Bürgermeister Schacht erklärt, dass dem Betriebsrat alle Rechte, die ihm in dieser Hinsicht zustehen, zugebilligt werden.

Nach weiterer Debatte wird über den Antrag des Ratsherrn Matthiessen abgestimmt.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Vertreter der KPD und CDU abgelehnt.

Die Abstimmung über Punkt 7) ergab Annahme gegen 1 Stimme.

Punkt 8)

punkt 8): Bereitstellung von Mitteln für die Jubiläumstiftung des Deutschen Caritasverbandes.

Es wird einstimmig beschlossen, RM 500,-- für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Brauns bittet, den Wedeler Schwestern diesen Beschluss mitzuteilen und dabei zu betonen, dass hiermit gleichzeitig ein Dank an die Wedeler Schwesternschaft abgetragen werden soll.
Dieser Bitte wird zugestimmt.

punkt 9): Aufstellung des Friedrich Ebert-Gedenksteines auf dem Rathausplatz.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag der Sozialdemokratischen Partei - Ortsverein Wedel - :

Die Sozialdemokratische Partei, Ortsverein Wedel, beantragt, dem Gedenkstein des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert einen würdigen Platz in unserer Gemeinde einzuräumen, der der einmaligen Grösse dieses Staatsmannes entspricht.

Nachdem der Gedenkstein, der 1933 von den Nationalsozialisten schwer beschädigt und dann versenkt wurde, wieder gehoben ist, bitten wir, den Gedenkstein vor dem Rathaus der Stadt Wedel aufstellen zu lassen, um ihn voll zur Geltung zu bringen.

Wir bitten, die Kosten für die Verlegung und Restaurierung des Steines der Stadtverwaltung aufzuerlegen, falls die Täter nicht dafür haftbar gemacht werden können.

Stadtrat Brauns erklärt darauf folgendes: Friedrich Ebert ist am 11.2.1919 mit 277 von 399 Stimmen gewählt worden. Gegen diese Wahl stimmten lediglich die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei. Da wir heute lediglich demokratische Parteien haben, nehme ich an, dass eine Diskussion nicht notwendig sein wird.

Ratsherr Westedt führt aus, dass gegen die Person des Reichspräsidenten nicht gesprochen werden soll, er bittet jedoch, den Antrag vorerst zurückzustellen, da nach dem Lagebericht des Herrn Bürgermeisters die Not so gross wäre, dass jeder Sack Zement und jede Arbeitskraft für dringlichere Arbeiten eingesetzt werden muss.

Stadtrat Brauns betont, dass es sich hier um einen Granitstein handelt und Zement nicht gebraucht würde.

Ratsherr Matthiessen lässt einen Entwurf umgehen und stellt den Antrag, nicht lediglich ein Friedrich Ebert-Denkmal zu errichten, sondern ein Denkmal für die Opfer während der Zeit von 1933-1945.

Stadtrat Brauns gibt einen geschichtlichen Bericht von der Persönlichkeit Friedrich Eberts. Nach 10 Minuten Dauer des Berichts beantragt Ratsherr Westedt, den Bericht abubrechen. Es wird hierüber abgestimmt. Gegen 6 Stimmen wurde beschlossen, den Bericht fortzusetzen.

Nach Beendigung des Berichts und weiterer längerer Debatte kam es zur Abstimmung darüber, ob ca. 2.500,-- RM Kosten in den Haushaltsplan mit aufgenommen werden sollen.

Danach wird der Antrag der Sozialdemokratischen Partei zur Aufstellung des Friedrich-Ebert-Gedenksteines mit 14 Stimmen gegen 6 Stimmen angenommen.

punkt 10)

Punkt 10): Mitteilungen.

a) Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Strecke Wedel/Blankenese.

Bürgermeister Schacht gibt der Ratsversammlung Kenntnis von einem Schreiben der Reichsbahndirektion Hamburg-Altona betr. Verbesserung des Verkehrs Wedel/Blankenese. Hierin wird mitgeteilt, dass es der Reichsbahndirektion Hamburg möglich gewesen ist, für den Berufsverkehr zusätzlich folgende Züge einzusetzen:

Wedel ab	8,54 Uhr	Blankenese an	9,15 Uhr
Wedel ab	17,54 "	Blankenese an	18,15 "
Blankenese ab	9,22 "	Wedel an	9,41 "
Blankenese ab	18,22 "	Wedel an	18,41 "

Durch die Verlängerung des Zugbetriebes der elektrischen S-Bahn in den Abendstunden bis 24 Uhr, die am 14.5.47 durchgeführt wurde, hat der letzte Zug aus Wedel jetzt Anschluss in Hamburg-Altona an die Strecken Poppenbüttel, Elmshorn und Harburg. Die gewünschte Frühverbindung kann z.Zt. noch nicht durchgeführt werden. Bei einer weiteren Besserung der Betriebslage soll auch diese Frage geprüft werden.

Stadtdirektor G a u erklärt, dass nach Rücksprache mit dem Reichsbahndezernenten versucht werden soll, auch den Spätzug 11,24 Uhr ab Wedel wieder einzulegen.

b) Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der an Angehörige der Marine verkauften Marinegrundstücke.

Bürgermeister Schacht gibt bekannt, dass s.Zt. für den durch Krankheit verhinderten Ratsherrn Schacht jr. als Ersatzmitglied Ratsherr Behrens bestimmt worden ist. Eine Genehmigung ist bisher nicht erfolgt. Da Ratsherr Schacht inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen ist, erübrigt es sich, jetzt noch eine Wahl vorzunehmen.

c) Hinzuziehung der Schulleiter als ständige beratende Mitglieder zu den Schulausschusssitzungen.

In Verbindung mit einem Schreiben des Rektors Hufe nimmt Bürgermeister Schacht nochmals Bezug auf den Beschluss des Schulausschusses vom 9.5.47, in dem die Hinzuziehung der Schulleiter als ständige beratende Mitglieder zu den Schulausschusssitzungen beschlossen wurde.

Ratsherr Beerbaum spricht sich gegen die ständige Hinzuziehung aus, da diese Regelung als eine Überspitzung des demokratischen Gedankens zu bezeichnen ist.

Hierüber entspinnt sich eine kurze Debatte. Alsdann wird in Abänderung des Beschlusses des Schulausschusses vom 9.5.47 beschlossen, die Schulleiter (auch Herrn Hufe) beratend von Fall zu Fall zu den Sitzungen des Schulausschusses hinzuziehen.

Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

PUNKT XI

- d) Stellv. Bgm. Bülke schlägt vor, Warnungstafeln an der Mündung der Aue anzubringen, weil dort ein Junge durch Ertrinken umkam.

Stadtrat Brauns schlägt vor, diesen Antrag so abzuändern: "An dieser Stelle ertrank ein 14-jähriger Junge, das Baden ist hier verboten".

Nach kurzer Debatte wird beschlossen, nach dem Antrag des Stadtrats Brauns zu verfahren.

- e) Ratsherr Beerbaum fragt an, ob eine Betriebsvereinbarung der Betriebswerke mit dem Betriebsrat der Stadtwerke getroffen worden sei.

Stadtdirektor Gau erwidert, dass der Deutsche Städteverein mitgeteilt habe, dass vorerst keine Betriebsvereinbarung zu schliessen ist, weil die Verhandlungen mit den Gewerkschaften einheitlich gemacht werden sollen. Bis zur endgültigen Regelung soll in dem bisherigen Sinne weitergearbeitet werden.

- f) Ratsherr Matthiessen regt an, dass im Anschluss an Punkt 10 d) auf die Verkehrsdisziplin durch die Ratsmitglieder hingewiesen werden soll, um die Jugendlichen vor Unfällen zu bewahren.

Schluss der Sitzung 9,45 Uhr.

Schacht

Der Bürgermeister

E. Rumbke

Ratsherr

Ratsherr

H. Ansohn

Der Stadtdirektor

Gau

Helmut Meißner
Stadtrat, Protokollführer

Punkt 1)

prot. 9.7.47. *[Signature]*

Verfig.

1.) auszugsweise aus dem Protokoll fertigen und den zuständigen Abteilungen zuleiten:

a)	zu Pkt. 2)	Abt. I,1
b)	" "	3 a) - y)	jeweils zuständige Abtlg.
c)	Ansprache des Gouv.	Abt. I,1
d)	zu Pkt. 4) - 8)	" I,1
e)	" " 9)	" V
f)	" " 10 a)	" I,1
g)	" " 10 b)	" V
h)	" " 10 c)	" I,1
i)	" " 10 d)	" V
j)	" " 10 e)	" I,1
k)	" " 10 f)	" V

2.) Z.d.A. bei 1/1.

Wedel, den 5.7.47.
D. St. Dir.

[Handwritten signature]

[Large handwritten signature]

21. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
Wedel am Donnerstag, dem 2. Oktober 1947, 19 Uhr,
in Köhlers Gasthof, Spitzerdorfstr.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Beerbaum, Brauns, Behrens,
Eydeler Helmar, Eydeler Paul, Glismann,
Heinsohn, Heiseke, Kahl, Kleinwort,
Kuhlmann, Matthiessen, Ramcke Carl,
Schacht jr., Westtät.

Stadtdirektor G a u

Schulenburg, Schüttkäker und Matthiessen
als Stenotypistinnen.

500 Zuhörer

Die Ratsherren Lesshaft und Ramcke Herbert fehlen entschuldigt.

T a g e s o r d n u n g .

1. Wahl und Vereidigung eines Ersatzmitgliedes für den ausgeschiedenen Ratsherrn Hüdepoll.
2. Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 3.7.47.
3. Verlesung der Protokolle verschiedener Ausschusssitzungen.
4. Wahl eines Vorsitzenden für den Schulausschuss.
5. Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Ziff. X der Ortssatzung der Stadt Wedel vom 31.12.45 in der Fassung vom 14.3.46.
6. Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage von Plänen für einen neuen Sportplatz.
7. Antrag der SPD-Fraktion auf Verlängerung einer Bausperre und Ausschreibung eines Wettbewerbs.
8. Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung eines besonderen Kulturetats für das städt. Krankenhaus.
9. Entschliessung der SPD-Fraktion betr. Schulkinderspeisung.
10. Antrag der KPD auf Umbenennung von Strassennamen.
11. Verschiedenes.
12. Mitteilungen.

Bürgermeister Schacht eröffnet die Sitzung nach einem öffentlichen Ausspracheabend um 21,15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er teilt mit, dass infolge Änderung der Ortssatzung die Neuwahl folgender Ausschussvorsitzender erforderlich wird.

1. Finanzausschuss.
2. Stadtwerke-Ausschuss.
3. Gesundheitsausschuss.

Bürgermeister Schacht bittet die Ratsmitglieder, diesen Punkt als 5 a) der heutigen Tagesordnung hinzuzufügen.

Punkt 1)

Punkt 1) Wahl und Vereidigung eines Ersatzmitgliedes für den ausgeschiedenen Ratsherrn Hildepoll.

I, 1
Bürgermeister Schacht teilt mit, dass Ratsherr Hildepoll gebeten hat, wegen Krankheit von dem Amt als Ratsherr entbunden zu werden.

Der Rücktritt wird von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

- Nr. 25 / 47
Als Ersatzmitglied schlägt die SPD-Fraktion den Kandidaten Bernhard Mahlow, Hindenburgstr. 47, vor.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister nimmt darauf dem neugewählten Gemeinderatsmitglied Mahlow den Amtseid ab und führt es in sein Amt ein.

Punkt 2) Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 3.7.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Punkt 3) Verlesung der Protokolle verschiedener Ausschusssitzungen.

a) Sitzung des Feld- und Forstausschusses vom 10.7.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

b) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 15.7.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

c) Sitzung der Jugendfürsorgekommission vom 15.7.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

d) Sitzung des Schulausschusses vom 22.7.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

e) Sitzung des Hauptausschusses vom 30.7.47.

Stadtrat Brauns beantragt, die Protokolle über Hauptausschusssitzungen am Schluss der Sitzung zu verlesen. Diesem Antrage wird stattgegeben.

f) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 5.8.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

g) Sitzung des Bauausschusses vom 5.8.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

h) Sitzung des Kultur-, Sport- und Jugendausschusses vom 11.8.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

i) Sitzung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses vom 11.8.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

j) Besprechung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses mit den Parteivorständen über die Durchführung einer Möbelsammlung am 21.8.47.

Bürgermeister Schacht verliest das Protokoll über diese Besprechung. Er bittet den Rat um Genehmigung und

Beschlussfassung

Punkt 5) Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Ziff. X der Ortsatzung der Stadt Wedel vom 31.12.45 in der Fassung vom 14.3.46.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:

I, 1
- 20.27/47

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, der Rat der Stadt Wedel wolle beschliessen, dass Ziffer X Absatz 4 der Ortsatzung alsbald geändert wird und zukünftig folgende Fassung erhält:

"Ausserdem ist ein aus 11 Personen bestehender Hauptausschuss für besondere Angelegenheiten zu bilden, dem der Bürgermeister als Vorsitzender, der stellvertretende Bürgermeister, der Vorsitzende des Finanzausschusses und die in Ziffer IX benannten Voristenden (Stadträte) der Ausschüsse angehören"

Gleichfalls sind die Durchführungsbestimmungen zu Ziffer X im Absatz 2 wie folgt abzuändern:

"Der Hauptausschuss befasst sich mit allen grundsätzlichen Fragen, für die in der Satzung kein besonderer Ausschuss bestimmt ist. Der Hauptausschuss ist berechtigt, den Beschlüssen sämtlicher Ausschüsse Rechtskraft zu verleihen, um Verzögerungen in der Durchführung wichtiger Beschlüsse zu vermeiden. Jedoch kann jedes einzelne Hauptausschussmitglied für sich allein die Verweisung von Ausschussbeschlüssen an den Gesamtrat zur Beschlussfassung beantragen. Einem solchen Antrag ist stattzugeben.

Jedes Hauptausschussmitglied erhält zusammen mit der Einladung zur Hauptausschusssitzung die zur Beschlussfassung vorliegenden Protokolle der Ausschüsse. Eine weitere Abschrift ist jeweils den Ratsmitgliedern der im Hauptausschuss nicht vertretenen Parteien zu übersenden.

Begründung:

Die einjährige Praxis der frei gewählten Ratsversammlung hat gezeigt, dass Überschneidungen der Kompetenzen auf die Dauer nicht zu vermeiden sind. Da in Ermangelung einer eigenen Wirtschafts- und Planungskommission der Hauptausschuss die Aufgaben der Wirtschaftsplanung übernommen hat, ist es nötig, dass eine engste Zusammenarbeit mit allen Ausschüssen hergestellt wird. Dadurch, dass sämtliche Ausschussvorsitzende im Hauptausschuss vereinigt sind, wird die allseitige Unterrichtung und die Übereinstimmung in den Planungen mit absoluter Sicherheit erreicht. Jedes Hauptausschussmitglied ist zukünftig in der Lage, seine Kommissionen und Ausschüsse im Sinne der Beratungen des Hauptausschusses zu unterrichten. Wir sind der Meinung, dass eine solche Verstärkung der Ausschussarbeit dem Gesamtwohl der Stadt am besten entspricht, und bitten, antragsgemäss zu beschliessen.

Bürgermeister Schacht stellt den Antrag zur Debatte.

In Zukunft

Ratsherr Mahlow ist der Auffassung, dass eine reibungslosere Arbeit gewährleistet ist, wenn sämtliche Ausschussvorsitzende im Hauptausschuss vereinigt sind. Es ist der Wunsch, dass/sämtliche Parteien im Hauptausschuss vertreten sind.

Die SPD tritt daher einen Sitz an die KPD ab. Stelly. Bürgermeister Balke stimmt dem Antrage der SPD zu und erklärt sich im Namen seiner Fraktion bereit, der CDU einen Sitz einzuräumen.

Die Abstimmung über den Antrag ergab sodann einstimmige Annahme.

Punkt 5a) Neuwahl von Ausschussvorsitzenden.

Bürgermeister Schacht weist darauf hin, dass es nicht angängig ist, dass ein Ratsherr zwei Ausschüssen als Vorsitzender angehört. Es sind daher für einige Ausschüsse neue Vorsitzende zu wählen.

I, 1

- 2m. 28/47 -

a) Finanzausschuss:

Für den bisherigen Vorsitzenden Stadtrat Glismann wird Ratsherr M a h l o w vorgeschlagen. Dieser Vorschlag findet einstimmige Annahme.

b) Stadtwerkeausschuss:

Anstelle von stellvertr. Bürgermeister Balke wird Ratsherr Carl R a m c k e vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

c) Gesundheitsausschuss:

Der bisherige Vorsitzende, Stadtrat Kleinwort, bittet, von seinem Amt entbunden zu werden. Als Ersatzmann schlägt die FDP

den Ratsherrn M a t t h i e s s e n (ODU)

vor. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Stellvertr. Bürgermeister Balke bittet, den Ratsherrn Kleinwort als Mitglied im Gesundheitsausschuss zu belassen und Stadtrat Heinsohn seines Amtes zu entheben. Auch dieser Vorschlag findet einstimmige Annahme.

Punkt 6) Antrag der SPD-Fraktion auf Vorlage von Plänen für einen neuen Sportplatz.

Die SPD-Fraktion beantragt, der Rat der Stadt Wedel wolle beschliessen, dass die Verwaltung aufzufordern ist, alsbald Pläne für einen neuen Sportplatz vorzulegen.

I

- 24/47 -

Begründung:

Der Sportplatz Bergstrasse, der nach der Bebauung des Sportplatzes Rosengarten überaus stark in Anspruch genommen ist, befindet sich zurzeit in einem Zustand, der eine einwandfreie sportliche Betätigung auf die Dauer unmöglich macht. An eine wirklich gründliche Wiederherstellung des Platzes ist solange nicht zu denken, wie er ständig für Wett- und Übungsspiele zur Verfügung stehen muss. Im Wedeler Sportverein sind zurzeit etwa 1000 Mitglieder organisiert, davon rund 600 Jugendliche. Ausser der Turnhalle, die auch heute noch keinen Linoleumbelag hat, der allein auf die Dauer Belästigungen durch Staub und Schmutz ausschliesst, steht diesen Sportlern nur der Sportplatz Bergstrasse zur Verfügung. In dem Augenblick, wo auch die Schulen wieder einen regelmässigen Sportbetrieb aufnehmen, ist an die Durchführung eines leidlich geregelten Sportbetriebes überhaupt nicht mehr zu denken. Als Notbehelf schlagen wir vor, dass nach Einstellung des regelmässigen Spielbetriebes im Herbst der Sportplatz Bergstrasse umgepflügt und im Frühjahr mit einer neuen Grasnarbe besät wird.

Der

Der Platz müsste dann für das Spieljahr 1948 dem Sportbetrieb entzogen werden, um sich wieder zu erholen; während der Ruhepause müsste ein anderer Platz bereitgestellt werden, für den wir zunächst die dem Sportplatz nahe gelegene sogenannte Pöhlenweide, die sich in städtischem Besitz befindet, bereitzustellen vorschlagen. Etwa bestehende Pachtverträge für dieses Gelände müssten alsbald gelöst werden. Darüber hinaus wird es jedoch unumgänglich nötig, der Schaffung eines neuen Sportplatzes näherzutreten. Es wären seitens der Verwaltung sofort Verhandlungen mit der Landesregierung aufzunehmen, ob nicht das neu erlassene Gesetz über Bodenreform die Möglichkeit bietet, das an der Schulauer Strasse vorgesehene Gelände für einen Sportplatz zu erlangen. Der Spiel- und Sportbetrieb hat in Wedel einen ausserordentlichen Umfang angenommen. Wenn auf der einen Seite zugegeben wird, dass die regelmässige sportliche Betätigung der Jugend nicht nur gesundheitsfördernd sondern auch gesinnungsbildend wirkt, dann müssten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass solcher Betätigung auch wirklich die erforderlichen Möglichkeiten geboten werden.

Bürgermeister Schacht stellt den vorstehenden Antrag zur Debatte.

Stadtrat Brauns erklärt, dass die SPD-Fraktion der Meinung ist, mit diesem Antrag den berechtigten Wünschen der Sportler einigermassen zu entsprechen und dass wir uns die Möglichkeit nicht entgehen lassen sollten, zusätzlich einen Sportplatz zu beschaffen.

Stellv. Bürgermeister Balke und Ratsherr Mahlow schliessen sich den Ausführungen an.

Nach einer längeren Debatte wird folgendes beschlossen:

Das Gelände für einen Sportplatz ist bereitzustellen und die Durchführung dem Bauausschuss und dem Jugend- und Sportausschuss zu überweisen.

Punkt 7) Antrag der SPD-Fraktion auf Verlängerung einer Bausperre und Ausschreibung eines Wettbewerbs.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, der Rat der Stadt Wedel wolle beschliessen, dass die totale Bausperre, die für den Marktplatz verhängt ist, bis zum 31.12.1949 verlängert wird, jedoch längstens bis zum Vorliegen eines Baufluchtlinien- und Aufbauplanes für den Marktplatz. Zur Erlangung eines solchen Plans wäre gleichzeitig ein Wettbewerb für die Ausgestaltung des Marktplatzes und der Zufahrtstrassen auszuschreiben. Wir beantragen weiter, zur Durchführung des Wettbewerbs einmalig den Betrag von RM 3.000,-- aus Mitteln des ausserplanmässigen Haushalts bereitzustellen und die Verwaltung zu ersuchen, gemeinsam mit der Satzungskommission den Entwurf des Wettbewerbs vorzulegen.

Begründung:

Bereits vor der teilweisen Zerstörung Wedels waren die baulichen und verkehrsmässigen Verhältnisse des Marktplatzes und der Zufahrtstrassen höchst bedenklich. Baufluchtlinien verliefen mitten durch Häuser, Gebäude versperrten die Übersicht der Zufahrtstrassen, und Verkehrsschwierigkeiten an dieser Stelle waren überaus häufig. Nachdem das Gesicht des Marktplatzes durch Kriegsschäden stark verändert wurde, ist es nötig geworden, diesen Platz, der den natürlich gewachsenen Mittelpunkt des Stadtteils Wedel bildet, in einer Form wieder aufzuerstehen zu lassen, die seinem historischen Charakter entspricht, andererseits aber auf den Umstand Rücksicht nimmt, dass der lebhafte Fernverkehr über die auf den Platz mündenden Strassen den Gegebenheiten der Gegenwart entspricht. Es

kann

Auf einer kürzlich stattgefundenen Sondersitzung der Schulkommission wurden die Klagen der Elternschaft und der Lehrer sowie die Berichte der Schulärzte entgegengenommen. Obwohl nur die Gruppe I seit einigen Monaten zusätzlich beköstigt wird, (die Gruppe I besteht aus den am stärksten unterernährten Kinder) hat das Kreisgesundheitsamt angeordnet, dass aus den Reihen dieser unterernährten Kinder noch bis zu 20 % ausgeschieden werden. Die vorgenommenen Kürzungen sollen anderen Orten zugute kommen, obwohl in keinem Ort des Kreises Pinneberg sonst die Tatsache besteht, dass sämtliche Kinder rund 30 % Untergewicht haben. Es war seinerzeit der Elternschaft zugesichert worden, dass solange nur ein Teil der Kinder bespeist werden könnte, regelmässig ein Austausch der solcherart zusätzlich Ernährten erfolgen solle. Auch diese Zusage des Kreisgesundheitsamtes wurde nicht gehalten, sodass die Erregung der Elternschaft ausserordentlich gross ist. Die Ärzte mussten in der fraglichen Sitzung erklären, dass sie es mit ihrer ärztlichen Verantwortung nicht vereinbaren könnten, von den so stark unterernährten Kindern der Gruppe I noch Ausscheidungen vorzunehmen. Dennoch besteht das Kreisgesundheitsamt auf dieser Massnahme. Die Ratsvertretung fordert, dass diese Anordnung des Kreisgesundheitsamtes sofort rückgängig gemacht wird und dass darüber hinaus von allen beteiligten Stellen schnellstens der Versuch unternommen wird, auch die in die Gesundheitsgruppe II eingereihten Kinder zu bespeisen. Es kann nicht mehr länger mit angesehen werden, dass Hunderte von Kindern, die in der primitivsten Weise wohnen, die in masslos überfüllten Klassenräumen mit unzureichenden Bänken Schulunterricht empfangen, stärksten und dauernden Gesundheitsschädigungen entgegengehen, nur weil die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Lebensmittel schematisch erfolgt. In Wedel ist die Not grösser als sonst irgendwo im Kreise und es ist deswegen nötig, hier mehr zu tun als anderenorts. Die Ratsvertretung ersucht die obergeordneten Gesundheitsbehörden um Auskunft, wie alsbald den geschilderten Notständen abgeholfen werden soll.

Zu dieser Entschliessung verliert Bürgermeister Schacht einen Ergänzungsantrag des Elternbeirats der Volksschule ABC-Str. Nach näheren Erläuterungen durch den Ratsherrn Kahl erfolgt eine kurze Debatte betr. der Schlüsselung der Bespeisung auf Volksschulen und Mittelschule.

Darauf schlägt Bürgermeister Schacht vor, die Entschliessung der SPD-Fraktion mit dem Antrage des Elternbeirats zu verknüpfen und an das Kreisgesundheitsamt weiterzuleiten. Die Art der Verknüpfung wird der Verwaltung überlassen. Dieser Vorschlag wird von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

Punkt 10) Antrag der KPD auf Umbenennung von Strassennamen.

Die KPD - Ortsgruppe Wedel - schlägt vor, der Rat möge beschliessen, folgende Strassen umzubenennen wie folgt:

I, 1
- 29.31 -

Hindenburgstr.	in Rudolf Breitscheidstr.
Bismarckstr.	in Ernst Thälmannstr.
Moltkestr.	in Geschw. Schollstr.
Schlagetweg	in Ernst Barlachstr.
Rathausplatz	in Friedrich Ebertplatz

Begründung:

Angesichts der Gedenkwoche für die Opfer des Faschismus hält es die KPD für angezeigt, die Tausende der Opfer zu ehren durch die Neubenennung von Strassen mit Namen der bekanntesten Persönlichkeiten der verschiedensten Weltanschauungen und Bekenntnisse.

Bürgermeister

Bürgermeister Schacht stellt vorstehenden Antrag zur Debatte.
Ratsherr Matthiessen macht folgenden Abänderungsvorschlag:

Die Namen Hindenburgstr., Bismarckstr., Moltkestrasse bleiben bestehen. Gegen die Umbenennung von Schlageterweg und Rathausplatz werden keine Einwendungen erhoben. Die Namen Rudolf Breitscheidstr., Ernst Thälmannstr., Geschw.Schollstr. werden in Erinnerung an hervorragende Opfer des Faschismus neu eingeführt unter Umänderung anderer Strassennamen.

Ratsherr Westedt schlägt vor, die Angelegenheit an den Hauptausschuss zur Beratung zu verweisen.
Da der Antrag des Ratsherrn Westedt der weitergehende ist, wird hierüber abgestimmt:

Stimmergebnis: 7 Stimmen für
5 Gegenstimmen
6 Stimmenthaltungen.

Damit ist der Antrag des Ratsherrn Westedt genehmigt.

Punkt 11) Verschiedenes.

- a) Bürgermeister Schacht teilt mit, dass die Protokolle der Hauptausschusssitzungen vom 30.7., 6.8., 22.8. und 11.9.47 noch zur Verlesung gebracht werden müssen.
Stellv.Bürgermeister Balke schlägt vor, hierauf zu verzichten, da eine Beratung innerhalb der Fraktionen bereits stattgefunden hat.
Diesem Vorschlage wird zugestimmt und die Protokolle des Hauptausschusses vom 30.7., 6.8., 22.8. und 11.9.47 einstimmig angenommen.
- b) Ratsherr Ansorge bittet, die Stadtverwaltung möge versuchen, mit der Autobusgesellschaft Pinneberg/Wedel die Frage "Haltestelle Marienhof" zu klären.

Punkt 12) Mitteilungen.

Da keine Mitteilungen vorliegen, schliesst Bürgermeister Schacht die Sitzung um 0,05 Uhr.

gez. S c h a c h t
Bürgermeister

gez. Heinrich Westedt
Ratsherr

gez. Schacht jun.
Ratsherr

gez. G a u
Staddirektor

gez. Schüttkäker
Stadtsekretär als
Protokollführerin

Aussug aus dem Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung v. 19.2.48

Punkt 1 aa) Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 2.10.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

bb) pp.

B. d. R.

Stadtsekretär

Verfg.

Z. d. A. 105-3.

W., d. 23.2.48.

D. St. Dir.

(a) Bürgermeister beachtet teilw. dass die Protokolle der Hauptausschüsse vom 30.7., 6.8., 22.8. und 11.9.47 noch zur Verlesung gebracht werden müssen. St. v. Bürgermeister beim schließl. vor. Hinweis an Verlesung, da eine Beratung innerhalb der Fraktionen bereits stattgefunden hat. Dieser Vorschlag wird angenommen und die Protokolle der Hauptausschüsse vom 30.7., 6.8., 22.8. und 11.9.47 einstimmig angenommen.

(b) Ratsherr Annerle bittet, die Stadtverwaltung möge zusammen mit der Aufbausektion Ratsherr Annerle die Frage "Mittelschule Katernhof" an Klären.

Da keine Mittelungen vorliegen, schließt Bürgermeister nach 8 Uhr die Sitzung ab.

Gen. B o n h o f f
Bürgermeister

Gen. B o n h o f f
Ratsherr

Gen. H a r t i c h
Ratsherr

Gen. S o m m e r h o f f
Stadtsekretär als
Protokollführer

Gen. S o m m e r h o f f
Stadtsekretär

~~1947 / Versammlung~~

~~I.1~~ Bürgermeister Schacht teilt mit, dass die Protokolle der Haupt-
a/ ausschuss-Sitzungen vom 30.7., 8.8., 22.8. und 11.9.1947 noch zur
Verlesung gebracht werden müssen. Da diese jedoch bereits in den
einzelnen Fraktionsitzungen verlesen und besprochen worden sind,
wird auf die Verlesung einstimmig verzichtet und die 4 Protokolle
einstimmig ausgenommen.

~~I.0~~ Ratsherr Ansorge bittet, dass die Stadtverwaltung versuchen möge,
mit der Autobusgesellschaft Rieneberg/Wedel die Frage "Haltestelle
Marienhof" zu klären.

~~schluss der Sitzung: 10,05 Uhr.~~

Der Bürgermeister

Schacht

Ratsherr

Brubaker

Ratsherr

Gelchert

Der Stadtsekretär

hpr

*Hilf Meiner
Hedde als
Protokollführerin*

Verfg.

1.) Auszüge für folgende Dienststellen fertigen:

Pkt. 1,2,4,5 und 5a)	für I,1
Pkt. 3a) - 3 g)	für die jeweils zuständigen Dienststellen
Pkt. 6)	für Abt. V
Pkt. 7)	Abt. II,1 zwecks Bereitstellung der erforderlichen Mittel und
	Abt. V
Pkt. 8)	Abt. II,1 zwecks Bereitstellung der erforderlichen Mittel und
	Abt. II,1
Pkt. 9)	Abt. I,1
Pkt. 10)	Abt. I,1 (Hauptausschuss)
Pkt. 11a)	Abt. I,1
Pkt. 11b)	Abt. I,0

2.) Karteikarten für alle Beschlüsse zwecks Überwachung der einzelnen Dienststellen auf Durchführung anlegen.

3.) Z.d.A.

Wedel, den 9.10.47.
~~D. St. Dir.~~

Handwritten signatures and notes:
Handwritten signature (possibly "Wedel")
Handwritten signature (possibly "H. Flu.")
Handwritten note: "Postfach"

111

P r o t o k o l l

über die ausserordentliche Sitzung der Gemeindevertretung Wedel am
6. November 1947, 19 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Beerbaum, Brauns, Behrens,
Bydeler Helmar, Bydeler Paul, Glismann,
Heinsohn, Heiseke, Kahl, Kleinwort, Lesshaft,
Kuhlmann, Matthiessen, Ramcke Carl, Ramcke Herbert,
Schacht jr., Westedt, Mahlow.

Stadtdirektor G a u

Schulenburg, Schüttkäker und Matthiessen
als Protokollführerinnen.

33 Zuhörer.

T a g e s o r d n u n g :

1. Jugend- und Erholungsheim Hörnum/Sylt.
2. Verschiedenes.

Punkt 1) Jugend- und Erholungsheim Hörnum/Sylt.

Bürgermeister Schacht macht grundsätzliche Ausführungen über den Zweck und die Ziele des geplanten "Fünf Städte-Vereins Pinneberg". In seinen Ausführungen bringt er zum Ausdruck, dass geplant ist, für die schulentlassene Jugend ein Erziehungs- und Erholungswerk aufzubauen. Er spricht von der Verantwortung der Ratsherren, diese Jungen und Mädchen den Gefahren der Strasse, der Arbeitslosigkeit und des schwarzen Marktes fernzuhalten. Weiter spricht er von den Schwierigkeiten, die zu überbrücken waren, um die Wehrmachtgebäude in Hörnum/Sylt für die Städte des Kreises Pinneberg zu erhalten. Er weist u.a. darauf hin, dass die Gründerstädte das Glück hatten, von 21 Bewerbern von der Landesregierung ausgewählt zu werden. Auch die Einrichtung dieses Jugend- und Erholungsheimes gehört zu den Aufgaben der Jugendbetreuung. Er spricht von den Pflichten der Stadtvertretung, diese Gebäude dem Erholungswerk unserer Jugend zuzuführen. Nachdem die Hauptausschüsse in der Sitzung in Westerland in den Grundzügen bereits den "Fünf Städte-Verein Pinneberg" anerkannt haben und den Vorstand ermächtigten, bis zur Gründung des Vereins alle nötigen Anordnungen zu treffen, die durch den Abschluss eines Pachtvertrages mit dem Oberfinanzpräsidenten erforderlich werden, steht heute die offizielle Erklärung des gesamten Rates zur Debatte, ob er der vom Hauptausschuss in Westerland angenommenen Entschliessung beitreten und sich mit der Gründung des "Fünf Städte-Vereins Pinneberg" einverstanden erklären, die Satzung des Vereins billigen und ihr als Mitglied beitreten will. - Bürgermeister Schacht wies

darauf

darauf hin, dass bereits die Städte Uetersen, Kellinghusen, Elmshorn und die Gemeinde Neuendeich einstimmig den Beitritt zum Verein erklärt haben.

Gleichzeitig hat die Ratsversammlung sich mit der zweiten Entschliessung der Hauptausschüsse in Westerland zu beschäftigen, die den Vorstand beauftragen, alle notwendigen Vorarbeiten des Vereins zu treffen, insbesondere, eine Bauleitung mit den notwendigen Reparaturen zu beauftragen und einen Hausmeister sowie Bewachungspersonen für das Heim einzustellen.

Der Stadtdirektor berichtet über den augenblicklichen Stand der Angelegenheit und weist darauf hin, welche Schwierigkeiten überwunden werden mussten, um erst einmal zu dem heutigen Ergebnis zu kommen. Er legt den Zweck des Heimes dar, das zur Hauptsache als ein Erholungsheim für die Jugend von 15 bis 25 Jahren gedacht ist und führt weiter aus, dass zwar ein Heim als solches existiere, dass es aber noch nicht in seinem jetzigen Zustand verwertbar ist, sondern dass als erstes eine gründliche Überholung aller vorhandenen Werte erfolgen muss. Er beschreibt dann die Lage der Gebäude und des dazu gehörigen Geländes. Er teilt mit, in welchem Zustand sich die Gebäude im Augenblick befinden und welche Reparaturen vordringlicher Art vorgenommen werden müssen. Er kommt dann auf die Gemeinnützigkeit des Vereins zu sprechen und zu dem Entschluss nicht die Städte an sich zu Trägern des Heimes zu machen, sondern einen gemeinnützigen Verein zu gründen. Er weist darauf hin, dass die Städte lediglich die notwendigen Mittel für die Instandsetzung und die Einrichtung des Heimes bereit zu stellen haben.

Über den abzuschliessenden Pachtvertrag mit dem Oberfinanzpräsidenten erklärt er, dass er sich im Übrigen an die Vorschriften, die von der Militärregierung herausgegeben wurden, hält. Der Pachtvertrag wird rückwirkend vom 1.10.47 laufen. Inzwischen ist es dem Vorstand gelungen, für das erste Pachtjahr Pachtfreiheit zu bekommen gegenüber der im Pachtvertragsentwurf vorgesehenen Ermässigung von 50%. Er weist darauf hin, dass die Möglichkeiten einer weiteren Pachttermässigung für die nächsten Jahre noch Gegenstand von Verhandlungen mit dem Oberfinanzpräsidenten sein werden, insbesondere soll die Frage mit dem Reichsbauamt noch geklärt werden, ob die erforderlichen Reparaturen am Gebäude von rund 75.000.-- RM nicht vom Oberfinanzpräsidenten zu übernehmen sind. Ausserdem erklärt Stadtdirektor Gau, dass in dem Pachtvertragsentwurf ein schuldrechtliches Vorkaufsrecht eingebaut werden soll, sofern die Militärregierung keinen Einspruch erhebt. In dieses Vorkaufsrecht wird ausser den beiden Gebäuden mit dem dazu gehörigen Gelände noch ein weiteres Gebäude, nämlich das frühere Friseur- und Büchereigebäude, mit einbezogen. Leider ist es im Augenblick nicht möglich, einen Pachtvertrag für dieses zu erhalten, da der jetzige Pächter noch nicht gekündigt werden kann.

Eine genaue Rentabilitätsrechnung lässt sich noch aufstellen. Erst dann, wenn alle Fragen betreffs des Pachtvertrages mit dem Oberfinanzpräsidenten geklärt sind, ist dieses möglich.

Nach diesen vorangegangenen Erklärungen gibt Bürgermeister Schacht der allgemeinen Diskussion freien Lauf. Die einzelnen Ratsherren stellen Anfragen über das ganze Für und Wider eines solchen Heimes und sind sich der weittragenden Bedeutung des Projektes sowie seines bahnbrechenden Beispiels bewusst. In diesem Zusammenhang wurden Anfragen über die Finanzierung

des Projektes, die Möglichkeiten der Beschaffung aller Einrichtungsgegenstände und die Ausrüstung des Heimes, über den evtl. Ankauf des ganzen und die Erweiterung über die Betreuung der Jugendlichen, über die Freiplätze für Minderbemittelte und über die Begleichung eines evtl. auftretenden Defizits lebhaft diskutiert. Der Bürgermeister und auch der Stadtdirektor beantworteten die gestellten Fragen. Eine Anregung des Stadtrates Brauns, schon heute dem Verein zur Einrichtung und Instandsetzung 40.000.-- RM zu bewilligen, wovon vorerst 20.000.-- RM bis zum 31.12.47 bereitzustellen sind, findet Zustimmung. Da keine weiteren Anregungen und Anfragen aus der Ratsversammlung gestellt wurden, stellt Bürgermeister Schacht fest, dass diese Angelegenheit ausreichend diskutiert worden ist und schlägt als Ergebnis nachstehende Beschlussfassung vor:

1. Die Ratsherren der Rolandstadt Wedel stimmen der Bildung des "Fünf Städte-Vereins Pinneberg" einmütig zu. Sie billigen die Satzung des Vereins und bewilligen, dass die Rolandstadt Wedel dem Verein als Mitglied beitrifft.
2. Die Ratsherren der Stadt Wedel erklären ihr Einverständnis zu dem Entwurf vorliegenden Pachtvertrag des Oberfinanzpräsidenten, jedoch mit der Massgabe, dass der Vorstand des "Fünf Städte-Vereins Pinneberg" entsprechend der früheren Vereinbarung vom 8. Okt. 1947 günstigere Bedingungen erzielt.
3. Die Ratsherren der Stadt Wedel sind damit einverstanden, dass der provisorische Vorstand des "Fünf Städte-Vereins Pinneberg" bis zur Gründung des Vereins die notwendigen Vorarbeiten trifft, insbesondere eine Bauleitung mit den erforderlichen Reparaturen beauftragt und einen Hausmeister sowie Bewachungspersonal für das Heim einstellt.
4. Die Ratsherren der Stadt Wedel sind damit einverstanden, dass für die Instandsetzung und für die Einrichtung des "Fünf Städte-Heims Hörnum/Sylt" vorerst bis zu 40.000.-- RM bereitgestellt werden.

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme.

Alsdann teilt Bürgermeister Schacht mit, dass nach Abschnitt 4 der Satzung für den "Fünf Städte-Verein Pinneberg" 4 Mitglieder des Rates der Rolandstadt Wedel als ordentliche und stimmberechtigte Vertreter in die Mitgliederversammlung des Vereins zu entsenden sind.

Hierfür bittet der Bürgermeister um Vorschläge.

Ratsherr Mahlow beantragt, die Sitzung um 5 Minuten zu vertagen.

Diesem Antrage wird stattgegeben.

Es besteht Einigkeit darüber, dass jede Partei in der Mitgliederversammlung vertreten sein soll.

Vorgeschlagen werden folgende Herren:

stellv. Bürgermeister B a l k e
Stadtrat B e e r b a u m
Stadtrat M a t t h i e s s e n
Ratsherr M a h l o w

Diese

Diese Vorschläge werden einstimmig angenommen.

Punkt 2) Verschiedenes.

a) Bezahlung der Schulspeisung.

Bürgermeister Schacht teilt mit, dass sich der Fehlbetrag für die Schulkinderspeisung während der Zeit vom 16.7. - 23.9.47 auf insgesamt RM 4.205,24 beläuft. Mit der Einbringung dieses und künftiger Defizite hat sich der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 3.11.47 eingehend beschäftigt und nach längerer Debatte vorgeschlagen, einen Zuschlag auf die Eintrittspreise für vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen in Höhe von RM 0,05 zu erheben.

f) je Karte

Stellv. Bürgermeister Balke fragt an, ob die Hilfgemeinschaft nicht in der Lage ist, den bisher entstandenen Fehlbetrag zu übernehmen.

Hierzu erklärt Stadtrat Brauns, dass die aus dem letzten Sammelergebnis freigegebenen 50%, nämlich 2.000,-- RM, restlos für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Er gibt weiter der Hoffnung Ausdruck, dass es auch künftig möglich sein wird, kleinere Defizite auf die Hilfgemeinschaft zu übernehmen.

Stadtrat Matthiessen schlägt vor, die seinerzeit in der Bevölkerung gesammelten Patenstellen nunmehr in Anspruch zu nehmen.

Die Versammlung ist sich einig darüber, dass dringend eine Nachprüfung der Verwaltung erforderlich ist, wodurch der um ein Vielfaches höhere Fehlbetrag in der Volksschule Wedel-Altstadt gegenüber der Volksschule Schulau zu erklären ist.

Hiernach wird folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

Die Ratsherren erklären sich damit einverstanden, dass zur Deckung der Defizite bei den Schulspeisungen ein Zuschlag auf die Eintrittspreise für vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen im Betrage von RM 0,05 je Eintrittskarte erhoben wird und zwar mit sofortiger Wirkung.

b) Wahl eines weiteren Mitgliedes für den Finanzausschuss.

Bürgermeister Schacht berichtet, dass stellv. Bürgermeister Balke in der letzten Finanzausschuss-Sitzung angeregt hat, die Mitgliederliste des Finanzausschusses zu überprüfen. Seines Erachtens sind die Ratsherren Kleinwort und Herbert Ramcke nicht mehr Mitglieder des Finanzausschusses, weil diesem nur die Vorsitzenden der 8 Ausschüsse angehören. Dies ist jedoch nicht der Fall. Nach Ziff. 7 der Durchführungsbestimmungen zur Ortssatzung der Stadt Wedel vom 31.12.45 muss der Finanzausschuss 2/3 der Stadtvertretung umfassen, also 14 Mitglieder. Demnach ist ein Mitglied hinzuzuwählen. Stadtrat Kuhlmann schlägt ein Mitglied des Bauausschusses, nämlich den Ratsherrn Ansoerge vor. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

c) Dankschreiben des Deutschen Caritasverbandes.

Der Bürgermeister gibt der Ratsversammlung davon Kenntnis, dass der Deutsche Caritasverband mit Schreiben vom 25.9.47 der Stadt Wedel für die Jubiläumsspende von 500,-- RM dankt.

d)

d) Autobuslinie Wedel-Elmshorn.

Der Bürgermeister teilt mit, dass wegen unüberbrückbarer Schwierigkeiten in der Reifen- und Treibstofflage sowie der Beschaffung von Fahrzeugen die Einrichtung einer Autobuslinie zwischen Wedel und Elmshorn nicht möglich ist.

e) Wiederaufbau der Paulskirche in Frankfurt/Main.

Der Bürgermeister teilt mit, dass zum Wiederaufbau der Paulskirche in Frankfurt alle Städte gebeten werden, eine Spende beizutragen.

Die Verwaltung schlägt vor, hierfür 200.-- RM im Nachtragshaushalt bereitzustellen. Dieser Beschluss findet Annahme mit 20 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung.

Stadtrat Beerbaum gibt in einer Erklärung den Grund seiner Stimmenthaltung an. Er weist darauf hin, dass die Konzentrationäre trotz der Bewilligung der 2000.- RM durch die Stadt nicht erhalten haben. Bürgermeister Schacht erklärt, dass die Mil-Regierung die Auszahlung dieses Betrages untersagt hat.

f) Möbel- und Hausratsammlung.

Bürgermeister Schacht gibt einen kurzen Überblick über die bis jetzt vorliegenden Spenden zur Möbel- und Hausratsammlung und erklärt, dass das Ergebnis als gut zu bezeichnen ist.

g) Zurverfügungstellung von Baracken.

Bürgermeister Schacht teilt mit, dass im Lager II ~~4 Baracken~~ höchstwahrscheinlich 4 Baracken für Deutsche zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Verhandlungen werden in etwa 4 Wochen abgeschlossen sein. An Reparaturkosten werden ca. 15.000.-- RM entstehen. Diese Baracken können als Wohnbaracken und für die Unterbringung der Mittelschule verwandt werden.

~~h) Strassenbeleuchtung.~~

~~Stadtrat Matthiessen fragt an, ob es nicht möglich ist, die Feldstrasse mit einer Strassenbeleuchtung zu versehen, da in dieser Gegend rund 3000 Menschen wohnen. Das gleiche wird für Moorweg, Breiterweg und Steinberg angeregt.~~

~~Bürgermeister Schacht erwidert hierauf, dass diese Angelegenheit dem Stadtwerkeausschuss zuzuleiten ist.~~

Bürgermeister Schacht schliesst die Sitzung um 22,15 Uhr.

gez. Schacht
Bürgermeister

gez. Ansoerge
Ratsherr

gez. Kleinwort
Ratsherr

gez. Gau
Stadtdirektor

gez. Schüttkäker
Stadtsekretär
als Protokollführerin.

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung v. 19.2.48

Punkt 1 sa) pp.

bb) Verlesung des Protokolls der ausserordentlichen Sitzung
der Gemeindevertretung vom 6.11.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Punkt 2) pp.

F.d.R.
Alma Müller
Stadtsekretär

Verfg.

Z.d.A. 105-3.

W.,d. 23.2.48.
D. St. Dir.

rc *Alma Müller*

h)
Kand. Nr.
- Nr. 5/47 -
unzureichend

Strassenbeleuchtung.

fragt an

Stadtrat Matthiessen stellt die Anfrage, ob es nicht möglich sei, die Feldstrasse mit einer Beleuchtung zu versehen, da in dieser Gegend rund 3000 Menschen wohnen.

Bürgermeister Schacht erwidert hierauf, dass diese Angelegenheit dem Stadtwerkeausschuss zuzuleiten ist.

Bürgermeister Schacht schliesst die Sitzung um 22,15 Uhr.

Schacht
Bürgermeister

A. Hennrich
Ratherr

Karl Kleinmuntz
Ratherr

H. M.
Stadtdirektor

J. H. Kähler
Stadtsekretär
als Protokollführer

Verfg.

ab 10/11.47

1.) Aussüge fertigen:

Punkt 1) Abt. 1,0,

Punkt 2a), b), c), d) und e) Abt. I,1,

Punkt 2h) Stadtwerke.

ok

2.) Karteikarten anlegen über die gefassten Beschlüsse.

3.) Z.d.A.

W., d. 8. 11. 47

D. St. Dir.

[Faint mirrored text, likely bleed-through from the reverse side]

[Faint signatures and illegible text, likely bleed-through from the reverse side]

212

9. (22.) Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
Wedel am Donnerstag, dem 19. Februar 1948, 19 Uhr,
im Rathaus-Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Beerbaum, Eydeler, Helmar, Eydeler Paul,
Glismann, Heinsohn, Heisecke, Kahl, Kleinwort, Kuhlmann,
Lesshaft, Matthiessen, Ramcke, Carl, Ramcke, Herbert,
Schacht Sr., Westedt, Mählow.

Stadtdirektor G a u

Schulenburg, Schüttkäker und Matthiessen
als Stenotypistinnen.

50 Zuhörer

Stadtrat Brauns und Ratsherr Behrens fehlen entschuldigt.

T a g e s o r d n u n g :

- 1.) Verlesung von Protokollen verschiedener Hauptausschuss- und Finanzausschuss-Sitzungen.
- 2.) Wahl eines Mitgliedes für den Wohnungsausschuss (Flüchtling).
- 3.) Gründung einer Wohnungsbau-Gesellschaft.
- 4.) Flüchtlingsnotgesetz.
- 5.) Umbenennung von Strassennamen.
- 6.) Verschiedenes.
- 7.) Mitteilungen.

Bürgermeister S c h a c h t eröffnete die Sitzung. Er begrüsst die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister darauf hin, dass die heutige Sitzung die erste im Jahre 1948 ist. Er kommt zurück auf die im verfloßenen Jahre von der Gemeindevertretung gefassten Beschlüsse und ihre Bedeutung für die Stadt Wedel. Der Bürgermeister stellt fest, dass die Beschlüsse zum grössten Teil einstimmig gefasst wurden und somit alle Parteien gewillt sind, sich für das Wohl und Wehe der Stadt Wedel einzusetzen.

Stadtrat G l i s m a n n bittet, die heutige Sitzung spätestens um 21,30 Uhr zu beenden, um den Ratsmitgliedern bei der augenblicklichen Unsicherheit durch die fortwährenden Einbrüche in den Aussenbezirken der Stadt die Möglichkeit zu geben, rechtzeitig im Hause zu sein.

Stadtrat K u h l m a n n beantragt, unter Punkt "Verschiedenes" über die zu ergreifenden Massnahmen für die Sicherheit am Orte" zu sprechen.

Dieser Antrag wird von Stadtrat Beerbaum und dem Ratsherrn Westedt unterstützt.

Ratsherr

Ratsherr M a h l w. bittet, die Protokolle am Schluß der Sitzung zu verlesen, um somit einzelnen Ratsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, die ^{der} Sitzung vorzeitig zu verlassen. Diesem sowie dem Antrage/Stadtrats Kuhlmann wird von der Stadtvertretung entsprochen.

Punkt 1aa) Verlesung des Protokolls der Sitzung der Gemeindevertretung vom 2.10.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

bb) Verlesung des Protokolls der ausserordentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 6.11.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Punkt 2) Wahl eines Mitgliedes für den Wohnungsausschuss (Flüchtling).

Der Bürgermeister teilt mit, dass in der letzten Ratssitzung am 2.10.47 aus Flüchtlingskreisen angeregt wurde, einen Flüchtling in den Wohnungsausschuss mit hineinzunehmen. Von dem vorläufigen Flüchtlingsausschuss und den Parteien sind folgende Vorschläge eingebracht worden:

- | | | |
|-----|----------------------------------|------------------------------------------|
| 1.) | Karl Dobe, Holmerstr. 1 | } Vorschläge des Flüchtlingsausschusses. |
| 2.) | Heinrich Renner, Bismarckstr.20 | |
| 3.) | Erich Leon, Hafenstr.10 | - Vorschlag der CDU - |
| 4.) | Richard Berg, Feldstr.62 | - Vorschlag der KPD - |
| 5.) | Felix Eichmann, Riessenerstr. 6 | - Vorschlag der FDP - |
| 6.) | Jakob Gillmann, Tinsdaler Weg 33 | - Vorschlag der SPD - |

Die Abstimmung erfolgt in geheimer Wahl.

Stimmergebnis:

12 Stimmen für Jakob Gillmann,
6 Stimmen für Felix Eichmann,
1 Stimme für Erich Leon.

Damit ist Herr Jakob Gillmann als Mitglied für den Wohnungsausschuss gewählt.

Punkt 3) Gründung einer Wohnungsbau-Gesellschaft.

Bürgermeister S c h a c h t weist darauf hin, dass die Wohnraumbeschaffung augenblicklich als die vordringlichste Aufgabe gilt. Mit 1,2 Millionen Flüchtlingen ist Schleswig-Holstein am stärksten überbevölkert. Wenn auch eine Umlagerung der Flüchtlinge in andere Länder vorgesehen ist, so bleibt doch die Aufgabe bestehen, Wohnraum für die Zurückgebliebenen zu schaffen. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat zugesagt, den Kreis Pinneberg im Wohnungsbau nach besten Kräften mit Material und auch finanziell zu unterstützen. Das Kreisbauamt in Pinneberg hat aus diesem Grunde Verhandlungen eingeleitet, die dazu führten, aus Hamburg 300.000 cbm Trümmer für den Kreis Pinneberg freizumachen. Innerhalb von zwei Jahren sollen diese Trümmer abgebaut werden. 800 Wohnungen sind damit zu erstellen. Als Bauweise schlägt das Kreisbauamt ein Verfahren mittels einer Stahlschalung vor, nach der sich aber nur Gruppenhäuser für den Bau von Wohnungen eignen. Geplant sind 2 1/2 Zimmer-Wohnungen mit 47,5 qm Wohnraum zuzüglich Badezimmern und Besenkammer mit 5 qm. Die Stadt Wedel ist in dieses Programm mit einbezogen. Nach Verhandlungen mit der Landesregierung hat es sich herausgestellt, dass die örtlichen Siedlungen und Wohnungsgenossenschaften aus finanziellen und technischen Erwägungen nicht in der Lage sein werden,

dies

dies gross angelegte Wohnungsbauprogramm so hinreichend zu fördern, dass auch tatsächlich in schnellster Zeit Wohnungen geschaffen werden. Die Landesregierung hat deshalb vorgeschlagen, Kreiswohnungsgesellschaften ins Leben zu rufen, die in ihrem Bezirk die örtlichen Aufgaben übernehmen. Die Mittel zur Finanzierung zum Wohnungsbau sollen für die 1. und 2. Hypothek durch die Sparkassen und der Rest durch Subventionen bereitgestellt werden. Inzwischen hat die Landesregierung mitgeteilt, dass sie bereit ist, den grössten Teil der Subventionen von sich aus zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich hier um die 20 - 25% Kapital, die eigentlich durch die Wohnungsbaugesellschaft aufzubringen wären.

In einer vom Landrat in Pinneberg einberufenen Sitzung am 3.2.48, zu der die Städte und die grösseren Gemeinden des Kreises Pinneberg eingeladen waren, wurde die Initiative des Kreises begrüsst und beschlossen, eine Kreiswohnungsbau-Gesellschaft mit dem Sitz in Pinneberg zu gründen. In der gleichen Sitzung wurde einem Ausschuss die Fassung eines Gesellschaftsvertrages übertragen, der bereits im Entwurf hier vorliegt. Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung vom 12.2.48 sich mit der Angelegenheit beschäftigt und empfiehlt der Ratsversammlung den Beitritt zu dieser Kreiswohnungsbau-Gesellschaft mit 6 Anteilen von je 500.-- RM.

Der Bürgermeister verliest sodann noch den Entwurf der vorgesehenen Satzung der Gesellschaft.

Er betont weiter, dass keinesfalls daran gedacht ist, den Eigenheimbau oder den Kleinwohnungsbau hinten an zu stellen. Die Landesregierung sei sich darüber im klaren, dass einstweilen nur Gruppenhäuser gebaut werden, um Zement zu sparen und die Lohnkosten, die bei einem solchen Bauvorhaben anfallen, ausserst niedrig zu halten, weil der Bau dieser Wohnblocks durch Einsatz grösster Maschinen erfolgt. Ein solches Unternehmen in Wedel wird nach den heutigen Baukosten rund 2 Millionen Reichsmark kosten.

Stadtrat G l i s m a n n gibt im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Beitritt.

Ratsherr L e s s h a f t fragt an, ob der Betrag von 2 Millionen Mark ein kalkulierter oder ein geschätzter Betrag ist.

Der Bürgermeister erwidert hierauf, dass es sich um einen geschätzten Betrag handelt.

Der Bürgermeister teilt ergänzend mit, dass, bevor der Gedanke aufgetaucht sei, eine Kreiswohnungsbaugesellschaft zu gründen, die Stadt sich nach einem Träger umgesehen und einen solchen in der Versicherungsgesellschaft Iduna-Germania gefunden hat. Die Iduna-Germania-Versicherungsgesellschaft ist bereit, dieses Unternehmen voll zu finanzieren, also Landerwerbs-Aufschliessungskosten usw. zu übernehmen. 60 Wohnungen sollen dem Wohnungsamt zur Verfügung gestellt werden. Der Kreis und auch die Stadt Wedel haben der Iduna zugestanden, dass die 10 Wohnungen für auswärtige Mieter verwenden darf. 30 Wohnungen sollen Angestellte der Iduna, die bereits in Wedel und Hamburg wohnen, erhalten.

Anschliessend gibt Stadtdirektor G a u noch nähere Erläuterungen.

Stadtrat B e e r b a u m fragt an, ob die Arbeiten öffentlich ausgeschrieben, oder bestimmte Bauinteressenten protegiert werden.
Der

Der Bürgermeister erwidert hierauf, dass der Baukörper unter 4 Firmen, die über Grossgeräte verfügen, ausgeschrieben wird. Bei der Innenausstattung sollen nach Möglichkeit unsere einheimischen Gewerbetreibenden berücksichtigt werden.

Stellvertr. Bürgermeister B a l k e erklärt im Namen seiner Fraktion den Beitritt zu der Kreiswohnungsbaugesellschaft. Auch die Stadträte Matthiessen (CDU) und Beerbaum (KPD) sind mit dem Beitritt einverstanden.

Die Abstimmung über den Antrag ergibt einstimmige Annahme.

Zur Mitunterzeichnung des Gesellschaftervertrages wird Ratsherr L e s a h a f t vorgeschlagen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Punkt 4) Flüchtlingsnotgesetz.

Bürgermeister Schacht teilt mit, dass der Schleswig-Holsteinsche Landtag am 27.11.47 ein Gesetz zur Behebung der Flüchtlingsnot verabschiedet hat. Es wurde bei der Verabschiedung angekündigt, dass die Ausführungsbestimmungen in Kürze folgen sollten. Dieses Gesetz besagt nach § 12, dass Flüchtlingsausschüsse in den Gemeinden zu bilden sind. Die Wahl und Zusammensetzung bestimmt sich nach den Vorschriften des Kreis- und Gemeindeverfassungsrechtes. Mindestens die Hälfte der Mitglieder muss sich aus Flüchtlingen zusammensetzen. Der Vorsitzende hat in der Regel Flüchtling zu sein. Dieser Flüchtlingsausschuss hat die Aufgabe, die kommunalen Dienststellen in allen Flüchtlingsfragen zu beraten und eine ständige Verbindung und ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Behörden herzustellen.

Der Flüchtlingsausschuss hat in allen Flüchtlingsangelegenheiten Hilfesuche der Bevölkerung entgegenzunehmen und falls diese durch die Gemeinde keine Erledigung finden, dem Flüchtlingsausschuss des Kreises zuzuleiten. Weiter sind die Gemeinden gehalten, sogenannte Schlichtungsstellen einzurichten, die sich mit der gütlichen Beilegung von privaten Streitigkeiten, welche die Unterbringung, Ausstattung und Versorgung von Flüchtlingen zum Gegenstand haben, beschäftigen. Inzwischen hat das Kreisflüchtlingsamt in Pinneberg den Gemeinden mitgeteilt, dass die Arbeit der Flüchtlingsausschüsse mit dem 1.3.48 beginnen soll. Zu diesem Zweck ist die Bildung der Flüchtlingsausschüsse vorzubereiten. Ausserdem ist auf Grund des § 11 auf Vorschlag dieses Flüchtlingsausschusses ein Beauftragter für das Flüchtlingswesen zu bestellen. Auch diese Bestellung ist bis spätestens 29.2.48 durchzuführen, ebenso die Bildung von Schlichtungsstellen. Nach einer fernmündlichen Auskunft des Kreis-Flüchtlingsamtes in Pinneberg soll sich der Flüchtlingsausschuss zahlenmässig den anderen bestehenden Ausschüssen anpassen. Das würde für Wedel bedeuten, dass der Flüchtlingsausschuss 8 - 11 Personen umfassen soll. Am 4.12.47 haben die Flüchtlinge bereits eine Versammlung abgehalten und einen vorbereitenden Ausschuss gebildet, der aus nachfolgenden Personen besteht:

Vorsitzender	Werner Skrodzki,
Mitglieder	Karl Dobe,
	Heinz Kuhn,
	Jakob Gillmann,
	Waldemar Weiss,
	Anna Mattekatz,
	Hans Lehmann,
	Heinrich Renner.

Nach

Nach § 12 des Flüchtlingsnotgesetzes sollen auch Einheimische in diesem Ausschuss vertreten sein. Um die Arbeitsfähigkeit dieses Ausschusses nicht zu gefährden, schlägt der Hauptausschuss vor, den Flüchtlingsausschuss aus 8 Personen, und zwar aus 4 Flüchtlingen und 4 Einheimischen zu bilden. Weiter wird angeregt, den von den Flüchtlingen bereits gemachten Vorschlag erst dann zu akzeptieren, wenn in einer ausserordentlichen Ratssitzung, an der die Flüchtlinge als Hörer teilnehmen können, alle Punkte des Gesetzes zur Behebung der Flüchtlingsnot besprochen worden sind. Hier sollen auch die Vorschläge entgegengenommen werden und hier soll auch die Wahl für den Flüchtlingsausschuss erfolgen.

Bürgermeister Schacht führt weiter aus, dass nach der Ortsatzung die Einberufung einer ausserordentlichen Ratssitzung auf Schwierigkeiten stösst, da jede Ratssitzung öffentlich sein muss und bei dieser Ratssitzung ein Teil der Öffentlichkeit, nämlich die Einheimischen ausgeschlossen würde. Es wird deshalb vorgeschlagen, dem Wunsch der Flüchtlinge, der Rat möge eine Flüchtlingsversammlung einberufen, zuzustimmen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Es wird vereinbart, die Flüchtlingsversammlung am Montag, dem 23.2.48, 20 Uhr, in Köhlers Gasthof abzuhalten.

An diese Ausführungen des Bürgermeisters schliesst sich eine längere Debatte. Es wird für zweckmässig gehalten, dass ausser einzelnen Ratsherren auch einheimische Bürger im Ausschuss vertreten sind. Die Gemeindevertretung erzielt Einigung darüber, schon heute die Vorschläge der Parteien entgegenzunehmen und darüber abzustimmen, nachdem man sich auf paritätische Zusammensetzung festgelegt hat.

Die Vertreter der SPD, KPD und CDU sind sofort in der Lage, ihre Vorschläge zu nennen und erklären sich damit einverstanden, dass die FDP ihren Vorschlag nachträglich der Stadtverwaltung bekannt gibt.

In den Ausschuss werden als Vertreter der SPD Ratsherr Kahl,
als Vertreter der CDU Stadtrat Matthiessen,
und als Vertreter der KPD Bürger Leo Janaki,
Schulstr.,

einstimmig gewählt.

Sodann teilt Bürgermeister Schacht mit, dass in einer Besprechung mit dem vorläufigen Flüchtlingsausschuss erklärt wurde, dass es der Wunsch der Flüchtlinge sei, in den bestehenden Ausschüssen des Rates vertreten zu sein.

Die Gemeindevertretung ist sich einig darüber, dass aus Gründen der bestehenden Ortsatzung nur eine Beteiligung mit beratender Stimme möglich ist. Alle Ratsherren sind damit einverstanden, dass den Flüchtlingen in diesem Punkt entgegen gekommen werden kann.

Punkt 5) Umbenennung von Strassennamen.

Bürgermeister Schacht erklärt zu dem Antrag der KPD vom 2.10.47, dass sich der Hauptausschuss zweimal mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat. In der letzten Hauptausschusssitzung vom 20.10.47 wurde beschlossen, die auf Grund der Beratungen eingegangenen Anträge der KPD, CDU und SPD, der Stadtvertretung wieder zur Beschlussfassung vorzulegen.
Es stehen demnach folgende Anträge zur Diskussion:

KPD:

Hindenburgstr.	in Rudolf Breitscheidstr.
Bismarckstr.	in Ernst Thälmannstr.
Moltkestr.	in Geschwister Schollstr.
Mühlenweg	in Ernst Barlachstr.
Rathausplatz	in Friedrich Ebert-Platz.

CDU

CDU:

Gegen die Benennung von Strassen mit den Namen

Rudolf Breitscheid
Ernst Thälmann
und Geschwister Scholl

bestehen keine Bedenken, jedoch wird empfohlen, hierfür nicht die Hindenburgstr., Bismarckstr. und Moltkestr. zu nehmen, sondern diese Strassen in der alten Bezeichnung stehen zu lassen. Gegen die Umbenennung von Mühlenweg und Rathausplatz werden keine Bedenken erhoben.

SPD:

Hindenburgstr.	in Mozartstr.
Bismarckstr.	in Goethestr.
Blücherstr.	in Beethovenstr.
Moltkestr.	in Pestalozzistr.
Apenraderstr.	in Molkenbührstr.
Haderslebenstr.	in Ernst Thälmannstr.
Tondernstr.	in August Bebelstr.
Nordschleswigstr.	in Rudolf Breitscheidstr.
Alsenstr.	in Geschwister Schollstr.
1. Bäckerstr.	in Ernst Barlachstr.
1. Hörnstr.	in Rudolf Höcknerstr.

Weiter macht der Bürgermeister darauf aufmerksam, dass ein weiterer Antrag der Stadtverwaltung vorliegt, die neuen Strassen des Reiterplatzgeländes und am Moorweg wie folgt zu bezeichnen: Grüner Born, Bickkamp und Kleinsiederweg.

Der Schleswig-Holsteinische Städteverein macht seine Mitglieder darauf aufmerksam, im Interesse der praktischen alphabetischen Anordnung in Einwohnerverzeichnissen bei der Abfassung von Strassenamen die Vornamen und Titel von Persönlichkeiten fortfallen zu lassen.

Auch dieses nehmen die Ratsherren zur Kenntnis.

In der darauf einsetzenden Debatte, an der sich die Ratsherren Lesehaft, Mahlow, die Stadträte Beerbaum, Matthiessen und Kuhlmann beteiligen, wird das Für und Wider der eingebrachten Anträge hinreichend diskutiert. Der KPD-Vertreter Beerbaum zieht den Antrag der KPD zu Gunsten des Vorschlages der SPD zurück. Der Vertreter der CDU begründete den bereits vorliegenden Vorschlag und bet. die Stadtvertretung, sich für seinen Vorschlag zu entscheiden.

Der Vertreter der SPD plädierte für den Vorschlag der SPD mit der Bitte, diesen Vorschlag abzuändern, und zwar:

✓ Bismarckstr.	in Mozartstr.
✓ Hindenburgstr.	in Goethestr.
✓ Blücherstr.	in Beethovenstr.
✓ Moltkestr.	in Pestalozzistr.
✓ Apenraderstr.	in Molkenbührstr.
✓ Haderslebenstr.	in Theodor Naubachstr.
✓ Tondernstr.	in Ernst Thälmannstr.
✓ Nordschleswigstr.	in Rudolf Breitscheidstr.
✓ Alsenstr.	in Geschwister Schollstr.
✓ 1. Bäckerstr.	in Ernst Barlachstr.
✓ 1. Hörnstr.	in Rudolf Höcknerstr.

Die Bezeichnung "August Bebelstr." bleibt einer späteren Strassenbenennung vorbehalten.

Stadtrat

Stadtrat Matthiessen bittet am Schluss seiner Ausführungen, die Angelegenheit der Strassenbenennung zu vertagen.

Ratsherr Ansorge beantragt Schluss der Debatte.

Hierauf erfolgte ein Einspruch des stellv. Bürgermeisters Balke, der erklärt, dass Stadtrat Ramcke sich vorher zu Wort gemeldet habe.

Der Bürgermeister verneint dieses. Er lässt über den Antrag Ansorge auf Schluss der Debatte abstimmen.

Die Mehrheit der Stadtvertretung entscheidet sich für Schluss der Debatte.

Stadtrat Ramcke beantragt zur Geschäftsordnung, namentliche Abstimmung.

Stellv. Bürgermeister Balke erklärt namens seiner Fraktion, die Wortentziehung des Stadtrats Ramcke sei eine Vergewaltigung.

Bürgermeister Schacht besteht auf Schluss der Debatte auf Grund der Geschäftsordnung, da nach der Rednerliste der Ratsherr Ansorge sich vorher zu Wort gemeldet habe.

Es stehen folgende Anträge zur Abstimmung:

- 1.) Antrag des Stadtrates Matthiessen auf Vertagung,
- 2.) Antrag des Stadtrates Matthiessen, über jede einzelne Strasse abzustimmen,
- 3.) der abgeänderte Antrag der SPD.

Zu dem Antrage des Stadtrates Matthiessen auf Vertagung, erklärt der Bürgermeister, dass nach § 9 Abs. 13 der Geschäftsordnung der Rolandstadt Wedel eine zweimalige Vertagung nicht vorgesehen ist.

Damit ist der Antrag Matthiessen erledigt.

Der 2. Antrag des Stadtrates Matthiessen, über jede einzelne Strasse abzustimmen, wird von der Stadtvertretung abgelehnt. Dafür entscheidet sich nur 1 Stimme.

Jetzt steht der abgeänderte Antrag der SPD zur Abstimmung. Der Bürgermeister befragt jeden Stadtrat und Ratsherrn, ob er mit dem Vorschlag der SPD einverstanden ist.

Die namentliche Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

Ansorge:	ja
H. Ramcke:	ja
H. Schacht jr.:	ja
Kuhlmann:	ja
Eydeler, Helmar:	ja
Eydeler, Paul:	ja
Glismann:	ja
Heiseke:	ja
Kahl:	ja
Beerbaum:	ja
Mahlow:	ja

Kleinwort:	nein
Balke:	nein
Heinsohn:	nein
C. Ramcke:	nein
Westedt:	nein
Lesshaft:	nein
Matthiessen:	nein

Bürgermeister Schacht: ja

Es wurde mit "Ja" gestimmt 12 x, mit "Nein" 7 x.

Damit ist der Antrag der SPD angenommen.

Punkt 1)

Punkt 1) Verlesung von Protokollen verschiedener Hauptausschuss- und Finanzausschusssitzungen.

a) Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 20.10.47.

Dem Punkt 1a) - Stelle des Stadtoberinspektors - versagt stellvertr. Bürgermeister Balke seine Zustimmung. Im übrigen wird das Protokoll einstimmig angenommen.

b) Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 3.11.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

c) Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses vom 9.10.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

d) Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.11.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

e) Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 3.12.47.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

f) Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 11.12.47.

Ratsherr Lesshaft beantragt Streichung des Punktes 4i) "Einholung von graphologischen Gutachten" und erklärt hierzu folgendes:

Ich bin damit einverstanden, dass ein graphologisches Gutachten für die leitenden Angestellten und Beamten bei ihrer Einstellung eingeholt wird, wenn zu diesem Gutachten auch ein Gutachten einer Kartenlegerin hinzugezogen wird.

Bürgermeister Schacht lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Antrag wird gegen die Stimme des Ratsherrn Lesshaft ~~einstimmig~~ abgelehnt.

Damit ist das Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 11.12.47 ~~einstimmig~~ angenommen.

g) Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses vom 29.12.47.

Stellvertr. Bürgermeister Balke lehnt die Bereitstellung von RM. 4.900.-- für den Friedrich Ebert-Gedenkstein ab.

Im übrigen wird das Protokoll gegen die Stimme des stellvertr. Bürgermeisters Balke angenommen.

h) Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 15.1.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

i) Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 12.2.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Punkt 6) Verschiedenes.

a) Sicherheitsmassnahmen in den Randgebieten.

Stadtrat Glismann schildert die Unsicherheit in den Randgebieten der Stadt, hervorgerufen durch die zahlreichen Einbrüche, die die Bevölkerung Nacht für Nacht beunruhigen. Nach kurzer Debatte stellt Stadtrat Glismann den Antrag, die Verwaltung möge einen Aufruf betr. Einrichtung eines freiwilligen Sicherheitsdienstes erlassen. Die Polizei organisiert und kontrolliert diesen Sicherheitsdienst und die Verwaltung versieht diesen mit den notwendigen

Geräten wie Taschenlampen, Batterien usw. Ratsherr Ansorge sowie Stadtrat Beerbaum stellen fest, dass die Polizei vollkommen versagt habe. Der Antrag des Stadtrats Glismann wird sodann in folgender Fassung einstimmig angenommen: Die Verwaltung hat schnellstens einen örtlichen Selbstschutz der Bevölkerung zu organisieren und hierfür eine Ordnung zu erlassen.

b) Nothilfegesetz.

Der Bürgermeister verliest das Wichtigste über das neue Nothilfegesetz (Speisekammergesetz). Dem bestehenden 7-köpfigen Erfassungsausschuss werden alle Kontrollmassnahmen, die sich aus dem Gesetz ergeben, übertragen.

c) Torferdebestellungen.

Der Bürgermeister macht bekannt, dass jetzt wieder Bestellungen auf Torferde bei allen Kohlenhändlern in Wedel einschl. der Firma Heinrich Ohle aufgegeben werden können.

d) Beschaffenheit der Strassen.

Ratsherr Westedt weist auf den schlechten Zustand der Strassen hin und bittet Abhilfe zu schaffen.

Stadtdirektor Gau erklärt hierzu, dass sich bereits der Hauptausschuss hiermit beschäftigt hat und vorgeschlagen wurde, einen Strasseninstandsetzungsplan vorzubereiten, wodurch die Strassen in eine Rangliste hineinkommen.

e) Beschaffung eines Treckers für das Bauamt.

Stadtrat Glismann stellt folgenden Antrag:

"Die Verwaltung möge Schritte einleiten, ob es nicht möglich ist, einen Trecker und zwei Kippanhänger zur freien Verfügung des Bauamtes zu beschaffen."

Ratsherr
Ansorge un-
terstützt
diesen An-
trag.

Stadtdirektor Gau weist darauf hin, dass ein solches Fahrzeug mindestens 60.000.-- RM. kosten würde und ausserdem damit zu rechnen ist, dass das Strassenverkehrsamt über den Einsatz bestimmt, sodass Wedel wahrscheinlich wenig Nutzen davon hätte.

Nach Schluss der Debatte wird die Stadtverwaltung beauftragt, beim Strassenverkehrsamt wegen eines Treckers Nachfrage zu halten unter dem Hinweis, bei Entziehung der Lizenz für Bobsien diese der Stadtverwaltung Wedel zu übertragen.

Bürgermeister Schacht schliesst die Sitzung um 23,00 Uhr.

Vorsitzender:
ges. Schacht
Bürgermeister

ges. Herbert Ramcke
Ratsherr

ges. Heinsohn
Stadtrat

ges. Gau
Stadtdirektor

ges. Schüttküker
Stadtssekretär als
Protokollführerin.

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung
vom 22. April 1948.

pp.

Punkt 1) Verlesung des Protokolls der Ratssitzung vom 19.2.48.

Stellv. Bürgermeister Balke bittet, auf die Verlesung von Protokollen der Rats- und Hauptausschusssitzungen heute und zukünftig zu verzichten. Er schlägt vor, folgenden Nacheatz zu § 12 der Geschäftsordnung der Stadtvertretung der Rolandstadt Westd. vom 14.3.46 in der Fassung vom 9.5.1946 aufzunehmen:

„Der Bürgermeister legt nach Eröffnung der Sitzung das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung zur Bestätigung vor und fragt, ob gegen das Protokoll Einwendungen erhoben werden. Die Richtigkeit des Protokolls wird durch einfache Mehrheit der anwesenden Ratsherren anerkannt. Für die Ausschussprotokolle gilt Vorstehendes sinngemäß.“

Diese Anregung erhebt er zum Antrag.

Auf die Verlesung der Protokolle vergangener Ratssitzungen zu verzichten, stimmt Stadtrat Brauns zu. Er bittet jedoch, die wichtigsten Punkte der Hauptausschussprotokolle, die von allgemeinem Interesse sind, weiterhin zur Verlesung zu bringen.

Da dieser Antrag der weitergehende ist, wird hierüber abgestimmt.

Ratsherr Westedt schlägt ergänzend vor, dass künftig vom Hauptausschuss bestimmt wird, welche Dinge verlesen werden sollen.

Danach wird der Antrag des Stadtrats Brauns einstimmig angenommen.

Auf die Verlesung des Protokolls der letzten Ratssitzung wird somit heute und in Zukunft verzichtet.

2a) pp.

F.d.R.

Klein Schäfer
Stadtsekretär

Verfig.

1.) Auszug für Abt. I,1 fertigen zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. *(Mittwoch, 23.4.48)*

2.) L.d.A.

W., d. 25.4.48
D. St. Dir.

Klein

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung
vom 22. April 1948.

PP.

Punkt 1) Verlesung des Protokolls der Ratssitzung vom 19.2.48.

Stellv. Bürgermeister Balke bittet, auf die Verlesung von Protokollen der Rats- und Hauptausschusssitzungen heute und zukünftig zu verzichten. Er schlägt vor, folgenden Nachsatz zu § 12 der Geschäftsordnung der Stadtvertretung der Rolandstadt Wedel vom 14.3.46 in der Fassung vom 9.5.1946 aufzunehmen:

"Der Bürgermeister legt nach Eröffnung der Sitzung das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung zur Bestätigung vor und fragt, ob gegen das Protokoll Einwendungen erhoben werden. Die Richtigkeit des Protokolls wird durch einfache Mehrheit der anwesenden Ratsherren anerkannt. Für die Ausschussprotokolle gilt Vorstehendes sinngemäss.

Diese Anregung erhebt er zum Antrag.

Auf die Verlesung der Protokolle vergangener Ratssitzungen zu verzichten, stimmt Stadtrat Brauns zu. Er bittet jedoch, die wichtigsten Punkte der Hauptausschussprotokolle, die von allgemeinem Interesse sind, weiterhin zur Verlesung zu bringen.

Da dieser Antrag der weitergehende ist, wird hierüber abgestimmt.

Ratsherr Westedt schlägt ergänzend vor, dass künftig vom Hauptausschuss bestimmt wird, welche Dinge verlesen werden sollen.

Danach wird der Antrag des Stadtrats Brauns einstimmig angenommen.

Auf die Verlesung des Protokolls der letzten Ratssitzung wird somit heute und in Zukunft verzichtet.

2a) PP.

F.d.R.

H. Schärer

Stadtsekretär

Verfig.

1.) Auszug für Abt. I,1 fertigen zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. *(Mehrfach abfertigen auftragen)* *ms*

2.) Z.d.A.

W., d. 25.4.48
D. St. Dir.

ms *ms*

Nach Klärung der Ursache wird
Die Stadtverwaltung wird beauftragt, beim Strassenverkehrsamt
wegen eines Treckers Nachfrage zu halten unter dem Hinweis,
bei Entziehung der Lizenz für Bobeilen diese der Stadtverwaltung
Wedel zu übertragen.

Bürgermeister Schacht schliesst die Sitzung um 23,00 Uhr.

Vorsitzender:

Schacht

Bürgermeister

Paul Rabe
Rathherr

Gleinsohn
Stadtrat

G.
.....
Stadtdirektor

W. Müller
.....
Stadtsekretär als
Protokollführerin

Verfg.

1.) Absätze fertigen und nachstehend aufgeführten Dienststellen zur Erledigung zuleiten:

Pkt. 1 aa)	Abt. I,1
Pkt. 1 bb)	" I,1
Pkt. 2)	" I,1
Pkt. 3)	" V
Pkt. 4)	" I,1
Pkt. 5)	" V
Pkt. 1) a, b, d, e,	
f)	" I,1
Pkt. 1) c, g, h, i,	" II,1
Pkt. 6) a) u. b)	" III
Pkt. 6) c)	" II,0
Pkt. 6) d)	" V
Pkt. 6) e)	" I,1

2.) Karteikarten anlegen zwecks Überwachung der einzelnen Dienststellen auf Durchführung der gefassten Beschlüsse.

3.) I.d.A.

Wedal, den 23.2.48.

D. St. Dir.



Umlaufbeschluss.

Antrag der Stadtverwaltung:

Einrichtung von Gerichts- und Sprechtagen des Amtsgerichts Uetersen in Wedel.

Der Hauptausschuss, welcher sich in seiner letzten Sitzung am 8.3.48 mit obiger Angelegenheit beschäftigt hat, empfiehlt der Stadtvertretung, nachstehenden Antrag seine Zustimmung zu geben:

B e s c h l u s s .

Die unglückliche gerichtsorganisatorische Zuteilung von Wedel zum Amtsgericht Uetersen war bis zum Kriege noch halbwegs erträglich, weil damals eine dreimalige Autobusverbindung zwischen Wedel und Uetersen bestand. Diese Verbindung ist fortgefallen und wird nach vergeblichen Versuchen der Stadt in absehbarer Zeit nicht wieder eingerichtet werden können. Es hat sich im Laufe der Zeit öfters ergeben, dass wegen dieses Verkehrsmangel ortsnässige Bürger nicht in der Lage waren, zu den vom Amtsgericht Uetersen festgesetzten Terminen fristgemäß zu erscheinen. Auch ist zu berücksichtigen, dass dieser Umweg über Altona mit der Reichsbahn zu erheblichen Zeitverlusten für die Gerichtsbesucher führen muss.

Es wird bei dieser Gelegenheit auf die wiederholten Versuche der Stadt und des Anwalts Dr. Gröhn verwiesen, welche immer wieder auf den unhaltbaren Zustand, der sich aus den unerquicklichen Verkehrsverhältnissen ergeben hat, hingewiesen haben. Die Bevölkerung der Stadt Wedel, in deren Auftrag wir sprechen, bittet deshalb, von Amts wegen darauf hinzuwirken, dass zukünftig

1. einmal im Monat ein Gerichtstag zwecks Wahrnehmung von Straf- und Zivilsitzungen im Sitzungssaal des Rathauses Wedel abgehalten wird,
2. dass alle 14 Tage ein Sprechtag für rechtsuchendes Publikum eingerichtet wird.

Wedel/Holst., den 17. März 1948

Bürgermeister

Stellvertr. Bürgermeister	Ratscherr
Ratscherr	Ratscherr
Stadtrat	Stadtrat
Ratscherr	Ratscherr
Ratscherr	Stadtrat
Ratscherr	Stadtrat
Stadtrat	Ratscherr
Stadtrat	Ratscherr
Stadtrat	Stadtrat
Ratscherr	Ratscherr

1234

10. (23.) Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
Wedel am Donnerstag, den 22. April 1948, 19 Uhr,
in Rathaus - Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister Schacht
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Bearbaum, Brauns, Behrens, Sydeler Paul, Glicmann,
Heinsch, Heiseke, Kahl, Kleinwort, Kuhlmann, Lenschaff, Rasche Carl,
Rasche Herbert, Schacht jr., Westedt, Mahlow.

Stadtdirektor Gau

Schulenburg, Schüttkötter und Hirsch
als Protokollführerinnen.

22 Zuhörer

Stadtrat Mathiesen fehlt entschuldigt.
Hatscherr Holmar Sydeler erscheint später.

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls der Ratssitzung vom 19.2.48.
2. Verlesung von Protokollen verschiedener Hauptausschusssitzungen.
3. Stat-Rede des Bürgermeisters Schacht.
4. Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses über den Haushaltsplan 1948.
5. Haushaltsatzung für das Rechnungsjahr 1948.
6. Wahl eines Ersatzmitgliedes für Frau Edith Schröder für den Wohlfahrtsausschuss.
7. Bestätigung der beratenden Mitglieder der Ausschüsse der Gemeindevertretung.
8. Vorlage einer Satzung der Zentrale für Aufbau und Wirtschaftsförderung der Rolandstadt Wedel (ZAW).
9. Antrag der SPD-Fraktion auf Teilung des Kultur-, Sport- und Jugendausschusses.
10. Antrag der SPD-Fraktion auf Erlass einer Ortsatzung für die Müllabfuhr.
11. Umbenennung der Strasse Spargelkamp in Friedrich Ebert-Strasse.
12. Die neue Deutsche Gemeindeordnung.
13. Verschiedenes.
14. Mitteilungen.

Bürgermeister Schacht eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister darauf hin, dass die von der Verwaltung in Umlauf gegebene D.S.O. bisher nicht zurückgegeben worden ist. Er bittet dringend um Weiterleitung. Des weiteren bittet der Bürgermeister alle Ratsmitglieder, die bestellten Absätze der Photographien heute abend in Empfang zu nehmen.

Punkt 1) Verlesung des Protokolls der Ratssitzung vom 19.2.48.

Stellv. Bürgermeister Balke bittet, auf die Verlesung von Protokollen der Rats- und Hauptausschusssitzungen heute und zukünftig zu verzichten. Er schlägt vor, folgenden Nachsatz zu § 12 der

Geschäftsordnung

Geschäftsordnung der Stadtvertretung der Rolandstadt Wedel vom 14.3.46 in der Fassung vom 9.5.1946 aufzunehmen:

"Der Bürgermeister legt nach Eröffnung der Sitzung das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung zur Bestätigung vor und fragt, ob gegen das Protokoll Einwendungen erhoben werden. Die Richtigkeit des Protokolls wird durch einfache Mehrheit der anwesenden Ratsherren anerkannt. Für die Ausschussprotokolle gilt Vorstehendes sinngemäß."

Diese Anregung erhebt er zum Antrag.

Auf die Verlesung der Protokolle vorangegangener Ratsitzungen zu verzichten, stimmt Stadtrat Brauns zu. Er bittet jedoch, die wichtigsten Punkte der Hauptausschussprotokolle, die von allgemeinem Interesse sind, weiterhin zur Verlesung zu bringen.

Da dieser Antrag der weitergehende ist, wird hierüber abgestimmt.

Ratsherr Westedt schlägt ergänzend vor, dass künftig vom Hauptausschuss bestimmt wird, welche Dinge verlesen werden sollen. Danach wird der Antrag des Stadtrats Brauns einstimmig angenommen.

Auf die Verlesung des Protokolle der letzten Ratsitzung wird somit heute und in Zukunft verzichtet.

Punkt 2) Verlesung von Protokollen verschiedener Hauptausschusssitzungen.

a) Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 8.3.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

b) Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 24.3.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

c) Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 5.4.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

d) Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 12.4.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

e) Protokoll der Finanzausschusssitzung vom 23.3.48.

Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass der Finanzausschuss die Vorberatung für den neuen Etat bereits abgeschlossen hat. Er fragt die Stadtvertretung, ob auf die Verlesung des Protokolls nicht verzichtet werden kann, da alle Mitglieder des Finanzausschusses den Bericht erhalten haben und in übrigen zu Punkt 4) der Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses entgegengenommen wird, der alle wichtigen Punkte des Haushalts nochmals streift.

Hiermit erklären sich die Ratsmitglieder einverstanden.

Im Anschluss hieran verliest der Bürgermeister einen Auszug aus dem Protokoll der Wohnungsausschusssitzung vom 15.4.48 über die katastrophale Wohnraumlage in Wedel. Auf Grund dieser Tatsache beschloss der Wohnungsausschuss, dem Rat der Stadt Wedel zu empfehlen, einen Aufruf an die Bevölkerung der Stadt Wedel zu erlassen, in dem darauf hingewiesen wird,

dass

dass eine wahllose Aufnahme von Verwandten aus der Gegend zu einer Katastrophe in der Wohnungswirtschaft führen muss. In dem Aufruf soll die Warnung enthalten sein, dass in Zukunft illegale Grenzgänger in Wedel nicht mehr aufgenommen werden und keine Lebensmittelekarten erhalten.

Hierüber entspinnt sich eine lebhafte Debatte, an der sich die Stadträte Kuhlmann, Brauns, Beerbaum, Heiseke und Ratscherr Westedt beteiligen.

Stadtdirektor Gau äussert Bedenken gegen den Erlass des vorgeschlagenen Aufrufes. Er bittet den Rat, einen derartigen Beschluss nicht zu fassen, weil nach seiner Meinung ein solcher Aufruf als Verletzung des Menschenrechtes ausgelegt werden könnte. Er weist darauf hin, dass die Praxis anders aussieht als die Theorie. Der Bürgermeister erklärt, dass es nicht erforderlich ist, über diese Angelegenheit Beschlüsse zu fassen. In Zusammenarbeit zwischen Stadtdirektor und Bürgermeister soll ein Weg gefunden werden, jeden Bürger auf die katastrophale Wohnsituation in Wedel hinzuweisen. Es soll besonders davor gewarnt werden, Verwandte nach Wedel zu holen.

Alsdann verliest der Bürgermeister die von Wohnungsausschuss in der Sitzung am 15.4.48 beschlossenen Richtlinien für Zuweisung von Wohnraum.

Die Ratsmitglieder nehmen hiervon Kenntnis.

Punkt 3) Stat-Bede des Bürgermeisters S c h a c h t .

Zum ersten Male gibt Bürgermeister S c h a c h t den Ratsherren einen umfassenden Bericht über die Auswirkungen des verflochtenen sowie des laufenden Stats. Er sagt unter anderem, dass der Rat der Stadt den Bürgern volle Offenheit schuldig sei. Der Rat habe wahrheitsgetreu zu berichten, denn das sei der Sinn jeder gesunden Selbstverwaltung. Er erklärt ferner, dass jeder Ratsherr das volle Gewicht seiner Verantwortung auch in finanziellen Dingen spürt und dass er bei jeder Abstimmung sich der Tatsache bewusst sei, dass Ausgaben, die bewilligt werden, von den Bürgern der Stadt getragen werden ~~zur~~ müssen. Weiter erklärt der Bürgermeister, dass es zukünftig ein guter Brauch der Stadtvertretung werden sollte, an der Spitze der Haushaltsberatung einen kommunalpolitischen Überblick zu geben. In diesem Überblick spricht der Bürgermeister von mehreren Entscheidungen der vergangenen Monate, besonders von dem beabsichtigten 100-Wohnungsbau, von der Mittelschulbaracke Bergstrasse, von den katastrophalen Zuständen der Seuchenbaracke und dem deshalb erforderlich werdenden Erweiterungsbau des Städt. Krankenhauses, von der Neugestaltung des Marktplatzes, von dem Wohnungsbau im besonderen und von der Möglichkeit des Wedeler Neuaufbaues. Weiter spricht er über das Erholungswerk für die Jugend, insbesondere über das Jugenderholungsheim Hörnum/Sylt des Pflanz-Städte-Verbands Finneberg e.V. Auch hofft der Bürgermeister, dass im kommenden Jahre die letzten Trümmer- und Schuttabladeplätze aus dem Stadtbild verschwinden. Er hofft, dass sich hierfür im Geiste des freiwilligen Einsatzes freiwillige Arbeiter zur Verfügung stellen werden. Er appelliert zum Schluss an die Ratsherren mit der Bitte, dass sie auch im kommenden Jahre mit ihrer Sicherheit an die Arbeit gehen mögen. Er erklärt, dass wir alle in einem Boot sitzen, dass sich in stürmischer See zu halten versucht. Jeder einzelne Innesse dieses Bootes wird das Schicksal des gesamten Bootes teilen müssen. Zum Schluss gibt er der Hoffnung Ausdruck, dass die Wedeler Stadtvertretung wie bisher das Vorbild einer disziplinierten Stadtvertretung sein möge, in der es wohl Meinungsverschiedenheiten gebe, bei der aber das Wohl der ganzen Bürgerschaft und der Wille zur sozialen Gerechtigkeit über alles stehen möge. Eine Debatte folgt nicht.

Punkt 4) Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses über den Haushaltsplan 1948.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses - Ratsherr Mahlow, gibt einen Bericht über das neue Rechnungsjahr, in dem die Grundgedanken jeder Finanzpolitik erläutert werden. Er erklärt, dass sich der Finanzausschuss mit den einzelnen Beratungen der einzelnen Haushaltsansätze eingehend befasst hat und dass die Beratungen ergeben haben, dass der ordentliche Haushalt mit 2.093,900,- RM und der ausserordentliche Haushalt mit 14.000,- auf der Einnahme- und Ausgabeseite abschliesst. Dann spricht er im einzelnen über die Einnahmen und Ausgaben und erklärt zum Schluss, dass auf die Dauer gesehen die Stadt Wedel den Haushalt nur dann ausgleichen kann, wenn es gelingt, die wirtschaftliche Grundlage durch Hinzuziehung und Aufbau einer krisenfesten Industrie zu sichern. Einsparungen können kaum gemacht werden. Eine weitere Balancierung des Stats wäre nur durch Steuererhöhungen möglich.

Bgm. Schacht fragt an, ob es erwünscht sei, dass grundsätzliche Erklärungen zum Haushaltsplan abgegeben werden. Dies ist nicht der Fall.

Stellv. Bgm. Balke erklärt, dass er keineswegs einer Steuererhöhung zustimmen würde. Es müssten dann eben Einsparungen ermöglicht werden.

Ratsherr Stadtrat Mahlow betont, dass auch er grundsätzlich gegen eine Steuererhöhung sei. Es wird aber kaum möglich sein, irgendwelche Abstreichungen zu machen, da es sich bei den Ausgaben fast ausschliesslich um zwangsläufige Ausgaben handle. Die kleinen 100 Mk-Beträge, die sich evtl. einsparen liessen, können nicht zum Ausgleich von 150.000 RM führen. Er selbst ist durchaus gegen eine Steuererhöhung, denn diese träfe ja alle Kreise der Bevölkerung. Er bittet jedoch, diese Frage erst dann zu erörtern, wenn sie akut würde.

Stadtrat Beerbaum erkundigt sich über die Höhe der persönlichen Verwaltungskosten.

Ratsherr Mahlow teilt mit, dass die persönlichen Verwaltungskosten sich etwas erhöht hätten, dieses sei aber nur dadurch gekommen, dass Kriegsteilnehmer aus der Gefangenschaft zurückgekehrt seien, die wieder eingestellt werden mussten. Es wird sehr viel von einem Personalabbau gesprochen. Wie sich dies nach der Währungsreform gestalten wird, bleibt abzuwarten.

Punkt 5) Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1948.

Bürgermeister Schacht verliest folgende Haushaltssatzung:

H a u s h a l t s s a t z u n g

der Gemeindeverwaltung der Rolandstadt Wedel für das Rechnungsjahr 1948.

Nach den §§ 83 ff. der Deutschen Gemeindeordnung in der Fassung der Verordnung Nr. 21 der Militärregierung wird auf Grund des Beschlusses der Stadtvertretung vom 22.4.1948 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1948 wird

im ordentlichen Haushalt	
in der Einnahme auf	2.093.900,- RM
in der Ausgabe auf	2.093.900,- RM
im ausserordentlichen Haushalt	
in der Einnahme auf	14.000,- RM
in der Ausgabe auf	14.000,- RM

festgesetzt.

§ 2

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Hebesatz 105 v.H.
 - b) für die übrigen Grundstücke Hebesatz 160 v.H.
2. Gewerbesteuer nach dem Ertrag und dem Kapital Hebesatz 220 v.H.

§ 3

Kassenkredite sind nicht aufzunehmen.

§ 4

Darlehen sind nicht aufzunehmen.

Wedel, den 22. April 1948

Im Auftrage des Rats der Rolandstadt Wedel

gez. Schacht
Bürgermeister

gez. Heinr. Westedt
Ratsmitglied

Danach wird das Protokoll der Finanzausschusssitzung einschl. der Haushaltssatzung einstimmig genehmigt.

Punkt 6) Wahl eines Ersatzmitgliedes für Frau Edith Schröder für den Wohlfahrtsausschuss.

Bürgermeister Schacht teilt mit, dass das Mitglied des Wohlfahrtsausschusses Frau Edith Schröder am 18.2.48 um ihre Entlassung gebeten und die sozialdemokratische Fraktion ihr Mitglied

Frau Ruth S a m t l e b e n ,
Wedel, Feldstr. 58

in Vorschlag gebracht hat.

Die Abstimmung über diesen Vorschlag ergibt einstimmige Annahme.

Punkt 7) Bestätigung der beratenden Mitglieder der Ausschüsse der Gemeindevertretung.

Der Bürgermeister erklärt, dass in der Sitzung des Hauptausschusses vom 8.3.48 beschlossen wurde, dass der Flüchtlingsausschuss je eine Person, die Flüchtling sein muss, als beratendes Mitglied in die Ausschüsse zu entsenden hat.

Der Flüchtlingsausschuss hat folgende Personen nominiert:

- Bauausschuss: Ernst-Günther Toop, Bahnhofstr. 18
Gesundheitsaussch.: Dr. Oberhoff, Th. Johannsenstr. 14
Wohlfahrtsaussch.: Anna Mattekatz, Feldstr. 4
Schulausschuss: Heinz Kuhn, Kronskamp 69
Stadtwerke-Aussch.: Waldemar Weiss, Vossnagen 34
Hauptausschuss: Werner Skrodzki, Hindenburgstr. 31
Feld- u. Forstaussch.: Karl Dobe, Holmerstr. 1
Kultur-, Sport- und
Jugendausschuss: Hanna Warncke, Hindenburgstr. 59
Wohnungsausschuss: Werner Renner, Bismarckstr. 20.

Stadtrat H e i s e k e erklärt, dass seine Fraktion die Auffassung vertritt, dass dieser Punkt von der Tagesordnung abzusetzen ist

ist, da sich durch die Ausführungsbestimmungen des Flüchtlingsnotgesetzes neue Momente ergeben haben. Der Bürgermeister schliesst sich dieser Ansicht an.
Nachdem einer kurzen Debatte, an der sich der stellvertr. Bürgermeister Balke, Ratsherr Ramcke, Stadtrat Brauns und Stadtdirektor Gau beteiligten, wird von Herrn Stadtrat Brauns auf den Beschluss des Hauptausschusses hingewiesen, wonach die Wahl der Flüchtlingsmitglieder bis zum Ende der Wahlperiode erfolgt. Stadtrat Brauns schlägt daher eine Einschränkung dahingehend vor, dass dieser Beschluss aufgehoben und folgendes hinzugefügt wird: "Sofern der gesetzlich zu bildende Flüchtlingsausschuss nicht seinerseits den Wunsch aussert, andere Vertreter in den Ausschuss zu entsenden." Dieser Vorschlag findet einstimmige Annahme.

Punkt 8) Vorlage einer Satzung der Zentrale für Aufbau und Wirtschaftsförderung der Rolandstadt Wedel (ZAW).

In der Erkenntnis, so erklärt der Bürgermeister, dass die grossen Zukunftsaufgaben des Neuaufbaues und der Wirtschaftsförderung unserer zerstörten Stadt in der bisher üblichen Organisation nicht gelöst werden können, soll zwischen dem Bauausschuss und der Bauverwaltung der Stadt eine Zentralstelle eingerichtet werden, die den Ausschüssen und der Stadtvertretung nur fachlich bis ins kleinste ausgearbeitete Vorschläge zur Beratung und Beschlussfassung vorlegt. Diese zentrale Dienststelle wird die Bezeichnung "Zentrale für Aufbau und Wirtschaftsförderung der Rolandstadt Wedel" (kurz ZAW) führen.

Der ZAW werden unterstellt:

- das Planungs- und Siedlungsamt
- das Hoch- und Tiefbauamt
- die Städtische Liegenschaftsverwaltung.

Ausserdem wird sich diese Dienststelle mit allen Angelegenheiten des Städtischen Wohnungsamtes in baulicher Hinsicht, der Stadtpflege und der Wirtschaftsförderung sowie der Gewerberaubewirtschaftung in baulicher Hinsicht befassen.

Zur sachverständigen Beratung der ZAW wird ein ehrenamtlicher Beirat berufen. Nach Einrichtung der ZAW mit ihrem Beirat kann es künftig keine Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Ausschüssen mehr geben, da alle von ihr durchgearbeiteten und somit genügend vorbereiteten Vorlagen unmittelbar dem zuständigen Ausschuss bzw. der Stadtvertretung direkt unterbreitet werden können.

Diese ZAW ist nur dadurch zu schaffen, dass der Gemeinderat eine Entschliessung darüber fasst und die für sie erforderliche Satzung und Geschäftsordnung erlässt.

Der Hauptausschuss hat sich in seiner Sitzung am 5.4.48 eingehend mit dem Entwurf der Satzung und der hierfür erlassenen Geschäftsordnung beschäftigt. Es wurde beschlossen, nach einigen Änderungen den Satzungs- und Geschäftsordnungsentwurf der Satzungskommission zur weiteren Bearbeitung zu übermitteln. Die Satzungskommission hat den Entwurf der Satzung in allen Teilen anerkannt und hat nur einige Änderungen der Geschäftsordnung vorgenommen, die in der Vorlage vorliegt. Der Hauptausschuss hat beschlossen, der Ratsversammlung die Einrichtung dieser Zentrale zu empfehlen.

Danach bittet der Bürgermeister in die Debatte einzutreten. Nachdem die Ratsherren Lesshaft und Mahlow namens ihrer Fraktionen zustimmen, wird der Erlass der vorgeschlagenen Satzung von der Ratsversammlung einstimmig beschlossen.

Punkt 9) Antrag der SPD-Fraktion auf Teilung des Kultur-, Sport- und Jugend-
ausschusses.

Bürgermeister Schacht verliest folgenden Antrag:
Die SPD-Fraktion beantragt, die Ratsversammlung wolle beschliessen, den

Punkt 10) Antrag der SPD-Fraktion auf Erlass einer Ortssatzung für die Müllabfuhr.

Die SPD-Fraktion beantragt, die Ratsversammlung solle beschliessen, dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, mit möglicher Beschleunigung den Entwurf einer Müllabfuhr-Satzung vorzulegen. Die Satzung hätte davon auszugehen, dass die Müllabfuhr künftig obligatorisch wäre, dass sie in städtische Regie überginge mit der Einschränkung, dass die Abfuhr vorläufig ausgeschrieben und verpachtet würde, wobei zweckmässig Wedel in zwei Abfuhrbezirke aufzuteilen ist. Die Stadtverwaltung wäre weiter anzuweisen, Vorschläge für weitere Müllabladepplätze zu machen.

Dazu gibt Ratsherr Mahlow folgende Begründung:

Es war bereits früher einmal beabsichtigt, eine städtische Müllabfuhr einzurichten. Dieser Plan scheiterte daran, dass das vorgesehene Kraftfahrzeug nicht mehr zur Ablieferung kam. Die damals bereits beschafften Müllbehälter wurden im Laufe der letzten Jahre an die Einwohnerschaft abgegeben. Eine neue Lieferung von solchen Behältern ist demnächst zu erwarten. Der Zeitpunkt zum Erlass der von uns vorgeschlagenen Regelung wäre also jetzt besonders günstig. Die bisher betriebene private Müllabfuhr hatte den Nachteil, dass es in das Belieben jedes einzelnen Haushaltes gestellt war, sich ihr anzuschliessen. Das hat dazu geführt, dass eine grosse Anzahl Einwohner unserer Stadt Müllbeseitigung auf eigene Faust trieben; Schutt- und Unratberge in einer ganzen Reihe von Strassen sind ein sichtbares Zeichen dafür, dass das allgemeine Interesse am Aussehen unsere Stadt sehr zurückgegangen ist. Was für die Strassen gilt, gilt auch für eine ganze Reihe von Grünflächen und das Elbufergelände. Es kann der Allgemeinheit nicht zugemutet werden, dass der Unrat auf öffentliche Kosten beseitigt wird, wenn nicht gleichzeitig eine Gewähr dafür gegeben ist, dass zukünftig neuen Verschmutzungen Einhalt geboten ist. Das kann aber nur dann erreicht werden, wenn die Müllabfuhr auf dem Verordnungswege geregelt wird. Die Verpachtung der Abfuhr gibt ausserdem der Verwaltung die Möglichkeit, dem Pächter gewisse Pflichten aufzuerlegen, die in der Vergangenheit sehr häufig wegen des Fehlens einer solchen Grundlage zu mancherlei Meinungsverschiedenheiten führten.

Ratsherr Kleinwort (FDP) begrüsst diesen Antrag, bittet jedoch, von der vorgesehenen Neuregelung die Landwirte, Gärtner usw. auszunehmen.

Landwirt

Stadtrat Brauns erklärt, dass es selbstverständlich jedem einzelnen Gärtner usw. überlassen bleiben soll, seine Abfälle selbst zu verwerten.

Ratsherr Kleinwort weist noch darauf hin, dass durch das Schutt-abladen am Radberge/Aschoptwiete zweifach der Weg zugeschüttet und die anliegenden Grundstücke beschmutzt worden sind. Stellvertr. Bürgermeister Balke bittet, den Felähütern Anweisung über die Aufsicht an der Schuttabladestelle am Autal zu erteilen.

Stadtrat Beerbaum erklärt, dass auch an der Feldstrasse eine Unmenge von Gerümpel und Müll abgeladen wird und somit den Barackeneinwohnern und besonders den Kindern jede Erholungsmöglichkeit genommen ist.

Die Ratsherren sind einstimmig der Auffassung, dass hier unbedingt Abhilfe geschaffen werden muss. Es kann unter keinen Umständen angehen, dass der Schutt wahllos im Orte abgeladen wird. Es wird vorgeschlagen, dem Müllabfuhrunternehmer Körner in der zu erlassenden Ortssatzung evtl. eine Einschränkung aufzuerlegen.

Der Antrag der SPD wird einstimmig angenommen. Der Bürgermeister erklärt, dass der Satzungsentwurf von dem Hauptausschuss vorgeprüft und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Punkt 11)

Punkt 11) Umbenennung der Strasse Spargelkamp in Friedrich Ebert-Strasse.

Bürgermeister Schacht verliest nachstehenden Antrag:

49 Anlieger der Strasse Spargelkamp haben in einem Antrag den Rat der Stadt Wedel gebeten, die schon vor 1933 vorgesehene Bezeichnung "Friedrich Ebert-Strasse" für die Strassenbezeichnung "Spargelkamp" zu wählen.

Nach längerer Debatte wird über den Antrag abgestimmt.

Für die Umbenennung:	13	Stimmen
dagegen:	6	"
Stimmhaltung:	1	"

Mithin ist der Antrag angenommen.

Punkt 12) Neue Deutsche Gemeindeordnung.

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben des Vorsitzenden des Unterverbandes Schleswig-Holstein des Deutschen Städtebundes, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Ratsversammlungen sich mit den einzelnen Fassungen einer neuen Deutschen Gemeindeordnung beschäftigen sollen.

Stadtdirektor G e u macht hierzu allgemeine Bemerkungen und erklärt, dass sich die kommunalen Spitzenkörperschaften bereits eingehend mit dem Entwurf einer Deutschen Gemeindeordnung beschäftigt haben. Dieser Entwurf zeigt in dem Teil "Verwaltung der Gemeinde" fünf verschiedene Lösungen nebeneinander, nämlich

1. eine Ratsverfassung mit Durchführung durch einen besonderen Verwaltungsleiter,
2. eine Ratsverfassung mit verstärkten Befugnissen des besonderen Verwaltungsleiters,
3. eine Ratsverfassung mit Personalunion zwischen Ratsvorsitzer und Verwaltungsleiter (Bayrische Stadtratsverfassung),
4. eine echte Magistratsverfassung, (Zwekkammersystem mit kollegialer Durchführung),
5. eine unechte Magistratsverfassung, (Einkammersystem mit kollegialer Durchführung).

Zu jeder dieser Lösungen gibt der Stadtdirektor eine eingehende Erläuterung. Weiter wird darauf hingewiesen, dass der Städtetag sich auf Vorschlag des Innenministers Dr. M e n z e l für eine variante Verfassung C des Deutschen Städtetages der sogen. Bayerischen Stadtratsverfassung entschliesst. Dieser Entwurf behält die Zweigleisigkeit, erkennt einen Bürgermeister und Stadtdirektor. Die Stellung des Bürgermeisters wird gestärkt dadurch, dass er in die kommunalpolitische Planung einbezogen wird. Der Stadtdirektor wird Chef der Verwaltung und Vorgesetzter der Beigeordneten. Er hat die Beschlüsse des Rates durchzuführen und hat die unterschriftliche Vollziehung von Verträgen.

Im Laufe der Debatte wird angeregt, diesen ganzen Fragenkomplex der Gemeindeordnung auf einer Ratssitzung zu besprechen, auf der als Tagesordnungspunkt nur diese Gemeindeordnung steht. Diesem Vorschlag wird entsprochen.

Punkt 13) Verschiedenes.

- a) Verlesung eines Abschnittes aus dem Protokoll der Sitzung des Wohnungsausschusses vom 12.3.48.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 5.4.48 beschlossen hat, dass folgender Absatz des Vorwortes dieses Protokolls in der nächsten Ratsversammlung sur

zur Verlesung kommt.

pp. ...

Herr Westedt richtete an den Ausschuss die Frage, ob irgendwelche Schwierigkeiten zwischen Wohnungsausschuss und der Leitung des Wohnungsamtes aufgetreten seien. Er könnte sich nach der letzten öffentlichen Ratssitzung des Eindrucks nicht verwehren, dass Unstimmigkeiten zwischen der Leitung des Wohnungsamtes und dem Vorsitzenden des Wohnungsausschusses bestehen. Nach eingehender Aussprache erklärte Herr Kuhlmann, dass er die Arbeit der Leitung des Wohnungsamtes in keiner Weise beanstandet. Es wurde weiter festgestellt, dass die Differenzen, die aufgetreten waren, kein Anlass seien, diese in der Öffentlichkeit auszutragen. In Zukunft sollen Unstimmigkeiten innerhalb des Ausschusses selbst geklärt werden.

pp. ...

Die Ratsherren nehmen hiervon Kenntnis.

Punkt 14) Mitteilungen.

a) Pestalozzistrasse.

Auf Wunsch des Lehrervereins Wedel verliest Bürgermeister Schacht folgendes Schreiben:

"Der Wedeler Lehrerverein begrüsst es, dass eine Strasse in Wedel den Namen "Pestalozzistrasse" tragen soll. Wir freuen uns, dass damit der grosse für seine Zeit bahnbrechende und noch heute als Vorbild geltende Erzieher der Menschheit geehrt wird.

Der Wedeler Lehrerverein rückt hiermit eindeutig von dem in der letzten Ratsherrensitzung vorgetragenen Standpunkt des Lehrers Matthiessen ab."

Ausserdem verliest der Bürgermeister ein Schreiben des Schulamtes Pinneberg, das sich voll und ganz hinter die Eingabe des Lehrervereins stellt und es begrüssen würde, wenn die schulfreudige Stadt Wedel unseren Altmeister der Pädagogik, Johann Heinrich Pestalozzi, dadurch ehren würde, dass sie eine Strasse nach ihm benennt.

b) Fünf Städte-Heim Hörnum.

Bürgermeister Schacht gibt folgenden Bericht:

In der Vorstandssitzung des Fünf Städte-Vereins Pinneberg e.V. vom 14.4.48 wurde beschlossen, am 10.5.48 das Heim mit einer Belegung von 100 Betten zu eröffnen. Um allen massgeblichen Kreisen Gelegenheit zu geben, an den Einweihungsfeierlichkeiten teilzunehmen, wird als Einweihungstag Sonntag, der 27.6.48 festgelegt. An dieser Einweihung werden ausser den offiziellen Vertretern der Mitgliedstädte und Gemeinden, die Minister, der Rundfunk, Vertreter des Landesjugendamtes, die Presse und Wochenschau teilnehmen. Die Arbeiten, die der Vorstand für die Einrichtung des Heimes leistete, sind nicht sehr leicht gewesen, doch glauben wir, bis zur Hochsaison mit einer Vollbelegung des Heimes von rund 364 Betten rechnen zu können.

Ausserdem teilte der Landesjugendpfleger Hennings dem Vorstand mit, dass im Haushalt des Landes 60.000.- RM zins- und tilgungslos dem Verein zur Verfügung gestellt werden sollen.

Ausserhalb der Tagesordnung gibt Bürgermeister Schacht folgenden Bericht in der Angelegenheit Matthiessen/Hufe.

Stadtrat Matthiessen hat in einer Hauptausschusssitzung gegen Herrn Hufe Anschuldigungen erhoben, die nicht haltbar sind. Er sollte diese Beschuldigungen in 4 Zeitungen auf eigene Kosten zurücknehmen.

Unter

24. I. 0
 Ausserhalb der Tagesordnung gibt Bürgermeister Schacht folgenden Bericht in der Angelegenheit Matthiessen/Hufe.
 Herr Matthiessen hat ~~in seiner Hauptausschusssitzung~~ ^{in einer Hauptausschusssitzung} gegen Hufe Anschuldigungen erhoben, die nicht haltbar sind. Er sollte diese Anschuldigungen in 4 Zeitungen auf eigene Kosten zurücknehmen.

Unter dem 16.4.1948 gibt ~~er~~ ^{Stadttrat Matthiessen} folgende Erklärung ab:

Meine Angaben im Hauptausschuss über das Verhalten von Rektor Hufe habe ich seinerzeit gemacht, weil ich Äusserungen des Herrn Ehlers in diesem Sinne aufgefasst habe und auffassen musste. Wenn Herr Ehlers heute dieses Gespräch nicht mehr erinnert, kann ich meine Angaben, die sich auf das Gespräch mit Herrn Ehlers gründeten, nicht aufrechterhalten. Ich muss sie daher zurücknehmen.

Schluss der Sitzung 23,25 Uhr

Schacht

 Bürgermeister

Jahnstedt

 Ratsherr

Heiseke

 Stadtrat

hmt

 Stadtdirektor

Hilfiker

 Protokollführer

Verf.

1.) Aussäße für folgende Abteilungen fertigen:

Fkt. 1) 2 a - d)	für	Abt. I,1
" 2 a) und 3 - 5	"	II,1
" 2 a) Abs. 3	für	" VI
" 6	"	" I,1
" 7	"	" I,1 - Ob. Inspekt. Schacht -
" 8	"	" V
" 9	"	" I,1
" 10	"	" V
" 11	"	" V
" 12	"	" I,1
" 13 a)	"	" I,1
" 14 a)	"	" V
" 14 b)	"	" I,0
" 14 b) - Angelegenheit Matthiesen	- für	Abt. I,0

2.) Karteikarten anlegen zwecks Überwachung der einzelnen Dienststellen auf Durchführung der gefassten Beschlüsse.

3.) S.d.A.

Wedel, den 27.4.48.
D. St. Dir.

41

11. (24.) Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
Wedel am Donnerstag, dem 10. Juni 1948, 19. Uhr,
im Rathaus - Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Anseorge, Balke, Beerbaum, Brauns, Behrens, Eydeler Paul, *Eydeler Herbert*,
Giesmann, Heinsohn, Heiske, Kahl, ~~Kleinwort~~, Kuhlmann,
~~Leschaft~~, Ramcke Carl, Ramcke Herbert, Schacht jr.,
Westedt, Mahlow,

Stadtdirektor G a u

Schulenburg, Schüttkäker und Hirsch
als Protokollführerinnen.

12 Zuhörer .

Stadträte Kleinwort sowie Stadtrat Matthiessen
Stadträte Kleinwort und Leschaft/fehlen entschuldigt.

Stadtrat B r a u n s erscheint um 20,45 Uhr.
mit Entschuldigung

T a g e s o r d n u n g :

1. Verlesung von Protokollen verschiedener Hauptausschusssitzungen.
2. Die neue Deutsche Gemeindeordnung.
Einleitender Vortrag: Stadtdirektor G a u .
3. Übernahme des Schulauer Hafens durch die Stadt.
4. Mitteilungen.

Bürgermeister S c h a c h t stellt die Beschlussfähigkeit fest und
eröffnet die Sitzung um 19 Uhr.

Punkt 1) Verlesung von Protokollen:

Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 14.5.48:

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister fragt sodann die *Ratsherren* ~~Stadtvertretung~~, ob Beanstandungen gegen
das Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung vom 22.4.48 zu erheben sind.
Dieses ist nicht der Fall ~~und ist somit dieses Protokoll einstimmig angenommen.~~
und das *Somit*

Punkt 2) Die neue Deutsche Gemeindeordnung.

Der Bürgermeister kommt zurück auf die allen Mitgliedern der Stadtvertretung zugegangene ausführliche Vorlage, in der die Verwaltung die 5 Varianten der inneren Gemeindeverfassung, nämlich

1. eine Ratsverfassung mit Durchführung durch einen besonderen Verwaltungsleiter,
2. eine Ratsverfassung mit verstärkten Befugnissen des besonderen Verwaltungsleiters,
3. eine Ratsverfassung mit Personalunion zwischen Ratsvorsitzendem und Verwaltungsleiter (Bayerische Stadtratverfassung),
4. eine echte Magistratsverfassung (Zweikammersystem),
5. eine unechte Magistratsverfassung (Einkammersystem) mit kollegialer Durchführung,

Dazu nimmt er Bezug den Mitgliedern zur Kenntnis geb. ~~Es kam dann ausführlich~~ auf die augenblicklich gültige Gemeindeordnung vom 1.4.46 zurück, nach welcher es einen ehrenamtlichen Bürgermeister und einen hauptamtlichen Stadtdirektor gibt. Die bisherige Übung des Verfassungsrechtes stimmt mit dem Rechtsbewusstsein der deutschen Bevölkerung nicht überein, denn von jeher ist die Amtsbezeichnung "Bürgermeister" seit langem untrennbar mit der Vorstellung verknüpft, dass der Inhaber dieser Bezeichnung auch der verantwortliche Leiter der Gemeindeverwaltung sein soll. Wenn auch diese Verfassung für den Bürgermeister nur repräsentative und ausgleichende Funktionen vorsieht, so hat es sich doch im Laufe der Jahre ergeben, dass sich vielerorts ein Neben- und Gegeneinander-Regieren zwischen dem Bürgermeister und dem Stadtdirektor entwickelte. Diese unglückliche Funktion wirkte sich ungünstig auf den Gang der Verwaltung aus. Bei allen massgeblichen Stellen, die sich in der letzten Zeit mit diesen Problemen beschäftigt haben, wurde die Auffassung vertreten, dass diese Fassung der Gemeindeordnung nicht länger beibehalten werden dürfte. ~~Er stellte jedoch~~ fest, dass man zur Ehre dieser Verfassungsform ~~jedoch~~ erklären müsste, dass diese Verfassung entscheidend vielfach dazu beigetragen hat, die demokratische Selbstverwaltung in den Gemeinden in kurzer Zeit folgerichtig zu entwickeln und durch die Arbeit verantwortlicher Ausschüsse den Einfluss des ehrenamtlichen Elements in der kommunalen Verwaltung entscheidend zu stärken. ~~Der Bürgermeister stellt aber dennoch~~

Nach diesen Ausführungen ~~gibt~~ der Bürgermeister dem Referenten des Vortrags über die Begründung zum Entwurf der Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung, Herrn Stadtdirektor G a u , das Wort:

Vortrag des Stadtdirektors G a u :

Die Ideengeschichte der gemeindlichen Selbstverwaltung ist das Spiegelbild des den Gemeinden im Staatsleben jeweils zugewiesenen Standorts. Ein solcher Standort wurde den Gemeinden von ihrem Neubegründer, dem Freiherrn v. Stein, am allerwenigsten zugewiesen. So sehr gross auch sein Verdienst ist, so sehr steht nämlich fest, dass ihm die Reform der Gemeinden Mittel zum Zweck war, ein Mittel nämlich zur Aktivierung der Nation, insbesondere des durch die französische Revolution geborenen dritten Standes mit dem Ziel der Wiedererrichtung des dahin gesunkenen Kaiser-Reiches. Von einem gemeindlichen Standort und einer Ideengeschichte der gemeindlichen Selbstverwaltung kann daher erst von jenem Zeitpunkt ab gesprochen werden, von dem ab die bürgerliche Gesellschaft von sich aus die Gemeinde als Domäne ihre politischen Entfaltung in Anspruch nahm, und der Staat ihr diese dann auch unter Begründung der Rechtsfigur, der öffentlich rechtlichen Gebietskörperschaft als eines der ~~Stf~~ von ihm selbst getrennten Rechtssubjekts zuwies, damit sie sich darauf betätige und er seinerseits von etwaigen Ansprüchen verschont bleibe. Im Laufe der Entwicklung bemühten sich viele Staatspolitiker, die Gemeinden unter Hinweis auf Natur und Geschichte als die im Verhältnis zum Staat ursprüngliche re und daher ^{diesem gegenüber} selbständige Einrichtung hinzustellen. Diese Einstellung greift gegenüber den Bestrebungen der Reaktion auf die in der belgischen Verfassung von 1831 anerkannte sogenannte Selbstverwaltung zurück, der wir so sehr, mag es auch als eine Fiktion bezeichnet werden, inner^{hin}/~~dem~~ sogenannten eigenen Wirkungskreis der Gemeinde und damit ~~xxxx~~ dem auch schon in der Verfassung der Paulskirche enthaltenen Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung verdanken. Ich will heute nicht über die inzwischen ausgearbeiteten vielen Gemeindeverfassungen sprechen, sondern ich wollte heute Ihnen in meiner Einleitung sagen, dass es noch nicht solange her ist, seitdem der Gedanke einer echten Selbstverwaltung in den Gemeinden Platz greifen konnte. Die Grundlage unseres heutigen Gemeinde- und Kreisrechtes ist aus diesen Anfangsgründen entstanden. Das Gemeinderecht wurde im Hitler-Staat durch die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 völlig neu geregelt. Im Gegensatz zu der Rechtsentwicklung der Vergangenheit stellte man die Gemeindeverwaltung überall auf ein starres Führerprinzip um. Nur vereinzelt konnten sich Reste einer echten Selbstverwaltung behaupten. Daneben enthielt jedoch diese neue Gemeindeordnung eine gesunde Fortentwicklung des Gemeinderechts. Sie ging auf die Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Vergangenheit zurück und war wohl im Wesentlichen schon abgeschlossen, als der Nationalsozialismus die Macht im Staate übernahm. So enthält diese Gemeindeordnung daher Bestimmungen die auch heute noch eine brauchbare Rechtsgrundlage für eine

organische Fortbildung des Gemeinderechts abgeben. Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Staates hat die Militärregierung durch ihre Verordnung Nr. 21 der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 eine andere Fassung, die mit Wirkung vom 1.4.1946 bekannt wurde, bekanntgegeben. In dieser Fassung wurde das bisherige Führerprinzip durch den Grundsatz gemeinschaftlicher Verantwortung ersetzt, und alle die Befugnisse, die bisher bei den Bürgermeistern als Einzelpersonen lagen, ging über auf gewählte Vertretungskörperschaften.

Der Herr Bürgermeister hat Ihnen bereits in seiner Einleitung das Massgebliche dieser Gemeindeordnung auseinandergesetzt. Im Einklang mit diesen Erfahrungen lehnt sich die neue Gemeindeordnung in erster Linie an das Ueberlieferte Restgut an. Gleichzeitig sind jedoch die bewährten Gedanken der neugefassten Gemeindeordnung von 1946 mit übernommen. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat in Zusammenarbeit mit den Landesregierungen von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen für die Gemeinden und Kreise dieser Gebiete eine einheitliche Verfassungsform, nämlich die "kollegiale Ratsverfassung" gewählt. Sie beruht, wie das bisherige Kommunalverfassungsrecht auf einer grundsätzlichen Trennung der beschließenden und der ausführenden Tätigkeit der Gemeinden und Kreise. Es wird dabei jedoch nicht übersehen, dass im kommunalen Bereich eine klare Scheidung nicht durchzuführen ist, weil die Verwaltung keinen eigenen von der Vertretung losgelösten Wirkungsbereich besitzt, sondern stets in ihrem Auftrage und aus ihrem Recht heraus tätig wird. Der von der Landesregierung Schleswig-Holstein vorgelegte Entwurf einer Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung räumt der von der Bürgerschaft gewählten Vertretung die entscheidende Stellung im Leben der Gemeinde ein. Die Vertretung, in unserem Falle Stadtvertretung genannt, deren Vorsitzender eine stark herausgehobene Stellung einnimmt, aber nicht mehr die Amtsbezeichnung Bürgermeister führt, ist berechtigt, über alle Gemeindeangelegenheiten zu entscheiden und hat deshalb gegenüber den Ausschüssen der Vertretung und gegenüber der Verwaltung weitgehendste Rechte auf eigene Einflussnahme und Unterrichtung. Alle anderen Gemeindeorgane leiten daher ihr Recht von der Vertretung her. Es ist selbstverständlich, dass nicht alle Gemeindeaufgaben in der Praxis von der Stadtvertretung ausgeführt werden können. Die Vertretung hat es in der Hand, gewisse Zuständigkeiten auf andere Organe, wie Ausschüsse bzw. dem Stadtrat zu übertragen. Sie hat dabei jedoch das Recht, bereits übertragene Zuständigkeiten oder Entscheidungen der Ausschüsse und der Verwaltung aufzuheben.

Die

Die Ausschüsse, die von der Stadtvertretung gebildet werden, ergänzen die Arbeit der Vertretung und lockern diese wirkungsvoll auf. Die Ausschüsse sind ein hervorragendes Mittel, ehrenamtlich tätige Kräfte der Gemeinde kommunal-politisch an entscheidender Stelle einzusetzen, und dadurch das Verantwortungsgefühl des Einzelnen zu heben. Der Entwurf sieht vorbereitende, beratende oder beschliessende Ausschüsse vor. Die Mitglieder beschliessender Ausschüsse müssen zu Ehrenbeamten der Stadt ernannt werden und haben damit entsprechend^{dar} Bedeutung ihrer Tätigkeit eine besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde. Gemeindebeamte dürfen nicht Ausschuss-Mitglieder sein, dadurch wird klar herausgestellt, dass alle Ausschüsse ein Teil der Gemeindevertretung sind.

Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf ähnelt stark der früheren unechten Magistratsverfassung vor 1933. Die Tätigkeit der kommunalen Ausschüsse in den letzten beiden Jahren gab dem Gesetzgeber ein Mittel in die Hand, die gesammelten Erfahrungen durch die Einsetzung eines Gemeinderats, bei uns Stadtrat genannt, als wesentlichen Bestandteil der kollegialen Ratsverfassung zu bezeichnen. Durch die Schaffung des kollegialen Hauptverwaltungsorgans wird vermieden, dass ein einzelner Beamter, ~~der~~ die Verwaltung leitet, es wird aber auch eine unerwünschte und ~~schädliche~~ Zersplitterung der Verwaltung verhindert. Obwohl der Stadtrat ein Kollegium für die Ausschüsse ist, so ist er doch kein Hauptausschuss. Dazu ist die Zusammensetzung und Stellung im Verwaltungssystem andersartig. Dem Stadtrat können nämlich beim zahlenmässigen Ueberwiegen der Gemeindevertreter in seinen Reihen auch andere Bürger, die nicht Gemeindevertreter sind und auch Gemeindebeamte, diese jedoch nur mit beratender Stimme, angehören. Der Stadtrat hat ein gesetzlich festgelegtes und abgegrenztes Aufgabengebiet. Wie die Stadtvertretung für die Beschlussfassung in wichtigen Gemeindeangelegenheit ~~allzuständig~~ ist, so ist ~~der~~ Stadtrat für die Verwaltungsexekutive. Der Stadtrat führt die Geschäfte der Stadtvertretung und bereitet ihre Beschlüsse vor, auch in den Aufgabengebieten, deren Entscheidung der Stadtvertretung vorbehalten ist. Der Stadtrat führt die Beschlüsse der Gemeindevertretung aus und entscheidet schliesslich anstelle der Gemeindevertretung in den Fragen, die die Hauptsatzung ihm allgemein oder im Einzelfall zuweist. Der Stadtrat als Kollegium, in dem das ehrenamtliche Element stark überwiegen muss, soll die einheitliche Linie der Verwaltung wahren und zugleich dem Rechtsschutz der Bevölkerung dienen. Der Stadtrat hat deshalb

deshalb ein Beanstandungsrecht gegenüber der Stadtvertretung.

Der Bürgermeister führt die Geschäfte des Stadtrats, hat jedoch von Ausnahmen abgesehen, keine eigenen Zuständigkeiten. Sein Beanstandungsrecht ist dem des Stadtrats angepasst. Im Schriftverkehr der Stadtverwaltung äussert sich dieser Rechtszustand dahin, dass der Briefkopf für die Gemeindeverwaltung der Stadt wie folgt aussehen würde:

"Rolandstadt Wedel
Der Stadtrat".

Der Bürgermeister ist Hauptverwaltungsbeamter und wird von der Gemeindevertretung auf die Dauer von 12 Jahren gewählt. Entsprechend den Unterschieden der Gemeinden nach Grösse und Aufbau mussten auch Stellung und Amtsdauer der Bürgermeister unterschiedlich geregelt werden. Amtsangehörige Gemeinden bedürfen im allgemeinen keiner eigenen Verwaltung. Ihr Bürgermeister wird daher ehrenamtlich auf die Dauer der Wahlzeit von der Gemeindevertretung berufen. Anders liegen die Verhältnisse in den Eigenämtern und Städten. Der Umfang der Verwaltungsaufgaben ist dort zu gross, dass sie die volle Arbeitskraft eines Verwaltungsbeamten erfordern. Der Bürgermeister und seine Mitarbeiter müssen auch in der notwendigen demokratischen Zuverlässigkeit, Sachkunde und Erfahrung besitzen. Er musste deshalb auch für eine hinreichend lange Zeit in sein Amt berufen und damit im Stande sein, Verwaltungsarbeit auf lange Sicht zu leisten. In den grösseren Gemeinden und Städten ist ausser dem Bürgermeister auch der Stellvertreter und der Kämmerer auf Zeit, d.h. auf 12 Jahre, zu bestellen. Da die Gemeinden heute viele Aufgaben durchführen, die früher bei der Staatsverwaltung lagen, hat sich die Aufsichtsbehörde bei der Bestellung des Hauptverwaltungsbeamten einen Einfluss vorbehalten. Die Gesetze haben jedoch das frühere Bestätigungsrecht in ein Beanstandungsrecht umgewandelt. Das Gesetz sieht vor, dass hauptamtliche Bürgermeister durch Beschluss der Stadtvertretung mit einer Mehrheit von zweidritteln abgerufen werden können. Jedoch ist die Abberufung zweimal zu beraten und abzustimmen. Zwischen der ersten und zweiten Beratung müssen mindestens 4 Wochen liegen. Ehrenamtliche Bürgermeister jedoch können durch Beschluss der Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit abgerufen werden. Die Abberufung eines hauptamtlichen Bürgermeisters oder Beigeordneten hat die Wirkung, dass er in den Ruhestand versetzt wird. Der Gesetzentwurf sieht für den Bürgermeister, der das Recht hat, in der Stadtvertretung mitzuwirken, kein Stimmrecht vor. Diese Frage ist insbesondere seitens der kommunalen Spitzenverbände sehr unkämpft. Die Landesregierung hat deshalb in ihrem Entwurf dem Bürgermeister das Stimmrecht aberkannt, gibt ihm jedoch das Recht, jederzeit in der Stadtvertretung oder in den Ausschüssen das Wort zu nehmen.

Diese

Diese Regelung in dem Schleswig-Holsteinischen Entwurf ist eine Konsequenz des geltenden Gemeindevahlrechts, nach welchem die durch die Wahl einmal festgestellte Zahl der Gemeindevertreter eine endgültige ist. Würde man dem Bürgermeister, der nicht in den Gemeinderat gewählt wurde, eine Stimme zusätzlich geben, so würde eine Verschiebung, um nicht zu sagen Verfälschung, des demokratischen Wahlergebnisses, eintreten. Der Gegeneinwand, die Autorität würde durch das fehlende Stimmrecht beeinflusst, kann nicht überzeugen, denn der Bürgermeister soll in der Gemeindevertretung ja nicht durch sein Stimmrecht wirken, sondern durch seine Sachkunde, durch die Ueberzeugungskraft seines Wortes und somit durch Fähigkeit, die Vertretungsmitglieder von der Richtigkeit seiner Auffassung überzeugen. In den amtsangehörigen Gemeinden werden die ehrenamtlichen Bürgermeister Stimmrecht haben, weil sie ja aus der Zahl der gewählten Gemeindevertreter gewählt werden.

Entsprechend der zentralen Stellung, die die Vertretung einnimmt, dürfen Erklärungen, durch die Gemeinde verpflichtet werden soll, dazu gehören auch Anstellungsurkunden, nicht allein vom Bürgermeister unterschrieben werden. Sie bedürfen der Unterschrift des Vorsitzers der Stadtvertretung und des Bürgermeisters oder seines Stellvertreters.

Je nach der Grösse der Gemeinde besteht der Gemeinde- oder Stadtrat aus drei bis zwölf Mitgliedern einschliesslich des Bürgermeisters, der den Vorsitz führt. Diese Mitglieder werden, wie schon gesagt, von der Vertretung gewählt und führen in den Gemeinden die Bezeichnung "Gemeinderat" und in den Städten "Stadtrat". Neben den Stadträten können die Beigeordneten, deren Zahl auch die Hauptsatzung festlegt, an den Stadtrats-Sitzungen teilnehmen. Nach der Entwicklung der Kommunalverwaltung in den letzten Jahren und im Hinblick auf die Aufgaben, die ~~ihnen~~ ihr die Zukunft stellen wird, ist zu erwarten, dass diese kollegiale Verwaltungsform es den Gemeinden und Kreisen ermöglicht, die Bevölkerung entscheidend an die Aufgaben der gemeindlichen Verwaltung heranzuführen und gleichzeitig ~~wirkungslos~~ die Verwaltung sparsam ~~und~~ einheitlich und wirksam einzurichten.

Vom besonderen Interesse ist die neue Vorschrift der Gemeindeordnung, der zufolge die Gemeindevertretung einen Bürger, der ohne wichtigen Grund eine ehrenamtliche Tätigkeit ablehnt oder niederlegt, in eine Busse bis zu 1000 ^{RM} nehmen und ihm in äussersten Fällen das Wahlrecht bis zu drei Jahren aberkennen kann. Nur die Gemeindevertretung darf das Wahlrecht aberkennen. Sie muss aber vorher mit der Aberkennung drohen. Die verhängten

Bussen sind im Verwaltungszwangsverfahren beizutreiben. Als wichtige Gründe, die zur Ablehnung eines Ehrenamtes berechtigen sind im Gesetz insbesondere die aus der Gerichtsverfassung bekannten Gründe über die Ablehnung des Schöffenamtes aufgeführt und ausserdem die Belastung von Hausfrauen für den Fall, dass eine Frau infolge Wahrnehmung des Ehrenamtes übermässig von ihrer Hausfrauenpflicht abgehalten wird. Weiter sieht die Gemeindeordnung vor, dass in den Satzungen für den Fall von Zuwiderhandlungen Zwangsgelder bis zur Höhe von 1000 RM angeordnet werden.

An die Vorschriften über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden schliessen sich die Bestimmungen für die Wirtschaftsführung an. Den Kernpunkt der formalen Finanzwirtschaft ~~gebundener Verwaltung~~ bilden die Vorschriften über die Haushaltsführung. Die Gesetze sehen aber ebenso wie die Gemeindeordnung von 1946 bewusst davon ab, die Einzelheiten der Aufstellung und Abwicklung des Haushaltsplanes über diese für alle Gemeinden im gleichen Masse geltenden Vorschriften hinaus näher zu regeln. Die Gemeindeordnung überlässt dies wie bisher einer besonderen Gemeindehaushaltsverordnung. Zu diesen Vorschriften über die formale Haushaltsführung treten materielle Bestimmungen über die Vermögensverwaltung, die wirtschaftliche Betätigung und die Schuldenwirtschaft. Auch hier beschränken sich die Gesetze auf die Aufstellung der Grundsätze und überlassen die Einzelheiten dem Durchführungsrecht bzw. besonderer gesetzlicher Regelungen. Da die Gemeinde als öffentliche Gebietskörperschaft ein wesentlicher Bestandteil in dem Staatsaufbau ist, muss sich ihre Arbeit auch in das Gesamtgefüge des Staates harmonisch einordnen. Es ist deshalb notwendig geworden, auch in der Gemeindeordnung Richtlinien hierfür herauszugeben. Diese Grundgedanken sind im Teil VI Staatsaufsicht niedergelegt. Im engen Zusammenhang hiermit steht, dass beide Gesetze von der bisherigen Unterscheidung in Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten grundsätzlich ~~abzürücken~~ und nur noch Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden bekennen. Schleswig-Holstein beschreitet damit in folgerichtiger Durchführung des Gedankens der Allzuständigkeit der gemeindlichen Selbstverwaltung und in Übereinstimmung mit den entsprechenden Vorschlägen des Deutschen Städtetages einen Weg, der für die Entwicklung der Selbstverwaltung von weittragender Bedeutung sein kann. Soweit nicht eine einheitliche Durchführung bestimmter Aufgaben in allen Gemeinden notwendig ist, und das Gesetz ausdrücklich bestimmt, dass und inwieweit sich die Aufsicht auf die Zweckmässigkeit der Verwaltung erstreckt, unterliegen die Gemeinden ausschliesslich der engumrissenen Aufsicht des Landes, die sicherstellt, dass die Selbstverwaltung

Selbstverwaltung im Einklang mit den Gesetzen steht. Die Voraussetzungen für die Anwendung der Aufsicht sind besonders scharf abgegrenzt. Es ist die Möglichkeit vorgesehen, eine Vertretung aufzulösen, wenn sie sich als dauernd arbeitsunfähig erweist. Diese Vorschrift soll sicherstellen, dass die Bevölkerung durch unverantwortliche Vertreter, die ihre Aufgaben verkennen, in ihren Rechten beeinträchtigt wird. Diese staatliche Eingriffsmöglichkeit kann nur im äussersten Notfall zur Anwendung gelangen. Sie kann jedoch nicht entbehrt werden, um die Selbstverwaltung lebensfähig zu erhalten. Die Mittel der Staatsaufsicht sind die aus dem früheren Recht bekannten: Das Informationsrecht, das Beauftragungsrecht, die Ersatzvornahme und ~~die~~ im äussersten Fall die Entsendung eines Beauftragten mit entsprechenden Befugnissen. Aufsichtsbehördliche Genehmigungen sind auf das äusserste Beschränkt, insbesondere auf die Genehmigung des Stellenplanes, die Höhe der Steuersätze, die Aufnahme von Anleihen und den Erlass von Satzungen. In diesen Fällen musste die Genehmigungspflicht jedoch aufrechterhalten bleiben, weil insbesondere die Finanzen der Gemeinde nicht völlig losgelöst von den Staatsfinanzen behandelt werden können. Eine Bestätigung der Kommunen durch die Staatsaufsichtsbehörde gibt es nicht mehr.

Gegen Uebergrieffe der Staatsaufsicht ist die Selbstverwaltung der Gemeinden dadurch gesichert, dass gegen jede Massnahme der Staatsaufsichtsbehörde, auch gegen die Versagung von Genehmigungen und dergl. nicht nur die Beschwerde an die obere Aufsichtsbehörde, sondern anschliessend die Klage im Verwaltungstreitverfahren gegeben ist. So ist die Sicherung der Selbstverwaltung letztlich nicht in die Hand der Staatsaufsichtsbehörde, sondern in die Hand des unabhängigen Verwaltungsgericht und wieder in letzter Instanz des Landesverwaltungsgerichts gelegt, das den Rahmen der Selbstverwaltung durch seine Rechtsprechung im Sinne der Verfassung klärt und die verfassungsmässigen Selbstverwaltungsrechte sichert.

Damit fügen sich die Vorschriften über die Staatsaufsicht dem allgemeinen Zweck des Gesetzes ein. Es galt bei der Ausarbeitung die Synthese zwischen den Forderungen einer kraftvollen Selbstverwaltung und den Notwendigkeiten einer massvollen, jedoch in den entscheidenden Fragen nicht zu stark eingeeengten überörtlichen Regierungs- und Verwaltungsarbeit. ~~xxxxxxxx~~ Um dieses Ziel zu erreichen, baut die Gemeindeordnung auf das bewährte Rechtsgut der Vergangenheit auf. Doch mussten auch neue Wege beschritten werden. Es liess sich hier an wertvolle Rechtseinrichtungen anknüpfen, die von der früheren deutschen Selbstverwaltung entwickelt wurden. So konnte man die günstigen Erfahrungen, die vor 1933 mit der Magistratsverfassung in den Städten gemacht wurden, bei der Gestaltung dieser

dieser neuen Verfassungsform ausnutzen. ~~xxx~~

Der achte Teil der Gemeindeordnung behandelt einige Änderungen des Gemeinde- und Kreiswahlrechts vom 5.5.48. und gibt die Bestimmungen heraus, welche Massnahmen einzuleiten sind, bis die Erlasse von Auftragsangelegenheiten Gesetzeskraft erlangt haben. Auch beschäftigt sich ein Paragraph mit dem Hauptverwaltungsbeamten, dem Stadtdirektor, der auf Lebenszeit oder Zeit berufen wurde und nicht durch die neue Gemeindevertretung zum Bürgermeister gewählt worden ist. Nach § 125 der Gemeindeordnung wird dieser in den Wartestand versetzt.

Es besteht die begründete Aussicht, dass die neue Rechtsgrundlage ein geeignetes Fundament abgeben wird, um die gemeindliche Selbstverwaltung Schleswig-Holsteins zu neuer kraftvoller Blüte zu entwickeln. ~~IMB KERN~~

~~XXXXXXXX~~

Ich habe hier Ihnen die wichtigsten Punkte der neuen Gemeindeordnung klargelegt. Der Schleswig-Holsteinische Städteverein beabsichtigt demnächst, auf einem ausserordentlichen Städtetag die neue Deutsche Gemeindeordnung nochmals mit den Städten zu besprechen, um dem Landtagsplenium Gelegenheit zu geben, Anregungen massgeblicher Persönlichkeiten noch in das Gesetz mit einzuarbeiten.

Der Bürgermeister dankt dem Stadtdirektor für seine aufschlußreichen Worte und bemerkt, daß die von der Bürgerschaft gewählte Stadtvertretung allein über das Wohl und Wehe der Stadt Wedel zu beschließen hat. Er erwähnt ferner, daß nach diesem vorliegenden Entwurf der Rat künftig aus 20 Mitgliedern bestehen wird. Der Gemeinderat, den auch Bürger angehören können, soll 3 - 12 Mitglieder umfassen. Zu Mitgliedern dieses Gemeinderates können auch Beamte vom Rat gewählt werden, jedoch ohne Stimmrecht. Die Stadtvertretung hat aber auch das Recht, den Stadtrat nur aus Gemeindevertretern bestehen zu lassen und Beamte beratend hinzuzuziehen. Diese Möglichkeit läßt der Entwurf offen.

Weiter weist der Bürgermeister darauf hin, daß die Eingleichigkeit, wie sie die bayerische Stadtratsverfassung zeigt, die im August vorigen Jahres und auch in späteren Monaten noch gefordert wurde, fallengelassen worden ist.

Sodann entstand eine lebhaftete Debatte, an der sich stellvertr. Bürgermeister Balke, Stadtrat Beerbaum, Ratsherr Westedt, Stadtrat Heiseke, Stadtrat Kuhlmann, Ratsherr Ansorge, Stadtrat Matthiessen, Ratsherr Mahlow und Stadtdirektor Gau beteiligten.

Auf die Anfrage von Stellvertr. Bürgermeister Balke wer den Vorsitz im Gemeinderat führt, erwidert Bürgermeister Schacht, daß im Gemeinderat der Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter und in der Gemeindevertretung der Stadtvorsteher den Vorsitz führt.

Stadtrat Kuhlmann bittet um Auskunft, ob der sogenannte Gemeinderat auf 12 Jahre gewählt wird. Dieses wird von Bürgermeister verneint.

Die ganz klar die Zuständigkeiten und Möglichkeiten der Stadtvertretung abgrenzen, während Stadtdirektor Gau über die Funktionen des Stadtrats spricht. In seinen Ausführungen teilt er mit, daß es der Stadtvertretung überlassen bleibt, Angelegenheiten dem Stadtrat zu übertragen, z. B.

Der Bürgermeister weist sodann nochmals auf die §§ 25, 26 und 27 des Entwurfs einer Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein hin, ^F während Stadtdirektor G a u über die Funktionen folgendes ausführt:

~~Der Magistrat hat als Gemeindeverwaltungsbehörde insbesondere~~

1. die Gesetze und Verordnungen sowie die Verfügungen der Aufsichtsbehörde auszuführen,
2. die Beschlüsse des Rates vorzubereiten und auszuführen,
3. die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde zu verwalten,
4. die Einkünfte der Gemeinde zu bewirtschaften, die auf dem Haushaltsplan und den besonderen Beschlüssen des Rates beruhenden Einnahmen und Ausgaben anzuweisen und das Kassen- und Rechnungswesen zu überwachen,
5. das Eigentum der Gemeinde zu verwalten und ihre Rechte zu wahren,
6. die Gemeindebeamten im Einvernehmen mit dem Rat anzustellen und zu beaufsichtigen,
7. die Urkunden und Akten der Gemeinde aufzubewahren,
8. die Gemeinde nach aussen zu vertreten, in ihrem Namen mit Behörden und Privatpersonen zu verhandeln, den Schriftwechsel zu führen und die Gemeindeurkunden zu vollziehen.
Erklärungen, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll, bedürfen der schriftlichen Form. Sie sind unter der Bezeichnung des Magistrats handschriftlich zu unterzeichnen. In Fällen der Vertretung des Verwaltungsleiters muss die Erklärung entweder durch einen Beigeordneten oder zwei vertretungsberechtigte Beamte oder Angestellte unterzeichnet werden.

Nach einer längeren Debatte stellt Bürgermeister Schacht abschliessend fest, dass es im Interesse aller Ratsmitglieder liegt, einmal ~~xxxxxxx~~ zu erfahren, wie die künftige neue Gemeindeordnung aussehen wird.

Sodann weist Stadtdirektor G a u ^{weist} noch darauf hin, dass sich der Schleswig-Holsteinische Städte-Verein in Form eines ausserordentlichen Städtetages mit der neuen Gemeindeordnung nochmals beschäftigen wird und dass die offiziellen Vertreter, die noch zu bestimmen sind, von der Verwaltung einen Entwurf der Gemeindeordnung erhalten, damit sie nicht unvorbereitet sprechen brauchen.

Bürgermeister Schacht schlägt vor, zwei Vertreter gleich heute zu bestimmen.

Es wird einstimmig beschlossen,

stellvertr. Bürgermeister B a l k e und
Stadtrat B r a u n s

für den ausserordentlichen Städtetag als Vertreter zu entsenden.

Punkt 3) Uebernahme des Schulauer Hafens durch die Stadt.

V
- 17. 3/48

Bürgermeister Schacht gibt davon Kenntnis, dass die Verwaltung vorschlägt, den Hafen nicht in städtische Regie zu übernehmen. Es soll aber gleichzeitig angestrebt werden, der Stadt alle Möglichkeiten für die Erweiterung des jetzigen Hafens zu einem grösseren Fischereihafen offenzuhalten. Das Fischereihafenprojekt wird seitens der Verwaltung weiter vorangetrieben und insbesondere eine Besprechung mit den zuständigen Landesplanungsdezernenten in allernächster Zeit vereinbart werden.

~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~
Am 31.5.1948 ist ein entsprechendes Schreiben an die Landesregierung in Kiel abgesandt worden. Bürgermeister Schacht verliest dieses Schreiben und bittet den Rat, ~~zu diesem~~ hierzu ~~Schreiben~~ nachträglich seine Zustimmung zu geben.

Nach kürzerer Debatte gibt ~~der Rat einstimmig seine Zustimmung zu diesem Schreiben.~~ die Gemeindevertretung einstimmig ihre Zustimmung.

Punkt 4) Mitteilungen.

a) Wahl der Vertreter zur Mitglieder-Versammlung des Deutschen Städtebundes am Freitag, den 9.7.48 in Minden.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Gemeinde auf Grund der Satzung des Deutschen Städtebundes zu der Mitglieder-Versammlung 3 (drei) Vertreter zu entsenden hat. Mit Rücksicht auf die Unterbringung und Verpflegung bittet die Geschäftsstelle jedoch, nicht mehr als 2 Vertreter zu entsenden. Weiter weist die Geschäftsstelle darauf hin, dass Mitgliedstädte, die keine Vertreter entsenden können, sich durch ~~xxxxxx~~ eine andere Mitgliedstadt vertreten lassen können, am zweckmässigsten durch den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft des Unterverbandes. Das wäre für die Stadt Wedel, Herr Bürgermeister Staben, Kellinghusen.

Da Herr Stadtdirektor Gau als Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtebundes ohnehin an der Tagung teilnimmt, erklärt sich die Gemeindevertretung damit einverstanden, dass Bürgermeister Staben die Vertretung für Wedel übernimmt.

b) Öffentliche Fernsprechkzellen.

9 Nach einer Mitteilung des hiesigen Postamts
o) dieser Einrichtungen

Bürgermeister Schacht gibt den Ratsmitgliedern davon Kenntnis, dass ~~das Postamt Wedel erklärt hat,~~ in den öffentlichen Fernsprechkzellen in Wedel ~~seien~~ ^{der} in letzter Zeit immer wieder die Handapparate entwendet worden. Es soll nun nochmals eine Überholung erfolgen. Der Bürgermeister bittet die Ratsherren, in der Bevölkerung darauf hinzuweisen, dass Beschädigungen und Entwendungen in den öffentlichen Telefonzellen zu unterbleiben haben. Die Verwaltung hat ein Übriges getan und die ~~xxxxxx~~ Bevölkerung durch Kinoreklame darauf hingewiesen. Eine weitere Reklame ist zwecks Anfertigung eines Diapositivs angefertigt und wird demnächst gezeigt werden.

Stadtrat Beerbaum und Ratsherr Westedt bitten, in dieser ~~xxxxxxxxxxxx~~ Veröffentlichung an die Bevölkerung zu appellieren und nicht mit Strafen zu drohen, da hierdurch die Wirkung vielversprechender ist.

IV

- Nr. 10/44

c) Einrichtung eines städtischen Kindergartens.

Der Bürgermeister teilt mit, dass eine öffentliche Anfrage bei der Bevölkerung ergeben hat, dass im Ortsteil Schulau 42 Kinder und im Ortsteil Wedel 7 Kinder nachgewiesen wurden, die einen Kindergarten zu besuchen wünschen. Davon wohnen im Ortsteil Schulau 23 Kinder in den Baracken. Es kann also noch nicht behauptet werden, dass eine besondere Notwendigkeit für die Kinder der Barackenbewohner besteht. Stadtrat Brauns schlägt vor, diese Angelegenheit zunächst zur Kenntnis zu nehmen und im Herbst d. Jrs. erneut über diese Frage zu verhandeln. Nachdem der Bürgermeister nochmals darauf hingewiesen hat, dass die Liste weiterhin im hiesigen Fürsorgeamt ausliegt und Kinder jederzeit eingetragen werden können, erklärten sich die Ratsmitglieder mit dem Vorschlage des Stadtrats Brauns einverstanden.

d) Anpflanzen von Ebereschen.

Bürgermeister Senacht dankt auf diesem Wege den Baumschulbesitzer Friedr. Timmermann, Holmerstr., für die kostenlose Zurverfügungstellung von 400 Stück Alleebäumen. Diese Bäume sind bereits im Seemoorgebiet in der Pinnebergerstr. gepflanzt worden. Die Ratsversammlung nimmt hiervon Kenntnis.

e) Kartoffelpreise in der Gemeinde Wedel.

Der Bürgermeister teilt mit, daß nach

Der Bürgermeister gibt Kenntnis von einem Schreiben des Ratsherrn Lesshaft, worin er um Aufklärung ~~er~~ ^{erhalten} ist, wie es möglich ist, dass in der Pfingstwoche Kartoffeln zu einem Preis von 25.- RM p. ZW in Wedel verkauft worden sind. ~~Er gibt Kenntnis von einem Bericht der Preisüberwachungsbehörde. Hiernach ist ein Einschreiten leider nicht möglich. Gerade beim Gemüse traten oft Preise auf, gegen die in keiner Weise eingeschritten werden kann, da es sich um Hamburger Gemüse handelt und die Hamburger Preisbehörde die Preise genehmigt hat.~~

Stadtdirektor Gau gibt einen Bericht darüber, dass ~~aber~~ ^{jedoch} 1943 eine öffentliche Sammelstelle eingerichtet ~~war~~, diese ~~aber~~ durch den Gemüsewirtschaftsverband wieder aufgelöst wurde. Zurzeit ist eine Aenderung nicht möglich.

f) Wahl zum Flüchtlingsausschuss.

Der Bürgermeister gibt davon Kenntnis, dass ~~am~~ ^{am} 30.5.1948 4 Flüchtlinge für den Flüchtlingsausschuss gewählt worden sind und zwar

- 1. Skrodzki, Werner mit 402 Stimmen
- 2. Neudörffer, Wolfgang " 342 "
- 3. Brandecker, Ernst " 332 "
- 4. Solms Max " 228 "

als Ersatzmänner gelten;

- 1. Fohl, Robert " 194 "
- 2. Breuer Otto " 134 "

Diese Vertreter sind vom E-Ausschuss bestätigt und können dieses Amt übernehmen. ~~Es handelt sich~~

nun

I, 1

- Nr. 47/48

Der Bürgermeister erklärt, daß nunmehr die Neuwahl der von drei einheimischen ~~in die Neuwahl von~~ X Vertretern durch den Rat zu erfolgen hat für diese Wahl werden aufgestellt:

- Bruno Kahl, *Mühlenteich Nr. 4.*
- Fritz Leszeck, *Leszeck, Rolandstr. 19.*
- Käthe Beyer, *Inden Nr. 26.*
- Wilh. Böger, *Inden Nr. 24.*
- Leo Lansk, *Mühlenteich Nr. 7.*
- Heinr. Brandt, *Mühlenteich 15*

Die geheime Wahl ergibt folgendes:

Bruno Kahl	13	Stimmen
Fritz Leszeck	13	"
Käthe Beyer	13	"
Wilh. Böger	5	"
Leo Lansk	1	"
Heinrich Brandt	3	"

Mithin sind als Vertreter in den Flüchtlingsausschuss gewählt:

- Bruno Kahl,
- Fritz Leszeck
- Käthe Beyer.

g) Postzustellung.

Der Bürgermeister berichtet, dass ab 15.6.48 täglich 2 mal Post zugestellt wird.

h) Autobusverkehr Wedel-Elmshorn.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Autobuslinie Wedel-Elmshorn eingerichtet ist. Ergänzend hierzu verliest Bürgermeister Schacht den Fahrplan der Kraftpostlinie Elmshorn-Wedel-Schulau Fähre.

Die Ratsherren nehmen hiervon Kenntnis.

Zwecks Verhandlung einer vertraulichen Angelegenheit, bittet der Bürgermeister die Zuhörer, die Sitzung zu verlassen. Nach 5 Minuten Vertagung wird in der Verhandlung fortgefahren. ~~Stadtratskassenzinszahlungskassenzahlung~~

h) Mühlenteichreinigung.

^{Nachdem auch} auf Grund der DGO. bittet der Bürgermeister Herrn Stadtrat H. Minschn als Bruder des Mühlenbesitzers die Sitzung zu verlassen hat, verliest der Bürgermeister

ein Schreiben der Rechtsanwälte des Mühlenbesitzers Dr. Raabe und Kober, Hamburg-Altona. Hierin wird die Stadt Wedel aufgefordert, die Einleitung von städtischen Abwässern in den Mühlenteich künftig zu unterlassen und anzuerkennen, dass sie verpflichtet ist, dem Kläger, nämlich ~~xxxxxxxx~~ der Wedeler Mühle, allen Schaden zu ersetzen,

V
- Nr. 42/48

Danach gibt der Bürgermeister den Ratsherren Kenntnis von einem Bericht der Verwaltung von 1.9.46

der ihr durch die unrechtmässige Einführung von Abwässern in den Mühlenteich erwachsen ist und noch entsteht. Der Bürgermeister verliest hierzu das Antwortschreiben der Verwaltung, in dem erwidert wird, dass/dies Angelegenheit nach Einholung von Gutachten und Beratung durch die Stadtvertretung eine diesbezügliche Stellungnahme der Stadt Wedel bis zum 20.d.Mts. erfolgt.

zu der

Die Verwaltung hat in dieser Angelegenheit einen ausführlichen Bericht verfasst, den der Bürgermeister den Ratsherren abschliessend zur Kenntnissnahme gibt.

Zusammenfassend wird vorgeschlagen: Die Stadt besteht ihrerseits auf ihrem Recht zur Einleitung von Abwässern und lehnt daher einen Schadensersatzanspruch der Mühle ab, erklärt sich aber gleichzeitig zu Verhandlungen bereit, die darauf abzielen, Heinsom einen einmaligen Beitrag zu zahlen, weil durch die Ausbaggerung des Mühlenteiches zweifellos eine gewisse Verschönerung des Ortsbildes eingetreten ist und zum anderen eine gewisse Verbesserung der Löschwasserversorgung erreicht würde, andernfalls soll der Müller den tatsächlich entstandenen Schaden ziffermässig nachweisen.

Die Stadtverwaltung ihrerseits nimmt zweckmässigerweise schnellstens Verbindung mit der Tiefbauverwaltung in Hamburg auf, um mit dieser gemeinsam vorzugehen. Siner Prozessführung vor den Gerichten in Hamburg steht nichts im Wege. Der Rechtsvertreter der Wedeler Mühlen hat die Frist zur Abgabe unserer Stellungnahme bis zum 20.d.Mts. verlängert.

Nach einer längeren Debatte, an der sich die Stadträte Bruns, Matthiessen, Beerbaum, Heiseke, sowie stellvertr. Bürgermeister Balke und ~~xxxxRatsxxxx~~ Ratsherr Ansorge beteiligen, ~~wird festgestellt~~ stellt der Bürgermeister fest, dass alle Ratsmitglieder damit einverstanden sind, dass die Stadt Wedel mit Hamburg gemeinsam einen Anwalt bestimmt ~~und alsdann ein Gutachten einholen.~~ In übrigen ~~ist die Auffassung vertreten, dass~~ ~~xxxxVorz~~ ~~xxxxxxxxxxxxxxx~~ als zweckmässig ist, zu einem Vergleich zu kommen.

Bürgermeister Schacht schliesst die Sitzung um 23,30 Uhr.

und sich durch diesen vertreten lässt. Die Ratsmitglieder sind einmütig der Auffassung,

Schacht
.....
Bürgermeister

Kadow
.....
Ratsherr

.....
Ratsherr

H. W.
.....
Stadtdirektor

J. M.
.....
Stadtsekretär als
Protokollführerin.

K - Kadow als Kellner verlässt die Sitzung um 22,15 Uhr. -

Verfg.

1.) Auszüge für nachstehende Abteilungen fertigen:

Punkt 1) und 2) für Abteilung I,1,

" 4f) für Abteilung III,

" 4i) für Abteilung V.

2.) Karteikarten anlegen zwecks Überwachung der einzelnen Dienststellen auf Durchführung der gefassten Beschlüsse.

3.) Z.d.A.

W., d. 22.6.48
D. St. Dir.

125

Protokoll

über die 25. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung
Wedel am Donnerstag, dem 15. Juli 1948, 19 Uhr, im
Rathaus - Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister Schacht
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Beerbaum, Brauns, Behrens, Eydeler Paul,
Eydeler Helmar, Glismann, Heinsohn, Heisecke, Kahl, Kahlmann,
Kleinwort, Lesshaft, Ramcke, Carl, Ramcke-Herbert, Schacht jr.,
Westedt, Mahlow, Matthiessen.

Stadtdirektor Gau
~~Stadtdirektor~~ Schulenburg, Schüttkäker und Hirsch
als Protokollführerinnen.

26 Zuhörer

Die Ratsherren Jenny Behrens und Herbert Ramcke fehlen entschuldigt.

Tagesordnung:

1. Finanzwirtschaft der Stadt Wedel für die Zeit vom 1.7. - 30.9.1948.
2. Satzung für das Unfallmeldewesen.
3. Wahl des ehrenamtlichen Beirats der ZAW.
4. Antrag des Reichsbundes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen - Ortsgruppe Wedel - auf Mitbestimmungsrecht im Wohnungs- und Wohlfahrtsausschuss.
5. Bestätigung der Wahl des Wehrführers Hans Köhler, Schmiedemeister, gem. § 10 des Feuerschutzgesetzes.
6. Wahl des Wahlausschusses für die Vorbereitung und Durchführung der Gemeinde- und Kreistagswahl auf Grund des Gemeinde- und Kreistagswahlgesetzes.
7. Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Bürgermeister eine Erklärung ab über die Ereignisse in Berlin. Insbesondere hebt er die tapfere Haltung der Berliner Bevölkerung hervor und verurteilt die dort angewandten Terrormassnahmen aufs schärfste.

Sodann verliest der Bürgermeister einen Bericht des Arbeitsamtes Elmshorn vom 14.7.48 über die Arbeitsmarktlage.

Punkt I) Verlesung des Protokolls der Hauptausschusssitzung v. 12.7.48.

Dieses Protokoll findet einstimmige Annahme.

Gegen das Protokoll der Ratssitzung vom 10. 6. 48. werden
- Stadtrat Beerbaum erscheint um 19,15 Uhr -

F ebenfalls keine Einwendungen zu erheben

Punkt 1) Finanzwirtschaft der Stadt Wedel für die Zeit vom 1.7. - 30.9.1948.

In einleitenden Worten gibt der Bürgermeister einen Bericht der Kämmererei über die zukünftige Finanzwirtschaft der Stadt ^{Wedel} bekannt. Er führt u.a. aus, dass für die Bedarfsdeckung der Gemeinden zukünftig nur die reinen gemeindlichen Einnahmen zur Verfügung stehen. Zur Überbrückung des ersten Bedarfs wird die Landesregierung einen Überbrückungskredit geben, der wahrscheinlich zu verzinsen ist und zurückgezahlt werden muss.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass mit diesen verringerten Einnahmen die laufenden Ausgaben zu decken sind. Die Haushalte haben in Zukunft ausgeglichen zu sein.

Der Bürgermeister berichtet weiter über Massnahmen der Landesregierung und der Kreise, die in Form von Anordnungen den Gemeinden zur Nachahmung empfohlen werden. Diese behandeln insbesondere die Neubesetzung von Beamten- und Angestelltenstellen, die Kürzung der städtischen Verwaltungs- und Zweckausgaben, die Mittel für einmalige Ausgaben, die laufenden Leistungs- und Lieferverträge und die Broschierung aller nicht lebensnotwendigen Ausgaben.

Der Bürgermeister gibt weiter bekannt, dass von den Überbrückungsbeihilfen nur soviel in Anspruch genommen werden soll, wie unbedingt notwendig ist, um die überschüssenden Beträge der Beihilfen wegen der fälligen Zinszahlungen zurückgeben zu können. Da die Finanzlage noch nicht restlos zu übersehen ist, erscheint es zwecklos, endgültige Planungen zu treffen. Der endgültige Haushaltsplan für den Rest des Haushaltsjahres 1948 soll nicht vor dem 1.10.48 aufgestellt werden. Um mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und den Einnahmen des laufenden Vierteljahres bilanzieren zu können, hat die Kämmererei einen Bewirtschaftungsplan für die Monate Juli bis September ausgearbeitet, der

in den Einnahmen mit d.M. 438.600.-- und
in den Ausgaben einschl.

des ausserordtl. Haushalts

mit d.M. 474.800.--

abschliesst. Der Fehlbetrag ergibt d.M. ^{den} 36.200.--.

Die Kämmererei schlägt vor, dass der Rat ~~Finanzausschuss und~~
~~Hauptausschuss~~ ermächtigt ~~soll~~, ~~dieses~~ vorläufig aufgestellten
Bewirtschaftungsplan auszugleichen und ~~in seiner Endfassung zu~~
~~genehmigen.~~ *dieser alsdann dem Hauptausschuss zur*

Der Bürgermeister ~~erlässt~~ ^{über} hierauf dem Stadtdirektor das Wort, ^{die Deckung}
der ~~den~~ ein Referat über den kommenden Finanzausgleich im
Zeichen der Währungsgesetze hält. Insbesondere spricht er über
die neuen Steuersätze und die Möglichkeiten der Zuschläge auf
die Einkommensteuer. Zum Schluss kommt er auf die Vorlage der
Kämmererei zurück und bittet den Rat, den vorgelegten Bewirtschaftungsplan für die Monate Juli bis September 1948 gemeinsam durch
den Finanz- und Hauptausschuss auszugleichen und beschliessen zu
lassen. Er versichert, dass die Verwaltung durch vorsichtige
Einnahmeschätzung und weitgehende Ausgabenreduzierung diesen
Bewirtschaftungsplan aufgestellt hat. ^{des verbleibenden Fehl-}
betrags ~~soll~~ nach ~~der~~ Beratung durch die Ausschüsse durch Sperrung
einzelner Ausgaben ermöglicht werden, wobei eine Aufhebung der
Sperrung nur statthaft sein soll, wenn Mehreinnahmen oder Minder-
ausgaben im Laufe des Vierteljahres eine grössere Bewegungsfrei-
heit gestatten werden.

Der Bürgermeister stellt sodann diesen Punkt zur Diskussion. Da sich keine Debatte ergibt, würde über folgenden Beschluss abgestimmt :

II, 1
- Nr. 5/48

Der Rat der Stadt Wedel ermächtigt den Finanzausschuss, den Bewirtschaftungsplan vom Juli bis September 1948 zu beraten und auszugleichen und die Beschlüsse dem Hauptausschuss zuzuleiten. Der Finanzausschuss hat dann dem Rat der Stadt Wedel den neuen Haushaltsplan für die Zeit vom 1.7.48 bis 31.3.1949 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dieser Beschluss wird einstimmig angenommen.

Punkt 2) Satzung für das Unfallmeldewesen.

I, 1
- Nr. 47

Der Bürgermeister verliest die im Entwurf vorliegende Satzung über die städt. Unfallmeldestelle und den Krankenwagendienst bei Unglücksfällen, deren Erlass nach Änderung des Wortes "Unfallhilfseinsatz" in "Unfallhilfsdienst" ~~in Punkt 5 Abs. 2~~ in "Unfallhilfsdienst" von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen wird. (Punkt 5 Abs. 2)

Punkt 3) Wahl des ehrenamtlichen Beirats der ZAW.

I, 1
- Nr. 49/48

Die von dem Bauausschuss in seiner Sitzung vom 17.6.48 vorgeschlagenen Bürger für den Beirat der Zentrale für Aufbau und Wirtschaftsförderung der Rolandstadt Wedel (ZAW), nämlich

- 1.) Hochbau: Architekt Hermann Pikull, Schläuerstr.
- 2.) Bauwirtschaft: Maurermeister Walter Stoltze, Tinsdalerweg
- 3.) Bauarbeiterschaft: Zimmerer Johannes Dose, Blöcktwiete
- 4.) Freie Wirtschaft: Direktor Hartmann, Tinsdaler Weg
- 5.) Kunstgeschichte: Verleger Curt Bradus, ABC-Str. ~~11~~
- 6.) Gartengestaltung: Landschaftsgärtner Wilhelm Bohne, Breiterweg,

werden von dem Rat der Stadt Wedel einstimmig gewählt.

Punkt 4) Antrag des Reichsbundes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen - Ortsgruppe Wedel - auf Mitbestimmungsrecht im Wohnungs- und Wohlfahrtsausschuss.

I, 1
- Nr. 52/48

Bürgermeister Schacht verliest einen Antrag des Reichsbundes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen - Ortsgruppe Wedel - sowie den heute vorgelegten Antrag der Union der Schwerkriegs-, Körperbeschädigten und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Wedel + auf Mitbestimmungsrecht im Wohnungs- und Wohlfahrtsausschuss, in denen Angelegenheiten ~~in~~ ihrer Mitglieder zur Entscheidung vorliegen.

Nach längerer Debatte, an der sich die Stadträte Brauns, Kahlmann, Beerbaum, Mattheissen sowie Ratsherr Mahlow und Ratsherr Westedt beteiligen, schlägt Ratsherr Mahlow vor, dass ^{die genannten} Organisation ~~zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder und der ihr angehörenden Gruppen, die sich vertreten lassen wollen,~~

1 Vertreter in Fragen des Wohnungs- bzw. Wohlfahrtswesens zu benennen hat. ^F Dieser Vorschlag wird von der Gemeindevertretung zugestimmt.

Punkt 5) Bestätigung der Wahl des Wehrführers Hans Köhler, Schmiedemeister, gem. § 10 des Feuerschutzgesetzes.

~~Der Bürgermeister berichtet, dass~~ Die Feuerwehrmänner haben aus ihrer Mitte den Bürger Herrn J. Hans Köhler, Wedel, Bahnhofstr. 69, auf die Dauer von

von 6 Jahren gewählt. Gemäss § 18 Abs. 1 des ~~Feuerschutzgesetzes~~
~~bedarf dieser Wahl der Bestätigung durch die Gemeindevertretung.~~
Die Gemeindevertretung bestätigt die Wahl des Wehrführers
I. Hans Köhler, Wedel, Bahnhofstr. 69, auf die Dauer von 6 Jahren
einstimmig.

Punkt 6) Wahl des Wahlausschusses für die Vorbereitung und Durchfüh-
rung der Gemeinde- und Kreiswahl auf Grund des Gemeinde-
und Kreiswahlgesetzes.

Bürgermeister Schacht weist darauf hin, dass die Gemeinde- und
Kreiswahl bekanntlich am 24.10.1948 durchgeführt werden soll.
Zu diesem Zweck ist zu beschliessen:

- a) über die Zahl der Vertreter
- b) über die Wahl der Mitglieder des Wahlausschusses.

Zu a) Nach § 13 (2) des Wahlgesetzes vom 15.6.1948 und § 2 b
der Gemeinde- und Kreiswahlordnung vom 15.6.1948 ist die
Zahl der Vertreter vor jeder Neuwahl durch die Gemeinde-
vertretung auf Grund der jeweils letzten amtlichen Volks-
zählung festzustellen.

II
- Nr. 60/48

Die Volkszählung am 29. und 30. Oktober 1946 hat für die
Gemeinde Wedel eine Bevölkerungszahl von 14 161 Personen
ergeben. Somit fällt Wedel in die Gruppe 10 - 15 000 Ein-
wohner. Es sind

insgesamt 20 Vertreter zu wählen,
und zwar 12 unmittelbare Vertreter
und 8 Listenvertreter. In jedem

Wahlbezirk wird je ein unmittelbarer Vertreter gewählt, so
dass die Gemeinde in 12 Wahlbezirke einzuteilen ist. Die
Abgrenzung und Einteilung der Wahlbezirke ist Aufgabe des
von der Gemeindevertretung zu wählenden Wahlausschusses.

Zu b) Nach § 18 (2) des Wahlgesetzes und § 3 (1) der Gemeinde-
und Kreiswahlordnung hat die Gemeindevertretung einen
Wahlausschuss zu wählen, der sich wie folgt zusammen-
setzt;

Vorsitzender = Wahlleiter (Leiter der Gemeindever-
waltung, also der Stadt-
direktor)

Stellv. Vorsitzender = stellv. Wahlleiter

ferner: drei bis acht Beisitzer

ausserdem: für jeden Beisitzer einen Stellvertreter.

Ein Beisitzer, sowie auch der Stellvertreter, kann Mitglied
der Gemeindevertretung sein, wenn nicht, muss er im Wahl-
gebiet wählbar sein.

Bei der Berufung der Beisitzer und ihrer Vertreter sollen
möglichst alle Parteien berücksichtigt werden.

Vertrauensmänner für Wahlvorschläge und deren Stellver-
treter können nicht Mitglieder des Wahlausschusses sein.
Wer selbst für die Wahl kandidiert, kann gleichfalls nicht
Mitglied des Wahlausschusses sein.

Der Bürgermeister verliest § 18 des Wahlgesetzes und die
Wahlordnung. Er schlägt sodann vor, diesen Wahlausschuss
aus 8 Beisitzern zu bilden unter dem Vorsitz des Gemeinde-
leiters, der seinen Stellvertreter selbst bestimmen soll.

X Ratsherr Mahlow schlägt als Beisitzer vor:

- 4 Mitglieder der SPD
- 2 " " FDP
- 1 Mitglied " CDU und
- 1 " " KPD.

stellv. B. Bahke

Stellv. Bürgermeister Bahlke macht folgenden Vorschlag:

2	Vertreter der	SPD
2	"	" FDP
2	"	" CDU
2	"	" KPD.

Es wird über beide Vorschläge abgestimmt. Ergebnis:

Für den Vorschlag Bahlke 7 Stimmen gegen 12 Stimmen
" " " Mahlow 12 " " 7 "

Mithin ist der Vorschlag des Ratsherrn Mahlow angenommen.

~~HEXX~~ Ratsherr Mahlow reicht für die SPD folgende Vorschläge ein:

1. Wilhelm Dziubek sen.
Stellvertr. Dr. Wilhelm Mötting
2. Jonny Wichmann
Stellv. Johannes Borchert
3. Ernst Kastner
Stellv. Herbert Ramcke
4. Frau Martha Biernoth
Stellv. Frau Mary Brauer

Stellv. Bürgermeister Bahlke wird die Vorschläge seiner Partei innerhalb 5 Tagen nachreichen, gleichfalls Stadtrat Matthiessen für die CDU.

Stadtrat Beerbaum benennt für die KPD:

- ✓ Leo Lanzki
Stellvertreter wird nachbenannt. ✕

Der Bürgermeister schlägt vor, das Wählerverzeichnis für Wedel nach Strassen und innerhalb der Strassen nach Hausnummern zu ordnen. In den Baracken sollen innerhalb der Häuser noch die Wähler alphabetisch geordnet werden. Dieser Vorschlag wird allgemein gebilligt.

Stadtdirektor Gau teilt mit, dass zu dieser Wahl jeder einzelne Wähler noch eine Benachrichtigung erhalten soll.

Stadtrat Brauns betont, dass diese Ausgaben schon gemacht werden müssten, da es sich diesmal um 3 oder 4 Wahlen handelte.

Punkt 7) Verschiedenes.

- a) Unterstützung der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, z.Zt. Barnstorf (Bezirk Bremen).

I, 1
- Mr. 23/48

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, z.Zt. Barnstorf, Bez. Bremen, an die Stadt Wedel die Bitte gerichtet hat, sich an dem gemeinschaftlichen Werk der Gesellschaft fördernd zu beteiligen.

Die Verwaltung schlägt eine einmalige Spende von DM. 20.-- vor.

Stadtrat B e e r b a u m hält den Betrag von DM. 20.-- für etwas zu gering. Es wird jedoch sodann einstimmig beschlossen, der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger eine einmalige Spende von DM. 20.-- zukommen zu lassen.

- b) Meldung aus dem "Norddeutschen Echo-Xiel" über die Firma Aromax Wedel.

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben der Firma Aromax an das Ratkollegium der Holandstadt Wedel betr. einer in der Sonderausgabe des "Norddeutschen Echo" vom 26.6.48 gebrachten Meldung über Entlassungen ~~mitunter~~ im Kreise Pinneberg.

Er gibt sodann die Entgegnung der Geschäftsleitung und des Betriebsrats der Firma Aromax bekannt. Dieses wird zur Kenntnis genommen.

- c) Wahl eines Ersatzmitgliedes für Jakob Gillmann für den Wohnungsausschuss.

I, 1
- 23/
48-

Der Bürgermeister teilt mit, dass Herr Jakob Gillmann von seinem Amt als Mitglied des ~~Richtik~~ Wohnungsausschusses zurückgetreten ist und der Flüchtlingsausschuss als Ersatzmitglied Frau Dora Schulz-Liefeld in Vorschlag gebracht hat.

Dieser Vorschlag wird von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

- d) Neuwahl von beratenden Ausschussmitgliedern.

I, 1
- 25/
48-

Bürgermeister Schacht gibt den Ratsmitgliedern davon Kenntnis, dass der Flüchtlingsausschuss das bisherige ~~mitglied~~ beratende Mitglied des Wohnungsausschusses Herrn Werner Renner, Bismarckstr. 20, abberufen hat und als Ersatzmitglied Frau Käthe Beyer, Lindenstr. 26, gewählt wurde. Er berichtet weiter, dass Herr Dr. Oberhoff aus persönlichen Gründen das Amt eines Beirats im Gesundheitsausschuss abgelehnt hat und hierfür Herr Dr. Willers, Hoophof 16, in Vorschlag gebracht worden ist.

Der Rat beschliesst, diesen Vorschlägen zuzustimmen.

- e) Einrichtung einer Schlichtungsstelle

Der Bürgermeister berichtet, daß der Flüchtlingsausschuss in der Sitzung am 6.7.48 auf Grund des Flüchtlingsnotgesetzes für die einzurichtende Schlichtungsstelle folgende Personen vorgeschlagen hat:

1. Gerichtsrat Dr. Bauer (Flüchtling), Lager Rosengarten,
2. Arbeiter Friedrich Schulze, (Hamburger Ausgebombter), Elbhöhe.

Da bisher nur die Zustimmungserklärung des Friedrich Schulze vorliegt, wird über diesen Vorschlag abgestimmt.

Stimmergebnis: 13 Stimmen für Schulze
4 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen.

Somit ist als Schlichter Friedrich Schulze gewählt.
dass darüber noch nichts Endgültiges bekannt sei.

g) Lebensmittelkartenausgabe.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass von der Verwaltung beabsichtigt sei, die Lebensmittelkartenausgabe nicht mehr im Sitzungssaal stattfinden zu lassen, sondern in ~~unterschiedlichen~~ verschiedenen Büros des Rathauses zu verlegen.

h) Aufruf an die Bevölkerung.

Stadtrat Heiseke weist eindringlichst auf die ~~enorme~~ Not unter den alten Leuten und den Flüchtlingen hin und bittet die Verwaltung, einen Aufruf ähnlich wie bei der Mübelsammlung im Oktober vorigen Jahres zu erlassen.

IV

- 77. 10/48

~~Stadtrat~~ Stellvert. Bürgermeister Balke und Stadtrat Matthiessen unterstützen diesen Antrag.

Es wird sodann einstimmig beschlossen, einen Aufruf, der von der Verwaltung, dem Rat der Stadt Wedel und dem Flüchtlingsausschuss zu unterschreiben ist, zu erlassen.

In diesem Zusammenhang schlägt Stadtrat Ramcke vor, eine Lotterie zu veranstalten. Dieser Vorschlag findet bei allen Ratsherren grossen Anklang.

Es wird beschlossen, einen Ausschuss hierfür zu bilden, der aus folgenden ~~Personen~~ ^{Personen} bestehen soll:

1. ~~dem~~ Vorsitzenden des Wohlfahrtsausschusses
2. " Vorsitzenden des Flüchtlingsausschusses,
3. " Vorsitzenden der Wedeler Hilfsgemeinschaft
- und " Bürgermeister.

i) Selbstschutz.

Auf eine Anfrage des Stadtrats Matthiessen erklärt Stadtrat Glissmann, dass in seinem Wohnbezirk der Selbstschutz tadellos funktioniert.

III

- 77. 10/48

Im übrigen richtet Herr Glissmann an die Verwaltung die Bitte, einige Taschenlampenbatterien für den Selbstschutz zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, die Durchführung des Selbstschutzes in allen Bezirken zu überprüfen.

k) Siedlungsbauvorhaben.

Stadtrat Glissmann gibt einen Bericht über den Stand der Siedlungsbauvorhaben Reiterplatz und Moorweg. Er bittet um weitgehende Unterstützung, damit diese Bauvorhaben unter Dach und Fach kommen.

Stadtrat Brauns ist der Ansicht, dass der Rat sich bald mit langfristigen Darlehen usw. beschäftigen wird. Zurzeit lässt sich nicht überschauen, wie weit die Banken Kredite zur Verfügung stellen können.

Ratsherr Lesshaft bittet nicht nur um Unterstützung in DM, sondern auch sonst helfend und schützend zur Hand zu sein.

Der Bürgermeister berichtet über die Möglichkeiten der Weiterführung des 100 Wohnungsbaues auf dem Kronskamp.

Stadtrat Ramcke fragt an, wie weit die Ausgestaltung des Marktplatzes gediehen ist.

Ratsherr Ansoerge teilt mit, dass die Architekten den Wettbewerb ausgeschlagen hätten, weil die ~~zur Verfügung~~ ^{zur Verfügung} ~~gestellten~~ ^{gestellten} Mittel zu gering waren.

Das

gestellten Mittel

Das Bauamt befasst sich zurzeit daher selbst mit diesen Entwürfen.

Bürgermeister Schacht schliesst die Sitzung um 22 Uhr.

Schacht
Bürgermeister

Fleischer
Rathherr
Radwan
[Signature]
Stadtsekretor

Yunhass
Rathherr
[Signature]
Protokollführerin

Verfg.

1.) Aussige für nachstehende abteilungen fertigen:

Pkt. I)	Abt. I,1
Pkt. 1)	" II,1
Pkt. 2,4,5	" I,1
Pkt. 3)	" V
Pkt. 6)	" III
Pkt. 7a) (II,1 s. Kennzn.)	" I,1
Pkt. 7 b,c,d,e	" I,1
Pkt. 7f) (Umlauf)	" VII,1
Pkt. 7h)	" IV
Pkt. 7i)	" III

*ab. 19/7.48
Flu*

2.) Karteikarten anlegen zwecks Überwachung der einzelnen Dienststellen auf Durchführung der Beschlüsse.

3.) z.d.A.

Wedel, den 19.7.48.

D. St.Dir.

Flu

43
P r o t o k o l l

Über die 25. Öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Rolandstadt Wedel am Donnerstag, dem 14. Oktober 1948, 19 Uhr, im Rathaus-Sitzungsaal.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender.

Folgende Mitglieder der Gemeindevertretung:

Ansorge, Balke, Behrens, Beerbaum, Brauns,
Eydeler Paul, Eydeler Helmar, Glismann,
Heinsohn, Heiseke, Kahl, Kuhlmann, Kleinwort,
Lesshaft, Ramcke Carl, Schacht jr., Westedt, Mahlow,
Matthiessen.

Stadtdirektor G a u

Schulenburg, Schüttkäker und Hirsch
als Protokollführerinnen.

25 Zuhörer

Ratsherr Herbert R a m c k e fehlt entschuldigt.

T a g e s o r d n u n g :

1. Verlesung von Protokollen verschiedener Ausschusssitzungen.
2. Kurzer Rechenschaftsbericht des Bürgermeisters über die Arbeit der Gemeindevertretung der Rolandstadt Wedel seit dem 15.9.1948.
- 2a. Änderung des § 1 Abs. 4a der Vergütungssteuerordnung für die Stadtgemeinde Wedel.
- 2b. Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses über den Haushaltsplan für die Zeit vom 1.7.48 - 31.3.49.
- 2c. Erlass der Haushaltssatzung.
3. Einrichtung einer Schlichtungsstelle auf Grund des Runderlasses Nr. 5/48 zum Durchführungsgesetz des Kontrollratsgesetzes Nr. 18.
4. Betriebsatzung für die Stadtwerke Wedel/Holst. mit Dienstanzweisung für Werkleitung.
5. Bildung der Kreisberufsschule.
6. Besichtigung des Pflanz-Stütze-Heims in Hörnum durch die Jugendführerkommission.
7. Verschiedenes.
8. Mitteilungen.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass diese ordnungsgemäß einberufen und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Er teilt mit, dass ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion eingegangen ist, die Turnhalle Bergstrasse in städtischen Besitz zu überführen. Diese Angelegenheit wird unter Pkt. 6a) in die Tagesordnung aufgenommen. Alsdann fragt der Bürgermeister die Ratsmitglieder, ob gegen das Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 15.7.1948 Einwendungen erhoben werden. Dieses ist nicht der Fall und das Protokoll somit einstimmig genehmigt.

Punkt 1) Verlesung von Protokollen verschiedener Ausschusssitzungen.

a) Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses vom 20.7.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

b) Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses vom 11.8.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

c) Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses vom 18.8.48.

Zu diesem Protokoll führt der Vorsitzende aus, dass der Hauptausschuss beschlossen habe, Angelegenheiten des Flüchtlingsausschusses den Fraktionen zu überlassen, und in der Ratsversammlung hierzu Stellung zu nehmen.

Der Bürgermeister weist sodann auf den Fall des Flüchtlingsausschussesmitgliedes ~~Neudörffer~~ ~~Neudörffer~~ hin und bittet die Fraktionen, ~~das Verhalten des Herrn Neudörffer~~ ~~das Verhalten des Herrn Neudörffer~~ zu beurteilen. Ratsherr ~~Ma~~ ~~Ma~~ ~~h~~ ~~l~~ ~~o~~ ~~w~~ verurteilt das Verhalten des Herrn Neudörffer und erklärt, dass es nicht angehen könne, dass Angelegenheiten, die ~~ix~~ ~~Ausschlüsse~~ ~~verhandelt~~ ~~werden~~, veröffentlicht oder an den Rundfunk herangetragen werden. ~~Schritte~~ ~~hiergegen~~ ~~nicht~~ ~~unternommen~~ ~~werden~~, ~~sonst~~ ~~wird~~ ~~das~~ ~~Protokoll~~ ~~zurück~~ ~~genommen~~.

Stellvertreter Bürgermeister ~~B~~ ~~a~~ ~~l~~ ~~k~~ ~~e~~ betrachtet den Fall von seiner Partei aus als erledigt.

Der Bürgermeister ~~erklärt~~, dass sämtliche Parteien, die im Hauptausschuss vertreten sind, das Verhalten von Herrn Neudörffer missbilligen, da dieses eine ~~grobe~~ Verletzung der Verschwiegenheit darstellt. Er stellt ferner fest, dass auch der Parteifreund des Herrn Neudörffer, Herr Stadtrat Matthiessen, von diesem Verhalten abrückt.

Die Debatte hierüber wird sodann beendet.

~~Das Protokoll~~ ~~ist~~ ~~übrigen~~ ~~einstimmig~~ ~~angenommen~~, ~~wird~~ ~~das~~ ~~Protokoll~~

d) Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses vom 2.9.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

e) Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses vom 23.9.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

f) Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses vom 7.10.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

g) Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses vom 11.10.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

(Wohnungsangelegenheiten Kuhlmann/Simon)
 Da ihre Stellungnahme
 über
 Nur mit Rücksicht
 auf die bevorstehende Wahl werde von
 weiteren Schritten
 abgesehen.
 erklärt

- h) Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für das Sportwesen und die Sportpflege vom 16.8.48.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

- i) Protokoll über die Sitzung des Ausschusses der Stadtwerke Wedel vom 30.8.48.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Hauptausschuss beschlossen hat, über die Punkte 3), 7), 8b) und 8c) dieses Protokolls eine Entscheidung der Gemeindevertretung herbeizuführen.

Zu Punkt 3) - Durchberatung und Stellungnahme zu den Entwürfen der Betriebsatzung - wird auf Pkt. 4) der Tagesordnung verwiesen.

Zu Punkt 7) - Zählerkontrolle -

erklärt der Bürgermeister, dass diese Angelegenheit inzwischen zur Zufriedenheit aller wurde.

gesehen

Betreffs des Mehrverbrauchs an Strom entspann sich eine längere Debatte, an der sich die Ratsherren Lesshaft, Mahlow, Beerbaum und stellvertr. Bürgermeister Balke beteiligten. Stadtdirektor Gau macht den Vorschlag, dass 3/5tel der Kosten für Monat August 1948 die Stadtwerke übernehmen und 2/5tel die Stadtkasse.

Dieser Vorschlag findet einstimmige Annahme.

Bausmerke

- Nr. 24/48 - V -

Punkt 8b) u. c) - Feuerlöschwesen -

Auch hierüber wurde lebhaft debattiert. Stadtrat Rancke begründet die Notwendigkeit einer Schliessung der Ringleitung des Hauptwasserrohrnetzes vom Mühlenweg bis zum Rathausplatz.

Bürgermeister Schacht erwidert hierauf, dass ein Antrag auf Vorlage eines entsprechenden Kostenvoranschlages bei der Fa. J.D. Müller bereits gestellt worden ist.

Bezüglich der Anschaffung von Trockenlöschern wird die Verwaltung beauftragt, schnellstens einen Kostenanschlag dem Hauptausschuss vorzulegen.

Ratsherr Lesshaft weist nochmals auf die besondere Dringlichkeit dieser Angelegenheit hin, da die Heizungsperiode bereits begonnen hat.

- Nr. 23/48 - Haushalt -

Im Übrigen wird das Protokoll einstimmig angenommen.

- j) Protokoll über die 14. Sitzung der Jugendfürsorgekommission vom 14.9.1948.

Nach Stellungnahme des Stadtrats Brauns zu den Punkten 3) und 4) dieses Protokolls erfolgt eine Debatte über die Möglichkeiten zur Bekehrung der moralisch gefährdeten Jugendlichen

Jugendlichen. Einem Vorschlage auf vorübergehende Unterbringung im Jugendheim in Hörnum oder anderen Heimen entgegnet Stadtrat Matthiessen, dass diese Massnahme wegen der Infektionsmöglichkeiten nicht angebracht erscheine. Er regt an, Patenstellen für diese Jugendlichen zu schaffen. Stadtrat Beerbaum hält es für zweckmässig, dass die Jugendfürsorgekommission sich mit dem Strafvollzug in Verbindung setzt, um Strafaufschub zu erlangen und die Jugendlichen sodann in ein Jugendheim einzuweisen. Falls sie sich dort bewähren, ist zu erwirken, dass auf längere Zeit eine Bewährungsfrist eingeräumt wird.

Allgemein wird die Unterbringung in Heimen begrüsst. Stadtrat Brauns schlägt vor, in Verbindung mit dem Arbeitsamt diese Möglichkeit weiter zu erwägen und regt demzufolge an, in die neue Jugendfürsorgekommission einen Vertreter des Arbeitsamtes zu wählen.

Im übrigen wird das Protokoll zur Kenntnis genommen.

- k) Protokoll über die Sitzung des Bauausschusses vom 5.10.48 mit Fortsetzung am 12.10.48.

Punkt 3a) - Antrag auf Übertragung des baupolizeilichen Genehmigungsverfahrens auf das Stadtbauamt für Bauvorhaben bis zu 10.000.-- DM. -

- Nr. 74/48
Nach einer längeren Debatte kommen die Ratsmitglieder zu dem Entschlusse, einen diesbezüglichen Antrag beim Kreisbauamt einzureichen. Es soll hierbei auch die Gebührenfrage angeschnitten werden, um diese evtl. herabzusetzen oder ganz zu erlassen.

Im übrigen wird das Protokoll einstimmig angenommen.

- l) Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für das Sportwesen und die Sportpflege vom 13.10.48.

Zu Punkt 3b) - Strandbad - wird noch über die Unterbringung der Barackenbewohner bei Anpachtung des Strandbadgeländes kurz debattiert. Stadtrat Kuhlmann erklärt hierzu, dass bis zum 1.4.49 die Umquartierung erfolgt sein wird. Danach wird das Protokoll einstimmig angenommen.

- m) Zu dem Protokoll über die Sitzung des Flüchtlingsausschusses vom 25.9.48 teilt Bürgermeister Schacht mit, dass in der Wohnungssache Nagel/Behrens morgen eine Besprechung mit den Herren Poessel/Schindler vom Kreisflüchtlingsamt Pinneberg stattfindet. Er empfiehlt, das Ergebnis zunächst abzuwarten, bevor zu dieser Angelegenheit weiter Stellung genommen wird. Hiermit erklären sich die Ratsmitglieder einverstanden. Stadtrat Beerbaum bittet, auch die Öffentlichkeit nach abgeschlossener Verhandlung über das Ergebnis zu unterrichten.

- Punkt 2) Kurzer Rechenschaftsbericht des Bürgermeisters über die Arbeit der Gemeindevertretung der Rolandstadt Wedel seit dem 15.9.46.

Der Bürgermeister gibt eine kurze Übersicht über die Tätigkeit des Gemeinderates seit dem 15.9.1946.

Er stellt den Bericht sodann zur Debatte. Nach Erledigung kleiner Anfragen dankt Stadtrat Brauns dem Bürgermeister für die grosszügige, loyale Art, mit der er die Arbeit geleitet habe und bittet die Ratsmitglieder, ihren Dank, ebenfalls auch für den stellvertretenden Bürgermeister Balke,
D.W.

Punkt 2 a) Änderung des § 1 Abs. 4a der Vergütungssteuerordnung für die Stadtgemeinde Wedel.

Der Bürgermeister verliest § 1 Abs. 4a der Vergütungssteuerordnung für die Stadtgemeinde Wedel, worin folgendes festgelegt ist:

"Vergütungen, bei denen der Eintrittspreis (§ 6) nicht mehr als 50 Dpfg. beträgt, gelten nicht als steuerpflichtige Vergütungen."

In der Verfg. der Kreisverwaltung Pinneberg - Amt für Inneres - Gemeindeaufsicht vom 30.7.48 wird unter Bezugnahme auf diese Bestimmung der Vergütungssteuerordnung bindend vorgeschrieben, dass bei derartigen Veranstaltungen die §§ 16 (Versteuerung nach der Roheinnahme) und 20 (Versteuerung nach der Grösse des benutzten Raumes nicht heranzuziehen sind.) Nach dem Währungsschnitt wirkte diese Bestimmung sich für die Gemeinden finanziell äusserst ungünstig aus. Nunmehr ist den Gemeinden durch einen Erlass der Landesregierung die Möglichkeit gegeben, die 50 Dpfg.-Freigrenze durch einen Genehmigungsantrag an die Landesregierung aufheben zu lassen. Dem Antrag muss ein Beschluss der Gemeindevertretung zugrunde liegen, der dem Antrag beizufügen ist.

Nach kurzer Debatte wird dem Vorschlage des Finanzausschusses vom 8.10.48 zugestimmt, Abs. 4a des § 1 zu streichen und als Absatz 4 folgende Fassung zu wählen:

(4) Als steuerpflichtige Vergütungen gelten nicht:

a) sportliche Veranstaltungen nicht berufsmässiger und nicht gewerbemässiger Art insoweit, als der Eintrittspreis nicht mehr als 1.-- DM beträgt sowie Vorführungen einschliesslich sportlicher Veranstaltungen von Besuchern anerkannter Erziehungsanstalten oder Jugendvereinigungen, wenn die Vorführenden kein Entgelt erhalten und wenn der Ertrag zu Zwecken verwendet wird, die dem Charakter des Veranstalters entsprechen.

b) Veranstaltungen anerkannter Erziehungsanstalten, die Bestandteile der Unterrichtskurse sind.

2 b) Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses über den Haushaltsplan für die Zeit vom 1.7.48 - 31.3.49.

Ratsherr Mahlow gibt einen Bericht zum Haushaltsplan, der in der Einnahme und Ausgabe mit 1.655.725.-- DM abschliesst und somit ausgeglichen ist.

Er erklärt, dass der Finanzausschuss den Haushaltsplan in seiner Sitzung am 8.10.48 einstimmig angenommen hat.

Anfragen einiger Ratsherren betr. das Krankenhauserweiterungsbaues, der Seuchenbaracke und Personalkosten werden vom Bürgermeister zufriedenstellend beantwortet.

Danach wird das Protokoll über die Finanzausschusssitzung vom 8.10.48 einstimmig genehmigt.

Ratsherr Mahlow dankt der Verwaltung und den Mitgliedern des Finanzausschusses für die bisher geleistete Arbeit.

2 c) Erlaas der Haushaltssatzung.

Die von dem Bürgermeister verlesene Haushaltssatzung der Gemeindeverwaltung der Rolandstadt Wedel für die Zeit vom 1.7.48 - 31.3.49 wird wie folgt von der Gemeindevertretung einstimmig angenommen:

Haushaltsatzung

der Gemeindeverwaltung der Rolandstadt Wedel
für die Zeit vom 1. 7. 1948 - 31. 3. 1949

- - - - -

Nach den §§ 83 ff. der Deutschen Gemeindeordnung in der Fassung der Verordnung Nr. 21 der Militärregierung wird auf Grund des Beschlusses der Stadtvertretung vom 14. 10. 1948 folgende Haushaltsatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Zeit vom 1.7.1948 - 31.3.1949 wird in ordentlichen Haushalt

in der Einnahme auf	1.655.725,-- DM
in der Ausgabe auf	1.655.725,-- DM

und in ausserordentlichen Haushalt

in der Einnahme auf	-,-- DM
in der Ausgabe auf	-,-- DM

festgesetzt.

§ 2

Die Steuererlöse (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer:

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Hebesatz: 105 v.H.
- b) für die übrigen Grundstücke Hebesatz: 160 v.H.*

2. Gewerbesteuer:

nach dem Ertrag und dem Kapital Hebesatz: 220 v.H.

§ 3

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Stadtkasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 150.000,-- DM festgesetzt.

§ 4

Darlehen sind nicht aufzunehmen.

Wedel, den 14. Oktober 1948

Im Auftrage des Rates der Rolandstadt Wedel

gez. Schacht
Bürgermeister

gez. Westedt
Ratsmitglied

punkt 5) Bildung der Kreisberufsschule.

II
- 77. 87/48

Die am 10.7.1947 ~~unter~~ von dem Berufsschulkuratorium in Pinneberg getroffene Vereinbarung über die Bildung einer Kreisberufsschule wird von der Gemeindevertretung einstimmig angenommen. In Übrigen schliesst sich der Rat der Stadt Wedel dem Beschluss des Schulausschusses an, dass nämlich seitens der Stadtverwaltung bei der Kreisaufsichtsbehörde darauf zu drängen ist, dass sämtliche Berufsschulfragen, insbesondere die Unterhaltung einer hauswirtschaftlichen Berufsschule in Wedel, die Unterhaltung einer eigenen Klasse für die optischen Lehrlinge der Firma I.D.Möller sowie die Unterhaltung einer eigenen Gärtnerfachschulklasse in den Gesamtplan mit einzubeziehen sind und bald ein neuer Gesamtplan des Kreisberufsschulkuratoriums dem Rat der Stadt Wedel zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

punkt 6) Besichtigung des Fünf Städte-Heims in Hörnum durch die Jugendfürsorgekommission.

I. 0. 77. 4/48

Schreiben

Die Jugendfürsorgekommission zu einer Besichtigung des Fünf Städte-Heims in Hörnum eingeladen, da nicht allzu grosse Kosten zu verursachen, etc.

Der Bürgermeister verliest einen ~~Entwurf~~ des Vorsitzenden der Jugendfürsorgekommission vom 15.9.1948, in dem gebeten wird, ~~eine Besichtigungsfahrt für die Kommission nach Hörnum vorzunehmen~~ um festzustellen, in welchem Masse dieses Heim auch für Zwecke dieser Kommission nutzbar gemacht werden kann. /

In Anbetracht der schwierigen Finanzverhältnisse ~~ist~~ beschlossen, ~~zum Zeitpunkt~~ ~~bestehender~~ Gelegenheit einige von Zeit zu Zeit einige Mitglieder dieser Kommission als Reisebegleiter nach Hörnum mitfahren zu lassen oder im Stadtwagen bei sich bietender Gelegenheit mitzunehmen. ~~Dies~~ Die Kosten hierfür sind von der Stadt Wedel zu tragen.

Punkt 6a) Antrag der SPD-Fraktion auf Klärung der Eigentumsverhältnisse der Turnhalle Bergstrasse.

Die SPD-Fraktion beantragt, der Rat der Rolandstadt Wedel wolle beschliessen, die Turnhalle Bergstrasse endgültig als unveräusserliches Eigentum der Stadt anzusehen, wobei die nachstehende Begründung als Rechtsgrundlage der Übernahme zu dienen hätte.

Begründung:

Die dem früheren Arbeiter-Sport-Kartell e.V. gehörenden Turnhalle an der Bergstrasse mit dazu gehörigem Grundstück wurde im Jahre 1933 im Zuge des Verbots aller marxistischen Organisationen beschlagnahmt und dem Kreis Pinneberg zur Verwaltung übertragen. Später ging dann die Verwaltung der Halle an die Stadt Wedel über.

Das Arbeiter Sport-Kartell besteht nicht mehr; es sind nur noch Teilorganisationen und Einzelmitglieder des Kartells vorhanden, die ihre Rechtsansprüche im Zuge der Wiedergutmachung und Wiederherstellung der ursprünglichen Besitzverhältnisse geltend machen können. Auf Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei, Ortsverein Wedel, sollen nunmehr Rechtsverhältnisse geschaffen werden, die es ermöglichen, einen planmässigen Aufbau der durch Kriegseinwirkungen geschädigten Turnhalle zu fördern und allgemeinen kulturellen Zwecken dienstbar zu machen.

In erster Linie soll die Halle dem Schüler- und Jugendturnen dienen, darüber hinaus durch entsprechenden Ausbau aber auch den Organisationen und Vereinen als Versammlungsraum, den Schulen als Aula zur Verfügung stehen. Das Benutzungsrecht der Halle hätte sich nach den allgemeinen Grundsätzen stadteigener Baulichkeiten zu regeln. Die Übereignung kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass die Stadt Wedel die Halle weder an Privatpersonen noch an Organisationen oder Vereine, gleich welcher Art, verkauft, verpachtet oder verschenkt. Für den Fall eines Verstosses gegen solche Bedingung behalten sich die Einzelmitglieder und Teilorganisationen das Recht vor, das Arbeiter-Sport-Kartell neu zu bilden und ihre Rechtsansprüche unabhängig von allen inzwischen eingetretenen baulichen Veränderungen, Kapitalinvestierungen usw. geltend zu machen und die Rückgabe der Halle mit dem dazugehörigen Gelände zu verlangen.

1-11.45/48 Vorstehender Antrag wird einstimmig angenommen,

Punkt 7) Verschiedenes.

a) Schiedsmänner. Wahl eines Schiedsmannes.

Der Bürgermeister teilt mit, dass Herr Heinrich J e n s aus ~~dem Amt des~~ Schiedsmannes ausgeschieden ist. Die Ratsmitglieder sind sich darüber einig, die Neuwahl eines Schiedsmannes bis nach der Wahl zurückzustellen.

Befugnis er-b) Bestimmung auf der 3-Jahrs. Der Verwaltung, bei der Reichsbahn ein Wagen mehr angehängt und die Klasse eingeschränkt wird. derartiger Staudirektor Gau erwidert hierauf, dass ein solcher Antrag bereits gestellt ist worden ist.

Bürgermeister S c h a c h t dankt den Ratsmitgliedern nochmals für ihre Mitarbeit und schliesst die Sitzung um 23,00 Uhr.

wenden

Schacht
.....
Bürgermeister

Ammann
.....
Ratsherr

X *Ger*
.....
Stadtdirektor

Peters
.....
Ratsherr

Kleinmayer
.....
Stadtsekretär als
Protokollführerin

Verf.

1.) Auszüge für folgende Abteilungen fertigen:

ab 18/10/48

Pkt. 1 a), b), c), d), e), f), g)	für Abt. I, 1
Pkt. 1 h)	" " V
" 1 i)	" " V u. Stadtv.
" 1 j)	" " IV
" 1 k), l)	" " V
" 1 m)	" " VI
" 2	" " I, 1
" 2 a), b), c)	" " I, 1
" 3)	" " VI
" 4) 5)	" " I, 1
" 6)	" " I, 0
" 6 a)	" " V
" 7 a)	" " I, 1

2.) Karteikarten anlegen/ zwecks Überwachung der einzelnen Dienststellen auf Durchführung der Beschlüsse.

3.) B.d.A.

Wedel, dat 21.10.48.
D. St.Dir.



Urwahl

20 Okt 1948